

informationszentrum dritte welt - iz3w



Entwicklungspolitik nach der Wende

NACHRICHTEN UND BERICHTE

THEMENBLOCK

REZENSION [illegible]

Nr. [illegible] Dezember 198[illegible] [illegible]

impressum blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Georg Cremer, Christian Dierstein, Wolf-Matthias Gall, Ute Gerhardt, Andrea Hassur, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Susanne Wucher, Daniela Zimmermann.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz und Druck:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 17618

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 7 70 53

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 43,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien : 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 123:
15. Januar 1984

Anzeigenschluß für Nr. 123:
22. Januar 1984

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Berichtigung

Im Heft Nr. 121 ist uns beim Lay out leider ein Fehler unterlaufen. Das Ende der ersten Spalte und die zweite Spalte auf Seite 37 müssen richtig folgendermaßen heißen:

Der Beginn der Weltwirtschaftskrise wird häufig mit dem Bankenkrach an jenem „Schwarzen Freitag" 1929 angesetzt. Für die Länder, die Rohstoffe exportieren, galt dies nicht. Ihre wirtschaftliche Lage war zu jenem Zeitpunkt bereits katastrophal, bedingt durch den Verfall der Exportpreise und einer Schuldeneskalation (Asche/Ramaho, S. 14). Seit Juni 1928 war die Kreditgewährung an Deutschland, andere europäische Länder, an Asien, Ozeanien und, etwas verzögert, an Lateinamerika förmlich zusammengebrochen (Kindleberger, S. 72).

Wir bitten um Entschuldigung!

red

Hinweise für unsere Leser:

1) Abo-Rechnung 1985: Wie jedes Jahr, erhalten Sie auch im Januar 1985 wieder eine Rechnung über die Abonnementsgebühren für die „blätter des iz3w", Jahrgang 1985. Bitte überweisen Sie Ihren Abo-Beitrag möglichst direkt nach Erhalt der Rechnung, damit für uns keine unnötige zusätzliche Arbeit entsteht und Sie die nächsten Hefte pünktlich erhalten.

2) Bitte teilen Sie uns Adressenänderungen rechtzeitig mit! Wir weisen Sie darauf hin, daß ein bei der Post gestellter Nachsendeantrag **nicht** für Zeitschriften gilt. So gehen uns bei jeder Verschickung ca. 100 Hefte verloren, da die Post Hefte mit falscher Anschrift nicht an uns zurückschickt sondern vernichtet.

3) Die Aktion Dritte Welt e. V. ist eine gemeinnützige Organisation. Daher können an sie Geldauflagen, die bei Einstellung von Strafverfahren verhängt werden, überwiesen werden. Die Aktion Dritte Welt e. V. ist dementsprechend auch in einigen Bußgeldlisten der Justizverwaltungen aufgeführt. Sollten Sie also einmal in die missliche Situation kommen, in einem Strafverfahren eine Geldauflage leisten zu müssen, regen Sie doch bei dem zuständigen Richter oder Staatsanwalt an, dieses Geld an die Aktion Dritte Welt e. V. überweisen zu können. Auch den Richtern, Rechtsanwälten oder Staatsanwälten unter unseren Lesern sei dieser Hinweis ans Herz gelegt.

Regierungsterror und Guerilla-Krieg

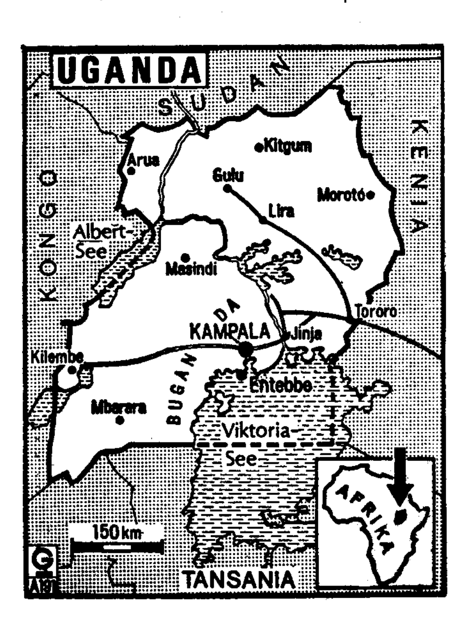
Von der "Rückkehr zu einem demokratischen Leben" und dem Bemühen "das Land aus dem Abgrund, in den es hineingeraten war, wieder herauszubringen" und zwar mit "Entschlossenheit und Ausdauer", spricht der Botschafter der Republik Uganda, Mr. Obua-Otoa in seiner Reaktion auf einen Bericht der "blätter des iz3w" (vergl. Nr. 114, Dezember 1983 und Nr. 115, Februar 1984). In der Tat sah es damals so aus, als könnten die Menschen in Uganda zum ersten Mal seit langer Zeit wieder etwas hoffnungsvoller in die Zukunft blicken, war in dem Bericht, wenn schon nicht von einer Rückkehr zur Normalität, so doch wenigstens von einer ambivalenten Situation zwischen Autoritarismus und relativer Liberalität die Rede gewesen. Heute, ein Jahr darauf, ist von der "Rückkehr zum demokratischen Leben" jedoch nichts mehr zu spüren und auch von "Ambivalenz" kann nicht mehr gesprochen werden: Die Lage ist inzwischen vielmehr eindeutig - nämlich eindeutig katastrophal.
Der Autor des folgenden Berichts ist dieses Jahr selbst fünf Monate in Uganda gewesen und hat dort als Arzt - im Team des "Komitee Cap Anamur / Deutsche Not-Ärzte e.V." - am Nakaseke-Hospital (Luwero Distrikt) gearbeitet. Der Bericht gibt seine persönliche Meinung wieder.

Guerilla-Krieg im Kernland Ugandas

Die entscheidende Ursache der im letzten Jahr eingetretenen Situationsverschlechterung liegt im Wiedererstarken der Guerilla-Bewegung in den von den Baganda bevölkerten, nördlich und nordwestlich von der Hauptstadt Kampala gelegenen Distrikten Luwero, Mpigi und Mubende[1]. Diese Region, in der offiziellen Sprachregelung "disturbed areas" genannt, stellt praktisch das Kernland Ugandas dar. Es handelt sich dabei um teils sehr fruchtbare landwirtschaftliche Zonen, in denen Kaffee - das wichtigste Exportprodukt des Landes - angebaut wird, teils um weitläufige Busch-Baum-Gebiete mit ausgedehnten Sümpfen, die sich ideal für eine Guerilla-Kriegsführung eignen. Den größten Teil dieses Gebietes kontrolliert die NRA ("National Resistance Army") unter Yoweri Museveni. Museveni, früher als "Marxist" bezeichnet, hatte 1972 kurzfristig mit dem jetzigen (und bis 1971 schon einmal amtierenden) Präsidenten Obote gegen das Amin-Regime zusammengearbeitet, war 1979, nach Amins Sturz, Verteidigungsminister geworden und dann 1981 in den Busch gegangen, um von dort aus den bewaffneten Kampf gegen Obote UPC ("Uganda People's Congress")-Regierung zu führen. Diesem Schritt vorausgegangen waren die "demokratischen" Wahlen vom Dezember 1980, die mit ihrer massiven Behinderung der anderen Parteien - namentlich der DP ("Democratic Party") - dem Einsetzen von Obote-Gefolgsleuten in die Schlüsselstellen von Verwaltung und Justiz sowie der Manipulation bei der Kandidatenaufstellung tatsächlich jedoch nichts anderes als eine abgekartete Sache waren[2].

Die Folge dieser Wahl-Farce war die Spaltung der Opposition in zwei Lager: Einerseits diejenigen, die trotz allem den legalen Weg einer parlamentarischen Opposition beschreiten wollten - d. h. die DP (die sich im übrigen selbst als Schwesterpartei der CDU bezeichnet) - andererseits diejenigen, die gleich in den Busch gingen und dort die NRA bildeten.

Inzwischen scheinen die Operationen der "National Resistance Army" - die mit Exilpolitikern wie dem ehemaligen Interimspräsidenten Lule zusammenarbeitet - in der Tat eine ernstzunehmende Bedrohung des Obote-Regimes darzustellen. So gelang es ihr am 20. Februar 1984 im 200 km nordwestlich von Kampala gelegenen Masindi die Kasernen der Regierungstruppen UNLA ("Uganda National Liberation Army") zu überfallen, rund 200 Soldaten zu töten und etwa 15 Lastwagen mit Munition und Waffen zu erobern. Einige Monate später am 2. Juni, konnte sie sogar einen noch spektakuläreren Erfolg verbuchen, der zudem nicht nur eine militärische, sondern auch eine ausgesprochen politische Dimension hatte. Unter der Führung von Museveni selbst besetzte sie nämlich fast den ganzen Tag die Stadt Hoima im Westen Ugandas, verteilte den Inhalt der staatlichen Läden an die Bevölkerung, räumte die örtliche Bank aus und veranstaltete an den Schulen politische Kundgebungen. Als besonders demütigend dürfte Obote dabei die Tatsache empfunden haben, daß sein Arbeitsminister, der sich zufällig gerade in Hoima aufhielt, gezwungen wurde, an einem von der NRA organisierten Fußballspiel teilzunehmen und daß sich Museveni zu guter letzt auch noch in das Gästebuch der Stadt Hoima eintrug. Die im 50 km entfernten Masindi stationierten UNLA-Truppen waren zwar unmittelbar nach dem Überfall alarmiert worden, doch beschränkten sie sich darauf, auf der Straße nach Hoim einen "road-block" (d. h. eine Straßensperre) zu errichten und aus sicherer Entfernung den Abzug der NRA abzuwarten.



Das Wüten der UNLA

In der Guerilla-Kriegsführung ist die notorisch disziplinlose UNLA der inzwischen straff organisierten NRA eindeutig unterlegen. Die UNLA war 1981/82 nach dem Abzug der tansanischen Truppen, die Obote an die Macht gebracht hatten, aus Haufen von zumeist analphabetischen und durch die Amin-Jahre sozial entwurzelten Jugendlichen rekrutiert worden. Da die meisten dieser "Soldaten" praktisch so gut wie nie ihren Sold sehen, verbringen sie den größten Teil ihrer Zeit damit, durch das Land zu ziehen und sich selbst um ihren Unterhalt zu kümmern - sei es durch regelrechte Plünderungen, sei es durch eigenmächtig errichtete "roadblocks", an denen dann von jedem der

vorbeikommt, ein "Wegzoll" kassiert wird. Diese "road-blocks" entziehen sich - zumal wenn die UNLA-"Soldaten", wie so oft, betrunken sind - jeglicher Kontrolle, selbst der ihrer eigenen Offiziere. Welche Mannschaftsstärke die UNLA tatsächlich hat, kann keine offizielle Stelle angeben - die Schätzungen liegen irgendwo zwischen 15.000 und 50.000. Besonders zugenommen hat die allgemeine Disziplinlosigkeit, nachdem der frühere "Chief of Staff", Oyite Oyok, im Dezember 1983 durch einen mysteriösen Hubschrauberabsturz zu Tode gekommen war und seitdem immer mehr nachgeordnete Offiziere, aber auch einzelne Politiker, dazu übergehen, ihre eigenen Soldaten zu rekrutieren. Wie weit das Auseinanderfallen der UNLA in einzelne Privatarmeen inzwischen schon fortgeschritten ist, läßt sich daran erkennen, daß es inzwischen nicht selten schon zu Schießereien innerhalb der Armee kommt - etwa wenn eine Einheit der anderen das "Herrschaftsgebiet" streitig macht. Ob der Ende August 1984 ernannte neue "Chief of Staff", Smith[3], hier viel bewirken wird, bleibt daher fraglich.

Mit Sicherheit muß viel von dem Leid, das die ugandische Bevölkerung gegenwärtig zu ertragen hat, auf die Disziplinlosigkeit der UNLA zurückgeführt werden. Nicht Folge dieser Disziplinlosigkeit, sondern systematisch geplant ist dagegen der brutale Terror gegen diejenigen Stämme, die sich gegen das Obote-Regime zur Wehr setzen. Denn da sich die UNLA auf konventionelle militärische Weise gegenüber der NRA nicht durchsetzen kann, kommt die klassische Antiguerilla-Taktik zur Anwendung - mit allen negativen Folgen, die der Zivilbevölkerung daraus eben immer und überall zu erwachsen pflegen.

Im einzelnen ging die Regierung dabei wie folgt vor: Nachdem es Mitte 1983 der UNLA gelungen war, im sogenannten Luwero-Dreieck nördlich von Kampala einen Teil des bis dahin von der NRA kontrollierten Gebietes zurückzuerobern, wurde als zweiter Schritt versucht, durch eine Hungerblockade nun auch die Bevölkerung zur "Mitarbeit" zu bewegen. Als das fehlschlug, wurden alle Bewohner, derer man habhaft werden konnte, "zum Schutz vor den Banditen" - also der NRA - in etwa 30 Lagern zusammengepfercht. Etwa 140.000 Menschen wurden in diesen beschönigend "relief centers" ("Hilfs-Zentren") genannten Lagern offiziell registriert, 500.000 sollen es tatsächlich gewesen sein. Die Unterbringung, die sanitäre Situation und die Ernährungslage - von der medizinischen Versorgung ganz zu schweigen - waren nach übereinstimmender Aussage aller unabhängigen Beobachter einfach katastrophal. Vollends unerträglich wurde den Insassen das Leben aber durch den Terror der UNLA gemacht: Immer wieder wurden Männer abgeholt und verschwanden, während die für die Lager bestimmten Hilfslieferungen - von internationalen Organisationen aus Kampala herangeschafft - oft genug gleich von den Soldaten selbst einkassiert wurden. Im April und im Mai 1984 wurde sogar erneut eine Hungerblockade über die Lager verhängt: Mit der Begründung, die Hilfslieferungen dienten nur den Guerilleros, wurden die aus der Hauptstadt kommenden Sendungen über Wochen hinweg an den UNLA-"road-blocks" zurückgeschickt.

Erst als es der Regierung klar wurde, daß die Internierungslager militärisch zu nichts führten und ihr im Gegenteil außenpolitisch nur schaden konnten, ging sie daran, den größten Teil von ihnen wieder aufzulösen. So etwa in Kapeeka - mit etwa 30.000 Insassen eines der größten Lager - dessen Auflösung diesen März verkündet und dann durch Abbrennen der Hütten vollzogen worden war.

Staatlicher Terror gegenüber den Baganda

Am schlimmsten wüten die UNLA-Soldaten in den umkämpften Gebieten allerdings durch systematische Massaker unter der Zivilbevölkerung, wird doch jede Aktion der Guerilleros damit beantwortet, daß die UNLA in den umliegenden Dörfern regelrechte "Rachefeldzüge" unternimmt. Wer da nicht rechtzeitig in den Busch fliehen kann, wird samt Frauen und Kindern umgebracht oder muß zumindest mit ansehen, wie seine sämtlichen weiblichen Angehörigen vergewaltigt werden. Augenzeugen berichten, daß sich die UNLA einer besonders perfiden Taktik bedient, um zu verhindern, daß die Bevölkerung vor den Truppen in den Busch flieht: Die Soldaten halten sich zunächst einige Tage friedlich im Dorf auf, lassen sich von den Bewohnern versorgen und schlagen dann plötzlich zu - alles ohne Lärm, ohne Gewehrschüsse, nur mit Buschmessern und Bajonetten. Am 16.5.1984 gab es eine derartige UNLA-Aktion beispielsweise in den Dörfern Kimuli, Kiwugo, Sembwa und Kyangatta, während am 15.7.1984 in der Schule des Dorfes Nakulamudde etwa 20 Personen von UNLA-Soldaten zusammengetrieben und umgebracht wurden. Im Umkreis des Nakaseke-Hospitals konnten die Helfer des "Notärzte"-Teams aufgrund der Flüchtlingsbewegungen und der Anzahl der Verletzten sowie vor allem der vergewaltigten Frauen die verschiedenen UNLA-Rachefeldzüge eindeutig nachverfolgen. Zwar hatten die Verletzten in der letzten Zeit kaum noch die Möglichkeit, zur Behandlung zu kommen, weil die UNLA und die UPC-"Youth Wing" - die Jugendorganisation der Regierungspartei - das Hospital zunehmend nach außen abriegelten, doch war die hohe Anzahl der (meist mehrfach) vergewaltigten Frauen ein untrügliches Anzeichen dafür, daß die UNLA-Aktionen weder an Häufigkeit noch an Intensität nachgelassen hatten[4].



Typische Buschmesser-Schnittverletzung durch UNLA-Soldaten

Die Zahl der durch Hunger und Massaker insgesamt Umgekommenen wird von Abrams, dem Vorsitzenden des "US-Committee of Human Rights" auf 100. - 200.000, von Yoweri Museveni auf über 300.000 geschätzt. Dem gegenüber spricht die Regierung lediglich von 15.000 Toten. Eine im Juni 1984 in den Lagern durchgeführte Befragung hat erbracht, daß seit 1979 fast 23 % der Familien entweder an Hunger gestorben sind oder direkt umgebracht wurden - ein Ergebnis, das sich in etwa mit dem in Uganda umgehenden Gerücht deckt, demzufolge ein Drittel der Bevölkerung des Luwero-Dreiecks tot ist, ein Drittel geflohen ist und ein Drittel sich bei den Guerilleros befindet.

Welche Zahlen im einzelnen auch immer die zutreffenden sein mögen - fest steht auf jeden Fall, daß es sich bei den geschilderten Brutalitäten nicht etwa um vereinzelte Übergriffe disziplinloser Soldaten handelt, wie das von offizieller Seite gern behauptet wird, sondern um eine systematische Terror-Politik gegenüber den Baganda, mit der man der NRA gewissermaßen das Wasser abgraben will. Nicht weniger unsinnig ist auch die Behauptung der Regierung, die NRA selbst sei die Hauptverantwortliche sämtlicher Greueltaten - als Guerillaorganisation, die ja entscheidend auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen ist, würde sie sich wohl kaum den Ast absägen, auf dem sie sitzt.



Junge Frau und Kleinkind mit Stichen getötet — Massaker-Opfer der UNLA

Dafür, daß es sich hier tatsächlich um einen geplanten Terror handelt, sprechen überdies sowohl Obotes eigene Äußerungen - "Ich möchte den Baganda klar und deutlich sagen...daß ich meine Soldaten auf sie loslassen werde und mehr Blut als je zuvor vergießen werde"[5] - als auch die inzwischen bekanntgewordenen Berichte ausländischer Journalisten, wie etwa der William Pikes vom Londoner "Observer". Er hatte im August dieses Jahres zehn Tage lang die NRA begleitet und dabei nicht nur zahlreiche Massengräber gesehen, sondern auch mit den Überlebenden - zumeist Frauen - sprechen können: Alle bezeichneten die Armee als die eindeutige Urheberin der Massaker. Bestätigt wurden Pike diese Angaben auch von einem Armee-Deserteur, dem Corporal Jackson Kekikomo, der 1983 einige Monate im Lager Kapeeka Dienst getan hatte. "Sicherheitsoffiziere" so Kekikomo, "griffen sich alle die heraus, die sie für NRA-Anhänger hielte, vor allem Männer und halbwüchsige Jungen. An manchen Tagen kehrten von 200, die zum Verhör abgeholt worden waren, nur 10 wieder zurück"[6].

Eine besonders üble Rolle spielt bei all diesen Geschehnissen im übrigen auch die "Youth Wing", die Jugendorganisation der UPC, deren Mitglieder vor allem im Norden des Landes rekrutiert werden. Sie sieht ihre Hauptaufgabe offenbar darin, für UNLA und Regierung in den Dörfern zu spionieren, "bad elements" zu denunzieren und an eigenmächtig errichteten "road-blocks" Angst und Schrecken zu verbreiten. Daß sie dabei auch noch in die eigene Tasche wirtschaften - etwa indem aus angeblichen NRA-"Sympathisanten" Lösegelder herausgepreßt werden — sei hier nur am Rande vermerkt. Besonders unter den Baganda, wo sie sich wie leibhaftige Herrenmenschen aufführen, sind die "Youth Wingers" daher noch verhaßter als die UNLA.

Die Ursachen der Misere: Das koloniale Erbe des Tribalismus

Sucht man nach den Ursachen der derzeitigen desolaten Lage, muß man in der Geschichte weit zurückgehen, bis an den Anfang des Jahrhunderts, als die britischen Kolonialherren daran gingen, sich aus dem afrikanischen Kuchen "ihr" Protektorat Uganda herauszuschneiden - wie üblich natürlich ohne die geringste Rücksichtnahme auf die vorhandenen ethnischen und kulturellen Gegebenheiten. Auf diese Art kamen dann auch zwei Regionen zusammen, wie sie von ihrer kulturellen und ökonomischen Struktur her unterschiedlicher kaum vorstellbar sind, nämlich der "Norden" und der "Süden"[7]. Der Norden ist trocken und entsprechend arm, hauptsächlich auf nomadische Viehzucht ausgerichtet und von einer Vielzahl kleinerer Völker bewohnt, deren politische Organisationsform „akephal" ist, d. h. keine Zentralinstanz kennt. Der Süden ist dagegen vergleichsweise fruchtbar und reich. Hier, am Viktoriasee, liegt das Zentrum des für den Export so wichtigen Kaffeeanbaus, hier befindet sich daher auch der ökonomische und politische Schwerpunkt des Landes. Die fast ausschließlich bäuerliche Bevölkerung war schon seit langem in politisch hochentwickelten, straff organisierten Königreichen organisiert, deren bedeutendstes Buganda war. Seine Bewohner, die Baganda, bilden heute - wie schon zur Kolonialzeit - mit etwa 30 % der Gesamtbevölkerung nicht nur die zahlenmäßig größte, sondern auch die wirtschaftlich und politisch aktivste Gruppe des ganzen Landes. Als Uganda Anfang der sechziger Jahr unabhängig werden sollte. war eine der dringlichsten Fragen daher, welche Rolle das Königreich Buganda im Rahmen des neuen Staates Uganda spielen sollte. Die Lösung, die schließlich gefunden wurde, basierte auf einem Kompromiß zwischen Norden und Süden, zwischen dem Teilgebiet Buganda und dem Gesamtstaat Uganda: Die bugandische Monarchisten-



Vergeltungsaktion der UNLA

partei KY[8] und die im Norden dominierende UPC, deren Chef schon damals der - ebenfalls aus dem Norden stammende - Obote war, bildeten eine Koalitionsregierung mit Obote als Premierminister und Mutesa II, dem König von Buganda, als Präsidenten. Das Königreich Buganda selbst erhielt einen autonomen Status innerhalb der Republik Uganda.

Wie nicht anders zu erwarten, kam es innerhalb dieser ungleichen Koalition jedoch bald zu Spannungen: Während der Devisenverdiener Buganda seine Autonomie auszuweiten versuchte und wenig daran interessiert war, den armen und als "barbarisch" verachteten Norden zu unterstützen, bemühte sich Obote, die Autorität der Zentralregierung zu stärken und das politische Übergewicht Bugandas mehr zu Gunsten des Norden zu verschieben. Der Konflikt verschärfte sich derart, daß es 1966 schließlich zum Eklat kam: Mit Hilfe der Armee - die sich zumeist aus Angehörigen der nördlichen Stämme zusammensetzte und nebenbei unter dem Kommando eines gewissen Idi Amin stand - vertrieb Obote König Mutesa ins englische Exil, löste das Königreich auf, verhängte über Buganda den Ausnahmezustand und machte sich selbst zum Präsidenten. Dieses gewaltsame Vorgehen, bei dem über 500 Menschen umgekommen sein sollen, haben die Baganda Obote nie vergessen. Als er 1971 von Amimn gestürzt wurde, war der Jubel daher nirgendwo größer und als er 1980 wieder zurückkehrte die Ablehnung heftiger als in Buganda.

Parlamentarische Demokratie als Fassade

Ungeachtet aller von der UNLA verübten Greueltaten ist das Obote-Regime jedoch nach wie vor peinlich darauf bedacht, wenigstens die Fassade einer liberalen Demokratie aufrecht zu erhalten. Und in der Tat gibt es ja nicht nur eine legale parlamentarische Opposition nach britischem Muster in Form der DP, auch das von ihr auf Luganda - der Sprache der Baganda - herausgegebene Wochenblatt "Munnansi" konnte bislang unbehelligt erscheinen. Doch wer genauer hinschaut, stellt fest, daß die parlamentarische Opposition seit 1981 von 51 auf 35 Sitze zusammengeschmolzen ist - teils durch Abwerbung seitens der UPC, teils durch Verhaftung oder dem "Verschwindenlassen" von Abgeordneten - und daß "Munnansi" - das übrigens wegen Konfiszierung der Druckmaschinen seit drei Jahren nur noch auf Vervielfältigungsmaschinen hergestellt wird - zwar über alle Mißstände berichten darf, doch nichts zu ihrer Beseitigung beitragen kann. Auch DP-Chef Paul Ssemogerere ist nicht das, was man sich unter einem wirkungsvollen Oppositionsführer vorstellt: Mit braver Harmlosigkeit beklagt er die ständigen Verletzungen der demokratischen Spielregeln, in regelmäßigen Abständen weist er die Wahlfälschungen vom Dezember 1980 nach und - setzt auf die nächsten, für 1985 angesagten Wahlen. Aber selbst wenn diese Wahlen wirklich stattfinden sollten: Echte Alternativen hat er - abgesehen von Versprechungen nach mehr Demokratie - auch nicht anzubieten.

Für Obote scheint sich die Fassaden-Demokratie jedoch zu lohnen. So war es der Hinweis auf die Existenz einer legalen Opposition, mit dem CSU-Minister Warnke Anfang Juli in Nairobi auf Kritiker reagierte, die ihm trotz der Menschenrechtsverletzungen fortgeführte Zusammenarbeit zwischen Uganda und der Bundesrepublik vorgeworfen hatten.

Immerhin waren es im Jahre 1983 allein 28 Millionen DM gewesen, die Uganda von der BRD erhalten (und zum größten Teil in den Militärhaushalt gesteckt) hatte. Kein Wunder daher, daß die Regierung dieses so lukrative „demokratische" Image gegenüber der internationalen Presse mit Vehemenz verteidigt: wiederholt wurden mißliebige Journalisten ausgewiesen, beziehungsweise gar nicht erst ins Land gelassen, und als am 5.8.1984 in der „Washington Post" ein kritischer Artikel über Uganda erschien, wurden schon am nächsten Tag die Vertreter der internationalen Hilfsorganisationen in das Büro des Premierministers zitiert um darüber Auskunft zu geben, was sie von den Anschuldigungen der „Washington Post" hielten und ob sie etwa selbst die dort zitierten Quellen seien.

Uganda: das Lieblingskind des IWF

Die Empfindlichkeit der Regierung gegenüber der ausländischen Presse ist verständlich, könnten deren kritische Berichte langfristig doch Ugandas sensibelste Einnahmequellen gefährden, nämlich die Kapitalinvestitionen, die Militärhilfen und die Kredite des IWF. Unter Obote hat sich Uganda — wie schon während seiner ersten Amtszeit — weit dem ausländischen Kapital geöffnet: mit insgesamt 401 Millionen US-Dolar war das Land bereits 1983 beim IWF verschuldet, 51,6 % derDeviseneinnahmen mußten für Tilgung und Zinsen ausgegeben werden. Von Seiten der Industrienationen wurde Uganda der Dritten Welt bisher gern als ein demokratisches Musterland vorgehalten, das mit Hilfe des IWF deutlich Fortschritte gemacht habe. Tatsächlich gibt es in einigen Regionen, die nicht vom Guerilla-Krieg erfasst sind, einen gewissen wirtschaftlichen Aufschwung — aber auch nur oberflächlich und auf Kredit.

Denn an den grundlegenden Problemen hat sich nichts geändert: Korruption von der Spitze bis nach unten — so verschwinden beispielsweise alle Medikamentenlieferungen, die nicht direkt von Hilfsorganisationen kontrolliert werden, in

Privatkliniken — und das Fortbestehen der bäuerlichen Subsisitenzwirtschaft.

Zwar ist der Erzeugerpreis für Kaffee in den letzten Jahren wiederholt angehoben worden — von 7 auf jetzt 130 Shilling pro Kilogramm. Aber 1980 entsprachen 7 Uganda-Shilling noch einem US-Dollar, heute sind 130 Shilling noch knapp 0,4 US-Dollar wert, nachdem der IWF drastische Abwertungen durchgesetzt hat. Und vor allem: keiner der Bauern kann sicher sein, auch tatsächlich Geld für die Ernte zu erhalten — was die Soldaten nicht plündern, nehmen sich die lokalen chiefs „gegen Kredit" und die Bauern können, vor allem in den „disturbed areas", froh sein, die Kaffee-Ernte zu überleben.Die politischen Verhältnisse machen eine wirtschaftliche Normalisierung unmöglich. Die kleinen lokalen Märkte funktionieren in den tropischen Busch-Regionen meist ganz gut, aber eben nicht die für die Devisen bringende Exportproduktion.

Mit dem neuen Budget im Juni '84 wurden zwar die Grundgehälter von 2000 auf 6000 Shilling angehoben (1000 Uganda-Shilling sind ca. 5 DM z.Zt.), das reicht aber zum Leben noch längst nicht, wenn z.B. eine Flasche Bier 500, 1 kg Fleisch 400 und eine Staude Matoke (Kochbanane) in Kampala 1200 Shilling kosten. Andererseits hat die Regierung im Zuge der Lohnanhebungen zahlreiche Entlassungen vorgenommen, den Transportarbeitern wird die Erhöhung nicht ausgezahlt. In Entebbe haben Anfang September die Wasserarbeiter 3 Tage gestreikt, bis die erhöhten Löhne gezahlt wurden.

Was die Militärhilfe angeht, versucht die ugandische Regierung sich nach mehreren Seiten hin abzusichern. Nachdem Abrams, der Abteilungsleiter im US-Außenministerium für Menschenrechtsfragen, von über 100.000 Toten in Uganda seit 1981 gesprochen hatte, kündigte Uganda Anfang August das Militärhilfeabkommen mit den USA und beeilte sich im Gegenzug, ein neues Abkommen mit Großbritannien (am 17.8.84) über die Entsendung britischer Militärausbilder abzuschließen. Zur gleichen Zeit reiste der Verteidigungsminister Muwanga nach Moskau, Nordkorea und Peking, der ugandische Innenminister besuchte verschiedene Warschauer-Pakt-Staaten. Seit August wurden auch größere Mengen von Waffen aus Kairo nach Entebbe eingeflogen.

In den Nato-Ländern wird die Militärhilfe für Uganda damit verteidigt, das Hauptproblem Ugandas sei eben die chronisch disziplinlose Armee und deshalb müsse man Ausbilder senden — die aber weder die Kampftruppen erreichen noch an der Strategie des Terrors etwas ändern.

Düstere Aussichten

Die Aussichten der weiteren Entwicklung in Uganda scheinen düster. Was soll mit den verrohten UNLA-Soldaten geschehen, die seit Jahren nichts anderes als plündern und vergewaltigen kennen? Wohin wird sich der Haß, den die Massaker und der Terror durch UNLA, UPC und „Youth Wing" aufgestaut haben, noch entladen? Weder Regierung noch Armeeführung scheinen ein Interesse daran oder die Macht zu haben, die Lage wesentlich zu ändern — die Korruption und private Bereicherung blüht unter solchen Bedingungen am besten, während die Abhängigkeit des Landes vom internationalen Kapitalmarkt weiter zunimmt. Eine offensichtliche politische Schwäche der NRA unter Museveni besteht darin, daß außer dem Kampf um die Macht und dem Ziel von mehr Rechten für die unterdrückten Volksstämme und mehr Demokratie Musevenis politischen Ziele in Uganda zumindest nicht bekannt sind.

In Kreisen der Opposition bis hinein in die Armee — von der man im übrigen nicht sagen kann, daß sie generell die Regierung stützt — wird sogar diskutiert, ob nicht eine zeitweilige Teilung des Landes in Nord- und Südregion sinnvoll wäre, bis die gegenseitige Erbitterung sich gelegt hat, bis die vom britischen Kolonialismus erzeugten Gegensätze sich abgeschwächt haben.

Wenn nicht noch militärische Überraschungen eintreten, stehen für 1985 die Parlamentswahlen an, die das Regime durchführen muß, wenn es sein Gesicht nicht verlieren will — wie auch immer.

Johannes Koepchen

Quellen

allgemeine Literatur:
- Tony Avirgan, Martha Honey: War in Uganda, The Legacy of Idi Amin. Tanzania Publishing House, Das es Salaam 1983
- Ute Luig: Ugandas Weg über die koloniale in die neokoloniale Abhängigkeit.in: G.Grohs,B.Tibi (Hrsg.), Zur Soziologie der Dekolonisation in Afrika. Frankfurt 1973

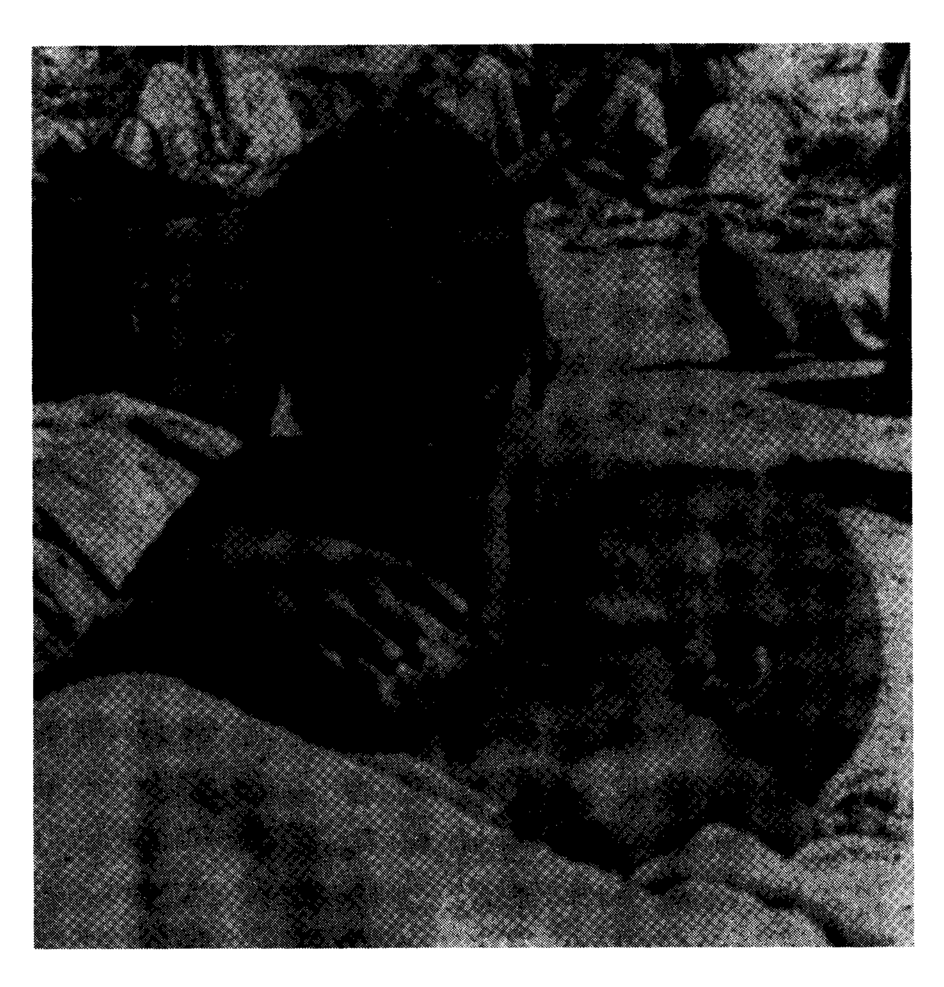
aktuelle Quellen:
- Wahlen in Uganda: Der verfehlte Neubeginn. Blätter des iz3w,Nr 91,Febr.1981
- Uganda und Ghana, Tesfälle für die Rezepte des IMF. Entwicklung und Zusammenarbeit, 12/1982
- Uganda: beispielhafte Entwicklung ? epd-Entwicklungspolitik Nr. 19/83
- Die „Perle Afrikas" soll wieder glänzen. Blätter des iz3w Nr. 114, Dez. 1983
- L'Ouganda sous la terreur. Le Monde 20. u. 21. Juni 1984
- Der Verwesungsgeruch eines Landes. SZ Nr. 150/84
- New Uganda Crackdown said to kill thousands. Washington Post 5.8.1984
- The killing grounds of Kapeka. Observer, 19.8.1984

Anmerkungen

1) Vergl. den Bericht des britischen Journalisten William Pike im „Observer" vom 19.8.1984. Pike hatte sich zehn Tage bei den Guerilleros aufhalten können.
2) Vergl. „blätter des iz3w" Nr 91, Februar 1981
3) Trotz seines europäischen Namens ein Ugander
4) Eine besondere „Spezialität" der Soldaten war dabei die Vergewaltigung hochschwangerer Frauen
5) „Stimme Ugandas", Nr. 2, November/Dezember 1984.Die Zeitschrift wird vom „Verein für Menschenrechte in Uganda e.V." in Baden-Baden herausgegeben
6) „The Observer", 19.8.1984
7) Die folgende Analyse wurde entnommen aus „blätter des iz3w",Nr 91, Februar 1981
8) „Kabaka Yekka", d.h. „Der Kabaka (König) allein"

Äthiopien

Hunger in Äthiopien und Eritrea



In Äthiopien und Eritrea sind in den letzten Monaten wahrscheinlich mehr als 200.000 Menschen verhungert, mehrere Millionen Menschen sind trotz Nahrungsmittelhilfe vom Hungertod bedroht. Die äthiopische Regierung, aber auch viele Journalisten haben die Befreiungsbewegungen in Eritrea und in Tigray für diese Hungerkatastrophe mitverantwortlich gemacht.

Das "Eritrea-Hilfswerk in Deutschland e. V." hat diese Vorwürfe in einer Presseerklärung zurückgewiesen.

Oberflächlich betrachtet sind die Anschuldigungen jedoch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Die Hungerkatastrophe - die von Experten im übrigen schon seit Jahren vorausgesagt wurde - hat neben ihren ökologischen Ursachen auch solche, die vorwiegend im politischen Bereich liegen. Dazu gehört auch der Unabhängigkeitskampf der Eritreer und der Kampf der Tigray um nationale Selbstbestimmung.

Es hieße allerdings Ursache und Wirkung zu vertauschen, würde man den Befreiungsbewegungen der Eritreer und der Tigray deswegen die Schuld an der Hungerkatastrophe zuweisen. Die Befreiungsbewegungen in Eritrea und in Äthiopien sind entstanden, weil die äthiopische Zentralregierung alle nichtamharischen Völker seit Jahrzehnten ökonomisch, sozial und kulturell unterdrückt. Auch die Militärs, die seit 10 Jahren an der Macht sind, waren in der Vergangenheit niemals bereit, den Befreiungsbewegungen substanzielle Zugeständnisse zu machen, die eine friedliche Lösung der Probleme ermöglicht hätten.

Bei den Befreiungsbewegungen hat es dagegen nicht an Bereitschaft gefehlt, die Konflikte auf friedlichem Wege zu lösen. So hat die EPLF (Eritreische Volksbefeiungsfront) der äthiopischen Regierung ein international überwachtes Referendum in Eritrea vorgeschlagen. Die Eritreer sollen in diesem Referendum über folgende Alternativen abstimmen:

- völlige Unabhängigkeit
- Autonomie
- Beibehaltung des gegenwärtigen Status.

Bis heute hat die äthiopische Regierung auf diesen Vorschlag nicht reagiert.

Die Militärs haben bisher immer versucht, die Nationalitätenkonflikte mit militärischer Gewalt zu lösen. Dafür haben sie mit Hilfe der Sowjetunion eine der größten Armeen in Afrika aufgebaut. Für die Aufrüstung wurden Milliardenbeträge ausgegeben, die man sinnvoller für Entwicklungsvorhaben verwendet hätte. Die gegenwärtige Hungerkatastrophe ist daher auch die Folge einer politischen Entscheidung der äthiopischen Militärs. Aber auch der Krieg selbst hat den Hunger vergrößert: In Eritrea werden seit Jahren die Ernten der Bauern mit Napalm vernichtet. In Äthiopien fehlen in vielen Dörfern die männlichen Arbeitskräfte um die Felder zu bestellen.

Trotz des massiven Einsatzes der äthiopischen Militärs beherrscht die EPLF heute mehr als 80 % Eritreas, lediglich die großen Städte sowie die Hauptverkehrswege sind unter der Kontrolle der Zentralregierung. In den von der EPLF kontrollierten Gebieten konnten die Hilfsorganisationen bisher keine Lebensmittel verteilen.

Nicht weil die Eritreer das so gewollt hätten, sondern weil ein Großteil der ausländischen Hilfe direkt an die äthiopische Regierung bzw. an deren Hilfsorganisation geht., Sie können die Lebensmittel aber nur in den von den Militärs kontrollierten Gebieten verteilen. Die Hungernden in Eritrea und in Tigray - dort ist die Lage ganz ähnlich wie in Eritrea - haben daher nur dann eine Chance Lebensmittel zu erhalten, wenn sie eines der großen Verteilungszentren erreichen können.

Die EPLF hat der äthiopischen Regierung daher einen Waffenstillstand angeboten, damit die internationalen Hilfsorganisationen auch in den von der EPLF kontrollierten Gebieten Lebensmittel verteilen können. Dieses Angebot wurde von der äthiopischen Regierung brüsk zurückgewiesen.

Wie das "Eritrea-Hilfswerk in Deutschland" (EHD) mitteilt, gibt es dennoch eine Möglichkeit, den etwa 1,2 Millionen Menschen Eritreas, die vom Hunger bedroht sind zu helfen. Denn seit Jahren arbeitet dort die ausschließlich humanitäre Hilfsorganisation "Eritrean Relief Association" (ERA). Sie verfügt über die notwendigen Voraussetzungen, um Hilfslieferungen vom Sudan aus direkt nach Eritrea zu transportieren. ERA ist auch bereit, die Verwendung der Hilfslieferungen durch Beobachter kontrollieren zu lassen.

Konkrete Auskünfte über die Arbeit von ERA und EHD sind im Büro in Köln zu erhalten.

Eritrea Hilfswerk in Deutschland e. V.
Hohenstaufenring 39
5000 Köln 1

Spendenkonto:
4093-503 beim Postscheckamt Köln

Philippinen

Das ‚Parlament der Straße'



Der Widerstand in den Philippinen gegen das Marcos Regime wächst. Immer mehr Menschen aus den Mittelschichten und Kirchenkreisen schließen sich ihm an. Selbst Unternehmer bedeutender philippinischer Wirtschaftszweige demonstrieren gegen die Machtanmaßung Marcos, der seit nunmehr 19 Jahren beinahe unumschränkter Herrscher in den Philippinen ist.

Seit der Ermordung des bekannten Oppositionsführers Aquinos im August 1983 vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Absetzung Marcos gefordert oder er zur Gesprächsbereitschaft und zu Reformen aufgerufen wird.

Schwerpunkt des folgenden Artikels ist die Oppositionsbewegung in den philippinischen Städten - die Erfolge des bewaffneten Kampfes der Guerilla in den ländlichen Provinzen werden hier nur kurz erwähnt. Der Autor skizziert vor allem die unterschiedlichen politischen Strömungen und die gesellschaftspolitischen Vorstellungen innerhalb der Anti-Marcos-Front. Er kann jedoch keine Prognosen abgeben über die politischen Möglichkeiten und Probleme dieser breiten Oppositionsströmung, die sich nach der Machtablösung Marcos' ergeben könnten.

Daß Marcos innenpolitisch nicht nur durch das 'Parlament der Straße' und durch die Guerilla unter Druck gesetzt wird, sondern auch von seiner bisher 'treuesten' Stütze, den Militärs, wurde im letzten Monat deutlich. Die Ergebnisse der parlamentarischen Untersuchungskommission, die die Hintergründe der Ermordung Aquinos aufdecken soll, haben für Unruhe unter den Streitkräften gesorgt. Vier der fünf Kommissionsmitglieder haben ein 479-seitiges Memorandum veröffentlicht, aus dem klar hervorgeht, daß der Chefgeneral des philippinischen Militärs, General Gen Fabian Ver und 22 weitere hohe Militärs direkt in die Ermordung Aquinos verwickelt sind. Die Verbindung Marcos - Ver war so eng und vertraut, daß sich die Frage stellt, ob nicht Marcos selbst zumindest von der Ermordung gewußt haben muß. Marcos hat mittlerweile - vermutlich auf Druck der USA - General Ver beurlaubt.

Klar ist jedenfalls, daß die Vergabe weiterer internationaler Kredite - die Philippinen sind mit 26 Mrd. US-Dollar verschuldet und brauchen dringend einen versprochenen IWF-Kredit in Höhe von 650 Mio.$ - nicht alleine von der Erfüllung der wirtschaftspolitischen Auflagen abhängt. Von Marcos werden auch Lösungsstrategien verlangt, damit sich die innenpolitische Krise nicht weiter verschärft. Kompromißbereitschaft und den Willen zu Reformen hat Marcos bisher jedoch nicht erkennen lassen. Er setzte vielmehr auf seine Verbündeten USA und seinen Militär- und Polizeiapparat.

Von Januar bis Oktober 1984 haben allein in Manila 118 Kundgebungen stattgefunden: 36 mit und 82 ohne Erlaubnis.

Davon sind 15 mit Polizei- und Militäreinsatz aufgelöst worden.

Am 1. Jahrestag der Aquino-Ermordung, am 21.8.84, erreichte die zentrale Protestkundgebung am Grand Stand im Rizal-Park von Manila 1 Million Teilnehmer. Am Volksmarsch LAKBAYAN von Baguio nach Manila im März 84 haben sich über 2 Millionen Menschen beteiligt.

Durch den Versuch, ihn 40 km nördlich von Manila in Macauayan gewaltsam zu stoppen, hat der Volksmarsch eine unerwartete Popularität erreicht. (1) Bei drei Kundgebungen im September und Anfang Oktober 84 spitzte sich die Konfrontation auf der Strasse zu. Dadurch wurde auch der politische Stellenwert der Massendemonstrationen deutlicher. Sie haben sich als 'Parlament der Straße' zu einer anerkannten Institution der Oppositionsbewegung emanzipiert.

Am 21.9.84, dem 12. Jahrestag der Kriegsrechterklärung. demonstrierten rund 40 000 Menschen an der abgesperrten Zufahrtstraße zum Präsidentenpalast vor der Mendiola-Brücke.Als Zeichen der Gesprächbereitschaft sowie demokratischer Zugeständnisse forderten die Demonstranten von der Regierung die Freigabe der halben Brücke. Eine im Anschluß an die Demonstration friedlich verlaufene Nachtwache vor der Brücke, an der sich viele Kirchenleute und Mitglieder einer internationalen Menschenrechts-Konferenz beteiligt hatten, wurde im Morgengrauen gewaltsam mit Wasserwerfern, Rauch und Tränengasbomben, Plastikgeschossen und Schlagstökken aufgelöst. Diese und die noch brutalere Auflösung einer friedlichen Kundgebung zur 'Entrüstung' am 27.9.84 an der Ende Welcome Rotonda in Quezon City, bei der ein Zuschauer erschossen und 50 Menschen schwer verletzt wurden, haben unter der Bevölkerung zu einem Sympatie-Rutsch zugunsten der Protestbewegung auf der Straße geführt. Das Parlament (Batasang Pampansa) setzte sich mit dem Polizei- und Militäreinsatz auseinander und sprach sich unerwartet und einstimmig gegen die Gewaltanwendung bei gewaltfreien Kundgebungen aus.

Diese Resolution des Parlaments sowie ein Aufruf des Jaime J. Kardinal Sin, Erzbischof von Manila, sich dem 'Parlament der Straße' anzuschließen, (2) zeigten Wirkung: Am 7.10.84 fand wiederum an

der Welcome Rotonda eine Kundgebung statt, an der die unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten teilnahmen; interessanterweise hat sich hier auch die Geschäftswelt Makatis beteiligt. (3) Diese Kundgebung, auf der ein 6-Punkte-Programm (siehe Kasten) als gemeinsame Aktionsgrundlage verabschiedet wurde, hat aber auch die unterschiedlichen Interessen der Anti-Marcos-Front deutlich gemacht und gezeigt, wie geschickt der Präsident die Uneinigkeit zu seinen Gunsten auszunutzen versteht.

Eine Gruppe von Geschäftsleuten, unter Führung des Unternehmers Jose Concepcion, Vorsitzender der Bürgerbewegung für saubere Wahlen (NAMFREL, National Movement For Free Elections) und Vertrauter des Kardinals,versuchte die Kundgebung für sich und ihren konservativen Reformkurs zu vereinnahmen, indem sie sich mit Hilfe des Kardinals vom Präsidenten eine Sondererlaubnis für die Kundgebung beschaffte und unter dem Vorwand eines friedlichen Verlaufs den militanteren Kurs des Veranstalters unterlief. Der Veranstalter CORD (Coalition Of Organizations For The Restauration Of Democrazy) hatte wie üblich den 'Dienstweg' eingehalten und eine Demonstrationserlaubnis bei der zuständigen Stadtverwaltung und nicht beim Präsidenten beantragt. Man wollte damit gegen die Machtanmaßung des Präsidenten protestieren und die Nagelprobe auf seine Respektierung des Parlamentsbeschlusses gegen Gewaltanwendung führen.

Zusammenfassung des Sechs-Punkte-Programms, am 7.10.84 von Ramon del Rosario, Sprecher der Makati-Geschäftskreise vorgetragen:

1. Verurteilung von Gewaltakten und Brutalität gegen Demonstranten vom 22. und 27.9.84, gegen Zwangsumsiedlungen, Entführungen und Mord auf dem Lande und gegen streikende Arbeiter. Verurteilung der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft.
2. Volle Unterstützung des Kampfes um die demokratischen Grundrechte, wie friedliche Versammlung und Redefreiheit, ohne Furcht vor Auflösung und Repression, und das Recht auf Streik.
3. Anstreben einer demokratischen Regierungsform, die sich auf einer breiten Vertretung aller Sektoren und Gruppen der Bevölkerung stützt.
4. Appell an alle Regierungen, die Unterstützung an das Marcos-Regime einzustellen.
5. Aufklärung und Verfolgung aller Beteiligten an der Ermordung von Ninoy Aquino wie anderer Opfer von Verschleppung, Ermordung, Folter und ungerechter Inhaftierung.
6. Aufruf an die Bevölkerung, sich dem Kampf gegen das autoritäre Marcos-Regime und für eine 'authentische Demokratie' anzuschließen.

Nach: Business Day vom 8.10.84 und vollem Wortlaut in B. D. vom 11.10.84.



Zwei führende Köpfe der Oppositionsbbewegung: Ex-Senator Tanada, Agapito (,Butz') Awuino, 21/22. 9. vor der Mendiola-Brücke

CORD — das neue Sammelbekken der Opposition

CORD ist das unbestrittene Zentrum der Marcos-Opposition geworden und verfügt in allen Regionen des Landes über Niederlassungen. Die Koalition hat sich aus der Bewegung JAJA (Justice for Aquino, Justice for ALL und ATOM-August 21 Movement) entwickelt und ist formal im Februar '84 zur Organisation des Volksmarsches LAKBAYAN gegründet worden. In der Boykott-Bewegung vor den Parlamentswahlen vom 14.5.84 hat sich CORD organisatorisch und politisch konsolidiert. Ihr gehören 490 Organisationen und Dachverbände mit etwa 2,5 Millionen Mitgliedern an.(4)

Eine Reihe Oppositionspolitiker sind sowohl im Batasang Pampansa wie auch in der CORD, also in zwei Parlamenten, vertreten, so beispielsweise Nene Pimentel von der PDP — Laban Mindanao,Rey Fajardo, Sprecher der LP Liberal Party oder Ambrosio Padilla, Präsident der UNIDO.Dadurch ist die Verständigung und Zusammenarbeit zwischen der Wahlboykott-Bewegung und solchen, die sich an der Wahl vom Mai '84 beteiligt haben, zurückgewonnen worden. Marcos hatte nämlich versucht, diese beiden Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Das Verhältnis zu den USA und die zusammenarbeit mit der CCP (Communist Party of the Philippines) und ihrer Guerilla der NPA (New people's Army) führt verständlicherweise zur Zerreissprobe von CORD. Eine unermüdliche Aufklärungsarbeit und die öffentlich gewordenen entwicklungsfeindlichen Auflagen des IWF für ein wirtschaftliches Rehabilitierungsprogramm und ein 630 Millionen US-Dollar Verfügungskredit haben der Bevölkerung die neokolonialen Interessen der USA an den Philippinen in weiten Teilen deutlich gemacht. Die politische Formel und der Schlachtruf der Straße 'Dismantle des US-backed Marcos — Dictatorship' ist inzwischen in CORD akzeptiert. Von der ursprünglichen Forderung 'Marcos Resign' und später 'Oust Marcos' bis zu diesem Schlachtruf war es ein langer Prozess.

Auch zeigt sich die gewachsene Militanz in der räumlichen Verlagerung der Kundgebungen von der elitären Makati Umgebung des Ugarte Field und vom neutralen Platz vor der Hauptpost Liwasang Bonifacio weg an die Mendiola-Brücke. Diese ist traditionelle Kampfstätte aus den 70er Jahren und in unmittelbarer Nähe des Präsidentenpalastes.

Das Verhältnis zum 'Untergrund' ist für die führenden Persönlichkeiten von CORD, wie Ex-Senator Lorenzo Tanada, Agapito ('Butz') Aquino und Joe Castro offensichtlich seit Mitte 84 entspannter. Das ist wohl auf das koalitionsfreundliche Verhalten der CPP und die schlichte Anerkennung der zunehmenden Stärke der NPA in den Landprovinzen zurückzuführen.Nach verfügbaren unabhängigen Quellen hat sich die Mitgliederzahl der CPP in der Zeit von 1980 bis 1983 von 10.000 auf 30.000 erhöht, die Stärke der NPA hat sich auf 20.000 verdoppelt. (5)

CORD strebt die Bildung einer Koalitionsregierung als Alternative zum Marcos-Regime an, in der alle Sektoren und Gruppen der Bervölkerung, einschließlich der CPP, auf der Basis von Gleichheit und ideologischer Pluralität vertreten sind. Um dem Vorwurf der Subversion zu entgehen, aber auch um die CPP in die öffentliche Diskussion politische Alternativen einzubeziehen, hat sich CORD für die Legalisierung der CPP ausgesprochen. Die CPP ist in öffentlichen Stellungnahmen noch nicht vom Anspruch der Führungsrolle in einer Koalition abgerückt, was z.B. in der Grußadresse zum Nationalkongress von CORD vom 8.-9.9.84 deutlich wird.(6) Durch ständiges Zitieren formaler Prinzipien, theoretischer Schriften des Marxismus sowie durch ein abstoßendes Agitationsvokabular verbaut die CPP weiten Kreise der Bevölkerung die Auseinandersetzung mit ihrer Zielsetzung und leistet der Antikommunistischen Propaganda in den Philippinen und im Ausland Vorschub. Dieser Dogmatismus steht im Widerspruch zu ihrer gesellschaftspolitischen Praxis.(7)

Entwürfe zur Organisation und Emanzipation der Gesellschaft

Die im November 83 gegründete NAJFD — Nationalist Alliance for Justice,Freedom and Democracy, kurz Nationalist Alliance genannt, ist bestrebt, durch Forschungs- und Bildungsarbeit den gesellschaftspolitischen Emanzipationsprozess des Landes zu fördern und auf der Grundlage progressiver Zielsetzungen Bündnisse zu bilden. Das politische Ziel ist die Wiedergewinnung einer nationalen Identität und die Befreiung von der US-Umklammerung, d.h. die Aufkündigung der US-Militärstützpunkte und blockfreie Außenpolitik. Die Wirtschaft, gegenwärtig vom Ausland, vor allem den USA, dominiert, ist im Sinne nationaler Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten umzufunktionieren. Das ist nur durch ein Umschuldungsprogramm, möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Ländern der 3. Welt in vergleichbarer Position zu erreichen. Die Alternative zum Marcos-Regime ist „eine Koalitionsregierung, auf echter Demokratie und einem repräsentativen System begründet.“ (8)Die Nationalist Alliance bildet nicht nur durch Personalunion in der Leitung, sondern vor allem durch die Formulierung alternativer Gesellschaftspolitik ein Orientierungszentrum für CORD und die Oppositionsbewegung.



...Kampf der faschistischen US-Marcos-Diktatur

Die von der Nationalist Alliance formulierten Alternativen zur Wirtschaftspolitik verschreckten 1983 Makatis Wirtschaftskreise und wurden als kommunistisch abgelehnt. Inzwischen werden sie offen diskutiert und angesichts der wirtschaftlicher Misere des Landes ernstlich in Erwägung gezogen. Dadurch gelingt in Zukunft möglicherweise ein konkretere Programmformulierung und eine tragfähigere Bündnispolitik mit national gesinnten Geschäftskreisen des Landes. In der Nationalist Alliance herrscht kein Zweifel darüber, daß ohne drastische Einschränkung von Privilegien und des Lebensstils der Reichen keine Chancengleichheit für die städtischen Armen und verarmte Landbevölkerung möglich ist. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist in den Philippinen äußerst drastisch. Die Versöhnungsvorstellungen von Kardinal Sin ohne institutionelle und persönliche Konsequenzen vertuschen die Gegensätze und tragen dadurch eher zur weiteren Polarsierung der Gesellschaft bei. Die Aktivisten der Alliance, Generalsekretär und Rechtsanwalt Alex Padilla und der Theoretiker Fr. Joe Dizon, setzen auf Veränderungsbereitschaft nationalistischer Wirtschaftkreise in der Anti-Marcos-Front und den Druck der Straße und vom Lande, inklusive der Guerilla der NPA.

Die drei Hauptströmungen in der Anti-Marcos-Front

Nach Joe Dizon sind in der Anti-Diktator-Front drei Hauptströmungen zu unterscheiden: konservative Reformisten, liberale Demokraten und militante Progressive. Die Reformisten und Liberalen sehen in der Marcos-Diktatur die Ursache der Misere, die Progressiven im Zusammenspiel von US-Interessen und einheimischer Diktatur. Die Konservativen geben sich mit der Rückkehr zur Konstitution aus amerkanischer Kolonialzeit von 1935 zufrieden. Der Weg dahin führt über saubere Wahlen.

Die Alternative für die liberalen Demokraten ist eine pluralistische Gesellschaftsform mit einem Mehr-Parteiensystem und einem 'freien Spiel der Kräfte' als Wirtschaftspolitik. Man stellt sich vor, daß soziale Spannungen durch christlich-ideales Verhalten von Unternehmern und Politikern gelöst werden. Daher ist diese Tendenz attraktiv für liberale Christen und findet Unterstützung durch die Kirchenleitungen und kath. Ordensgemeinschaften, wie der Jesuitenorden. Die Kampfform ist die gewaltfreie Aktion. Der bewaffnete Kampf der NPA-Guerilla wird aus prinzipiellen Gründen, mehr aber

noch aus Abscheu vor dem Kommunismus abgelehnt, der mit Hinweis auf die Sowjetunion und Vietnam mit totalitärer Gesellschaftsordnung und Gottlosigkeit gleichgesetzt wird. Die Wahl von friedlichen Mitteln dient als willkommenes Alibi für die anti-kommunistische Position und als Propaganda für die Beibehaltung des gesellschaftlichen status quo. (9) Die progressiven Gruppierungen basieren auf langjähriger Basisarbeit und den 'People's Organizations', die alle 'Sektoren' der Gesellschaft erfasst haben und teils zu nationalen Verbänden zusammengeschlossen sind. Die Zielsetzung ist die aktive Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungsprozessen des Landes durch ein System der 'Repräsentanz von unter'. Die geeignetste Form dafür ist eine Koalitionsregierung, in der alle sektoralen Organisationen vertreten sind und zusammen mit Berufsverbänden und Abgeordneten aus Industrie und Handel das Land regieren:Das Regime wird durch 'militante Massenaktionen' (militant mass struggle) gestürzt. Während des Kampfes und danach wird die Kooperation mit den Koalitionspartnern vereinbart. Dabei läßt man sich nicht auf ausschließlich gewalt-freie Aktionen und die prinzipielle Ablehnung des bewaffneten Kampfes festlegen.Die Frage nach den Mitteln ist sekundär im Vergleich zur Zielsetzung. Dem Regime ist nämlich jedes Mittel recht, sich an der Macht zu halten. Marcos hat sich das Macht-Monopol angemaßt und möchte die Opposition auf friedliche Mittel festlegen. Er versucht selbst jedoch in allen Auseinandersetzung durch seine Wahl der Mittel bis hin zum willkürlichen Einsatz von Polizei und Militär die Oberhand zu behalten. Die nachweislich friedlichen Kundgebungen vom 21./22.9. und 27.9.84 sind beispielweise unter dem Vorwand der Verkehrsbehinderung gewaltsam aufgelöst worden, weil Marcos die 'Überlegenheit der Straße' an Zahl, in Argumenten und durch die moralische Unterstützung der Bevölkerung fürchtete.

Gemeinsamer Kampf: Vorbereitungen zum Volksstreik

Die Theoretiker des Volkskampfes, wie Randolf David, Direktor des TWSC (Third World Studies Center der UP-University of the Philippines), geben zu, daß die gewaltfreie Aktion, auch 'unbewaffnete politische Aktion' genannt, in den Philippinen keine so lange Tradition hat, wie in Indien und folglich noch nicht so entwikkelt ist. Damit die Opposition aber dennoch flexibel über alle Mittel verfügen kann, muß sie die Gleichsetzung von gewaltfreier Aktion mit Reform und bewaffneten Kampf mit revolutionärer Veränderung auflösen. Denn es ist z.B. unsinnig, aus einer physisch schwächeren Position heraus eine Diktatur dort anzugreifen, wo sie am stärksten ist, nämlich im Polizei- und Militärapparat. (10)Der massive Einsatz von Polizei und Militär am 21./22.9. und 27.9.84 hat zwar große Teile der unsicher gewordenen Reform-Opposition in den Hauptstrom der militanten Opposition gezogen und die Sympathie der Bevölkerung für die politische Bewegung auf der Straße gestärkt, aber die Opfer waren zu groß und viele Bürger ziehen sich aus Furcht vor Verletzungen und Tod zurück. Der nächste Schritt führt vom Massenprotest zu 'unsichtbaren' Aktionen der Verweigerung und Lahmlegung des Systems. Zwei Verkehrsstreiks (durch Transport-Unternehmer und -Beschäftigte) im September und Oktober 84 haben bereits einen Vorgeschmack von den politischen Möglichkeiten des öffentlichen Streiks in empfindlichen Bereichen der Wirtschaft gegeben. Die angekündigte Erhöhung der KFZ—Zulassungsgebühr wurde innerhalb eines Tages zurückgenommen. Der Streik im Oktober, von der politisch motivierten und landesweit organisierten ATOC — Alliance of Concerned Transportation Organizations initiiert, hat zwar nicht die Erhöhung der Kraftstoff-Steuer verhindert, aber das Zusammenwirken von Transportorganisationen auf Landesebene in Gang gesetzt. In Davao und Cebu stand der Straßenverkehr für mehrere Tage still. Ein Aufruf zum General streik ist nicht möglich, da nur etwa 12,5,% der 19 Millionen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert sind und nur der geringere Teil der Gewerkschaften öffentlich für politische Ziele eintritt.

Augenblicklich finden Sondierungen und Absprachen zwischen den 'strategischen Sektoren' statt, den Gewerkschaften, organisierten städtischen Armen, Transport- und Kommunikations-Beschäftigten, Bank-Angestellten, Studenten, Lehrern und Kirchen, um die erste Phase des Welga Ng Bayan = Volksstreiks vorzubereiten, die am 27.11.84, dem 51. Geburtstag von Ninoy Aquino, mit einem 'Verweigerungs-und Streiktag' pro Woche beginnen soll. Aktionen der 'sektoralen' Organisationen und die Zusammenarbeit 'multisektoraler' Verbände sind eine neue Erfahrung seit dem Ninoy-Aufbruch der Gesellschaft. Die Basis-Organisationen waren bisher gezwungen gewesen, sich halb oder ganz gedeckt zu verhalten.

Personale. und organisatorische Unterstützung ausserhalb der Parteien

Hinter den 'strategischen Sektoren' stehen 'Unterstützer-Sektoren', zu denen die vielen Forschungs-, Bildungs- und Organisations-Gruppen zählen, die den Aufbau und die Qualifizierung der Basis-Organisationen und ihre nationalen Zusammenschlüße fördern. Das sind Kirchen-verbundene oder unabhängige Initiativen und Institutionen. Sie unterstützen die Gewerkschaftsbewegung, leisten Organisationshilfe in Slums, fördern Bauernverbände, wie FAB-Farmers' Assistance Board, unterstützen ethnische Minderheiten, wie ECTF-Episcopal Commission for Tribal Filipinos und beleben die philippinische Schauspiel-Kultur, wie PETA-Philippine Educational Theatre Association. Das Land ist von einem Netz solcher Initiativen und Organisationen umspannt, die auf die Bevölkerung einwirken und selbst einen Teil der Oppositions-Bewegung bilden. Dazu zählen auch die Organisationen, wie FLAG-Free Legal Assistance Group, MAG — Medical Action Group, CAP — Concerned Artists of the Philippines oder CWR—Center for Women Resources.

Ed Garcia, ehemaliger Jesuit und Politologe am TWSC —Third World Studies Center, der über Organisationserfahrung aus Latein-Amerika verfügt,unterscheidet eine weitere Gruppierung, die 'politischen Katalysatoren'. Das sind Persönlichkeiten, wie der sechsundachtzigjährige Nestor der Oppositions-Bewegung Senator Laurenzo Tanada, der sowohl den Vorsitz von CORD als auch der Nationalist Alliance führt und Organisationen und Veranstaltungen durch Alter und Integrität Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft verleiht. Dazu gehört auch Senator Jose Diokno, der persönlich und durch die von

ihm gegründete KAAKBAY — Kilusan sa Kapangyarihan at Karapatan ng Bayan-Movement for Philippine Sovereignty and Democracy die politische Fortentwicklung von JAJA und die Bündnisbreite der heutigen Oppositionsbewegung entscheidend mitbestimmt hat. Auch Agapito ('Butz') Aquino, der jüngere Bruder von Ninoy Aquino, ist dazurechnen, der sich vom unbekannten Schauspieler zum anerkannten Sprecher und Koordinator der Aktionen auf der Straße entwickelt hat und geschickt zwischen den liberalen und fortschrittlichen Kräften der Oppositions-Bewegung zu vermitteln versteht. Dazu zählt auch die gesamte alternative Presse, die seit Aquinos Ermordung sprunghaft nach Umfang und Qualität gewonnen hat. Einzelkämpfer sind Persönlichkeiten, wie Joaquin ('Chino') Roces, Nestor der Oppositionspresse, jetzt Kolumnist von Malaya oder Ninez Cacho-Olivarez, Kolumnistin von Business Day und Sprecherin von WOMEN—Women in Media Now.(12) Es sind auffallend viele Frauen in der Oppositions-Bewegung engagiert: Guter Hirte Schwester Christine Tan, Anwältin der städtischen Armen, Benediktinerin Aida Velasquez, Koordinatorin der Atom-Kraftwerks-Gegner von Bataan, Frau Lorna Verano Yap, die mutig die Skandale des Militärs aus Offizierskreisen ihres Mannes an die Öffentlichkeit bringt. Die Menschenrechts-Organisationen sind auch zu diesem Sektor zu rechnen: TFD — Task Force Detainees, von der Franziskaner-Schwester Marianni Dumaragan gegründet und geleitet, EMJP — Ecumenical Movement for Justice and Peace.

Oppositionsbewegung und Widerstand auf dem Land

Die 'Kräfte auf dem Lande' landwirtschaftliche Arbeiter, Arbeiter der Kopra-,Zucker-, Kautschuk-, Ananas- und Bananenplantegen und der verarbeitenden Industrien, Pächter und Kleinbauern, Fischereiarbeiter und Fischer, Bergleute und ethnische Minderheiten, sind zahlenmäßig am stärksten. Die Zahl der landlosen ländlichen Arbeiter wird mit 5 Millionen angegeben. Ethnische Minderheiten mit etwa 5,7, Millionen bilden etwa 10 % der Gesamtbevölkerung, wovon 44 % Moslems sind. Die gewerkschaftlichen Organisationen und Bauernverbände sind zwar stärker geworden, haben aber im Vergleich zu der städtischen Bewegung nicht denselben Organisationsgrad erreicht, weil die vergleichbaren Bedingungen fehlen und die Zusammenarbeit mit der CPP/NPA die einzige Option für Opposition und Widerstand bildet. Die größte Einzelorganisationen ist die NFSW — National Federation of Sugar Workers mit 85.000 Mitgliedern, hauptsächlich auf der Zucker-Insel Negros vertreten. Die entschiedenste und militanteste Position gegen das Marcos-Regime und den 'Crony-Capitalism' beziehen die Moslems im Süden und die Ifugao, Tingian und Kalinga Minderheiten in den Kordilleren Nord-Luzons. Die Kalinga sind durch ihren erfolgreichen Widerstand gegen den Bau von vier Staudämmen in ihrem Lebensraum bekannt geworden, die von der deutschen Consulting Lahmeyer in Frankfurt geplant und entworfen wurden. Die Minderheiten des Landes haben ihre Stammes- und Regional-Organisationen sehr weit entwickelt und planen für Mitte Dezember 84 einen nationalen Zusammenschluß zur Verteidigung ihrer Rechte und Intergration in die Oppositionbewegung. Die ökologisch integrierte Produktions- und Lebensweise der 'kulturellen Minderheiten' wird inzwischen als Bereicherung und Orientierungshilfe für alternative Planung betrachtet. Die Festigkeit im Widerstans und ihre enge Kooperation mit der CPP/NPA in den Rückzugsgebieten der Bergregionen haben sie in den 'Vordergrund' des Widerstandes und der Oppositionsbewegung des Landes gebracht.

Das 'Parlament der Straße ' bereitet sich um so intensiver auf die Übernahme der Macht durch eine Koalitionsregierung vor, um nicht, wie um 1900 in der Befreiung von Spanien und nach dem Zweiten Weltkrieg von Japan und den USA, die Macht wieder an eine neue Elite zu verlieren, sondern sie für die Mehrheit der Bevölkerung zu sichern.

Manila, 1.11.84 (Sigi Turner).



NPA-Kämpfer

Anmerkungen:

1. LAKBAYAN-Lakadang Bayan para sa Kalayan = Volksmarsch für die Freiheit. Der sportlich und karnevalistisch aufgemachte Polit-Protest in Form von Märschen, Umzügen, Rallies, Konfetti-Paraden und Jogging (ROAR-Run On for Aquino and Resignation) erfreut sich großer Beliebtheit und fördert die Politisierung und die Einigung der Bevölkerung gegen das Marcos-Regime. Z. B. im Mai 84 fand eine Sternfahrt auf Manila statt: SAKBAYAN-Sasakyang Bayan. Im September wurde ein Bronze-Standbild von Ninoy Aquino in einem achttägigen Zug in seine Heimatstadt Tarlac in Zentral-Luzon gebracht. Im Oktober beteiligten sich 50.000 Menschen an einem Protestmarsch nach Bataan gegen die geplante Inbetriebnahme des ersten Atom-Kraftwerkes.

2. Der Kardinal am 7.10.84 vor der PAMA-Philippine Association of Management Accountants:
"Ich sage, daß die Studenten sich angesichts von Schlagstöcken und Geschossen machthungriger Soldaten tapfer verhalten. Sie sind eure Landsleute. Ich sage, sie sind eure Kinder, Brüder, Schwestern oder Verwandte.Ich sage, ihr Kampf sollte auch euer Kampf sein; denn ich bin sicher, daß eure Freiheitsliebe so umfassend ist wie die ihre.
Was könnt ihr tun, um diese sinnlose Gewaltanwendung gegen die Studenten zu beenden? Ihr könnt eure Solidarität mit ihnen bekunden. Ihr könnt euren Glauben in die Macht von Gewaltlosigkeit in derselben Weise zum Ausdruck bringen, wie sie es jetzt tun. Ihr könnt euch ihnen im Parlament der Straßen anschließen." Veritas, Manila, 7.10.84.

3. Exponenten dieser Gruppierung sind z. B. die fünf Unternehmer, die Marcos für die Kundgebung am 7.10.84 um Erlaubnis gebeten haben: Jose Concepcion, Inhaber von Pacific Flour Mills und Vorsitzender von NAMFREL; Jaime V. Ongpin, Präsident der Benguet Mining Corporation; Cesar Buenaventura, Präsident von Shell-Philippines; Ramon del Rosario, Präsident der Asian Savings Bank und Vorsitzender des MBC-Makati Business Club und Vin-

cente Paterno, ehemaliger Industrie- und Handelsminister, jetzt Präsident der PCCI-Philippine Chamber of Commerce and Industry. NAMFREL bereitet eine Volksabstimmung für Anfang 85 vor, um die Verfassungsänderung aus der Konstitution zu streiche, die dem Präsidenten die autokratische Vollmacht gibt (Amendment No. 6), und die Wahlbestimmungen in Hinblick auf Kommunalwahlen von 86 und die Präsidentschaftswahl von 87 zu ändern.

4. Darunter sind starke Gruppierungen, wie die PKMK-Pambansang Koalisyonng Manggagawa Labansa Kahirapan = Nationale Koalition der Arbeiter zum Kampf gegen die Armut mit 500.000 und die LFS-League Of Filipino Students und das Student Leaders' Forum mit 87.000 Mitgliedern, 'multisektorale' Verbände, wie der liberale Geschäfts- und Berufsverband AMA - Alliance of Metropolitan Associations oder der Anfang 84 gegründete Frauenverband GABRIELA - General Assembly Binding Women for Reforms, Integrity, Equality, Leadership and Action.

5. Die Hauptfronten der Guerilla, von 28 auf 45 ausgeweitet, liegen in den Kordilleren und im Cagayan Valley in Nord-Luzon, in Bicol in Süd-Luzon und Mindanao im Süden des Landes. In den städtischen Zentren besteht der Einfluß vor allem durch 'fortschrittliche' Organisationen.
6. "Die nationale Einheitsfront, gegründet auf der Allianz von Arbeitern und Bauern unter proletarischer Führung, nimmt ständig an Stärke zu. Die Mittelklasse - das städtische Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie - sind jetzt eng mit den kämpfenden Massen gegen den gemeinsamen Feind verbunden." Aus: Greetings to the CORD Congress, September 8 und 9, 84, gez. Jose Ma. Sison, Sept. 8, 84. J. M. Sison ist angeblich Vorsitzender der CPP und seit 1977 inhaftiert.
7. Vgl. „blätter des iz3w", Feb. 1982. Dort wird ausführlich auf die gesellschaftspolitische Praxis der CPP und der NPA in den befreiten Gebieten eingegangen.
8. Vgl. zu Geschichte, Zielsetzung, Aktionsprogramm und Mitgliedschaft den : Primer on the Nationalist Alliance für Justice, Freedom and Democracy, herausgegeben anläßlich des Gründungskongresses im Nov. 83, Manila.
9. Diese Tendenz ist in Verbänden anzutreffen, wie der PCCI-Philippine Chamber of Commerce and Industry, BBC-Bishops' Businessmen's Conference for Human Development, TUCP-Trade Union Congress of the Philippines, MBC-Makati Business Club, MAP-Management Association of the Philippines, IBP-Integrated Bar of the Philippines, CEAP-Catholic Educational Association of the Philippines, CLP-Council of Laity of the Philippines. Der überwiegende Teil der kirchlichen Sozialarbeit und Entwicklungstätigkeit ist von dieser Tendenz geprägt, NASA-National Association of Social Action, CENDRRA-Center for the Development of Human Resources in Rural Asia oder das AC-Apostolic Center, das vom Jesuitenorden als Bildungs- und Organisationsstätte für die SOCDEM-Social Christian Democratic Movement unterhalten wird und neuerdings Seminare für 'ausschließlich' gewaltfreie Aktionen anbietet. Die nicht-staatliche Projektforderung aus dem Ausland, vor allem aus der Bundesrepublik, findet fast ausschließlich in diesem Bereich statt, und nicht darüber hinaus.
10. Vgl. Randolf David, Revolution without Tears, Theory and Practice of Unarmed Political Action, Teil I und II, in: WHO-Magazine, 17 und 24.10.84.
11. Nach einer Veröffentlichung des Center for Labor Studies Inc. im Juni 84 waren Ende 83 1.813 Gewerkschaften registriert, davon 1.693 nicht-föderierte Einzelgewerkschaften, 103 Gewerkschaftsbünde und 7 Gewerkschafts-Zentren; der Regierungsfreundliche TUCP-Trade Union Congress of the Philippines umfaßt 35 Gewerkschaftsbünde mit angeblich 1.087.294 Mitgliedern (Ende 82); das unabhängige und 'militant progressive' Zentrum KMU/PMP-Kilusang Mayo Uno/Pagkakaisa ng Mangagawang Philipino=Bewegung des ersten Mai/Solidarität mit den Philippinischen Arbeitern hat 575.209 registrierte Mitglieder; der auf Reformen eingestellte traditionelle Gewerkschaftsbung FFW-Federation of Free Workers umfaßt etwa 400.000 Arbeiter.
12. Das sind hauptsächlich die Tageszeitung Malaya (Freiheit), die Nachfolgezeitung des 1982 von der Regierung geschlossenen WE-Forum des Herausgebers Jose Burgos, mit etwa 100.000 Auflage; die 'schwarz-weiß' Beilage des Wochenmagazins Mr.&MS., die sich seit der ersten Ausgabe über Aquinos Beisetzung zum eigenständigen Magazin und Forum der Oppositions-Bewegung mit einer Auflage von 250.000 entwickelt hat; die von der BBC-Bishops' Businessmen's Conference seit November 83 herausgegebene Wochenzeitung Veritas (Wahrheit) mit etwa 80.000 Auflage; die von progressiven Katholiken gegründete Philippine Signs mit einer wöchentlichen Auflage von 20.000, von Crossroads Publications herausgegeben, inzwischen jedoch eingestellt und auf einen wöchentlichen PNF-Philippine News and Features Nachrichtendienst umgestellt; die Herausgabe des renommierten Wochenmagazins WHO wurde Ende Oktober 84 offensichtlich aus politischen Gründen eingestellt. Das Zeitungs-Imperium des verstorbenen Hans Menzi, dem es angehörte, wurde vom Großunternehmer Eduardo Cojuangco, einem Marcos-Freund, aufgekauft. Es gibt viele kleine Oppositions-Zeitungen, vom Regime 'Moskito-Presse' genannt, wie: The Guardian, La Solidaridad Filipino, Metro Kabayan (Hauptstadt Volk), Peryodiko Libre. Daneben wird eine unübersehbare Zahl von 'Haus-Zeitungen' der 'sektoralen' Organisationen und der 'Unterstützer-Gruppen' herausgegeben. Die bedeutendsten Untergrund-Magazine sind Ang Bayan (Das Volk) der CPP und Liberation von der NDF.

Entwicklungspolitik nach der Wende

Anfang Oktober 1982, vor nunmehr zwei Jahren kam die Regierung Kohl-Zimmermann-Genscher ins Amt. In den folgenden Beiträgen soll nun versucht werden, zu einigen Aspekten der Politik dieser Regierung gegenüber der Dritten Welt eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Seit Amtseintritt hat der neue Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, stets herausgestrichen, daß die Entwicklungshilfe zur Sicherung der Beschäftigung hier beitragen müsse und Projekte, die hierzu in der Lage sind, Vorrang geniessen sollen. Mit der von der jetzigen Bundesregierung faktisch eingeführten Lieferbindung und der „Mischfinanzierung" genannten Verbindung von Entwicklungshilfe und kommerziellen Krediten sind zwei Instrumente geschaffen worden, den schon zu sozialliberalen Zeiten bekannten Mißbrauch der Entwicklungshilfe zur Exportförderung auszuweiten. Im Beitrag „Exportförderung im Gewand der Entwicklungshilfe" werden diese beiden Instrumente erklärt und die Auswirkungen der Politik der Exportförderung auf die Qualität der Entwicklungshilfe aufgezeigt. Warnke ist der Politik der Exportförderung nicht erst seit seinem Amtsantritt als Entwicklungshilfeminister verbunden, er war bis 1982 Vorsitzender des handelspolitischen Beirats des deutschen Bundestages. Ob allerdings die Bundesregierung selbst die Entwicklungshilfe für ein geeignetes Instrument der Beschäftigungspolitik hält, ist zweifelhaft. Die Betonung der Beschäftigungswirksamkeit der Entwicklungshilfe hat sicherlich zu einem wesentlichen Teil innenpolitische Funktion: Den mehr als zwei Millionen Arbeitslosen soll öffentlichkeitswirksam kundgetan werden, daß diese Regierung — die ja in den zentralen arbeitspolitischen Fragen wie Arbeitszeitverkürzung oder Beschäftigungsprogrammen unflexibel ist — für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen kämpft.

Der folgende Beitrag „Die Eroberung des Freistaats Kladow" zeichnet die Politik des BMZ gegenüber dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) nach, der seit längerem heftigen politischen Angriffen aus dem Lager der Union ausgesetzt ist. Hierfür dürfte weniger eine dezidierte vom DED abweichende entwicklungspolitische Konzeption der Union ausschlaggebend sein, als vielmehr Vorbehalte gegen die Struktur des DED, dessen formelle Unabhängigkeit und dessen Mitbestimmungsmodell nicht in das hierarchische Denken konservativer Politiker passen. Gerade die im Mitbestimmungsmodell des DED versuchte Beteiligung der DED-Entwicklungshelfer an den Entscheidungen, die Bonn bis zur Unkenntlichkeit reduziert wissen will, ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine qualifizierte personelle Entwicklungshilfe: Nur die Entwicklungshelfer kennen die sehr unterschiedlichen Verhältnisse ihrer Einsatzorte und Projekte; keine bürokratische Zentrale kann über dieses Wissen ohne die Entwicklungshelfer verfügen. Auch hier hat somit die Wende Konsequenzen für den Alltag der Entwicklungspolitik.

Wer sich noch erinnert an die Angriffe aus dem Unionslager auf die Öffentlichkeitsarbeit des sozialdemokratisch geführten BMZ — selbst die Kinderfibel des BMZ wurde zu einem gut getarnten Machwerk marxistischer Verführungskunst aufgeblasen —, den wird die Wende auf diesem Feld wenig wundern. Zwei Beiträge widmen sich der heutigen Öffentlichkeitspolitik des BMZ (Filmpolitik, neue Kinderfibel).



Aber die Dritte-Welt-Politik der Bundesregierung ist natürlich nicht nur, nicht mal in erster Linie, Domäne des BMZ. Der Beitrag „Kontinuität oder Wende ? — Die Rüstungsexportpolitik der Regierung Kohl" zeichnet die wichtigsten Stationen nach, die die jetzige Bundesregierung gegenwärtig auf dem bereits von ihren sozialdemokratischen Vorgängern beschrittenen Weg des Abbaus von Waffenexportrestriktionen zurückgelegt.

Der abschließende Beitrag „Die Menschenrechtspolitik der Wende-Regierung" widmet sich insbesondere der in internationalen Gremien verfolgten Menschenrechtspolitik. Mit der Ernennung von R. Jäger, einem bekannten Befürworter der Todesstrafe, zum Bonner Delegationsleiter in der UN-Menschenrechtskommission hat die Bundesregierung nicht gerade dokumentiert, daß sie die noch zu sozialliberaler Zeit eingebrachte Initiative gegen die Todesstrafe mit Nachdruck weiterverfolgen will. Die Halbherzigkeit und Widersprüchlichkeit Bonner Menschenrechtspolitik, die dieser Beitrag aufzeigt, liegt nicht nur in der Rücksichtnahme auf verbündete Regierungen begründet, die die Menschenrechte mit Füssen treten; die Menschenrechtspolitik hat auch starke innenpolitische Züge, in erster Linie zur Politik gegenüber den als „Scheinasylanten" diskreminierten Flüchtlingen in der Bundesrepublik.

Auf einen Beitrag zur Ausländerpolitik der jetzigen Bundesregierung haben wir verzichtet, da hier die gegenwärtige Lage noch derjenigen entspricht, die in der Nr. 108 der „blätter" vom März 1983, S. 8ff, dargelegt wurde. Wer sich um die Konflikte um die Seerechtskommission interessiert, die nicht zu unterzeichnen die Bundesregierung im November beschlossen hat — in nibelungenhafter Treue zu der im Nord-Süd-Dialog völlig unbeweglichen US-Regierung — sei auf die Darlegung dieser Konvention in den „blättern", Nr.106 vom Dezember 1982, S. 11ff, verwiesen. Auf weitere Beiträge zur Nord-Süd-Politik der Regierung Kohl, die in den „blättern" bereits abgedruckt waren, wird im nebenstehenden Kasten verwiesen.

Red.

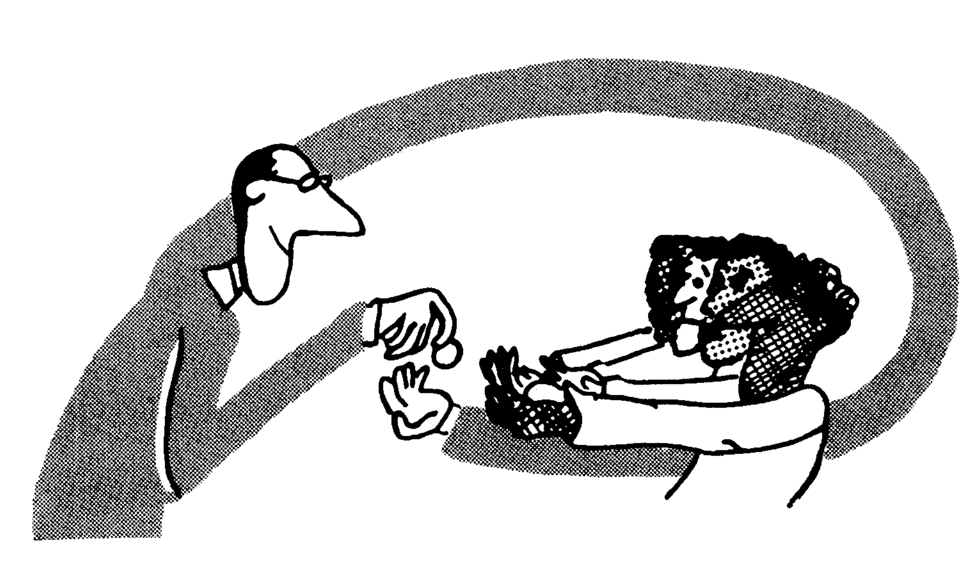
Frühere Beitäge zur Nord-Süd-Politik der Regierung Kohl in den „blättern des iz3w"

Exportförderung im Gewand der Entwicklungspolitik

Entwicklungshilfe müsse einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit hier in der Bundesrepublik leisten — es gibt nichts, das sich so gradlinig durch alle Äußerungen des CSU—Entwicklungshilfeministers Warnke zieht wie dieser Leitsatz. Wie weit ist dies nur Rhetorik, mit der die Entwicklungshilfe der bundesdeutschen Öffentlichkeit „verkauft" wird ? Hier stünde Warnke in einer alten Tradition. Unter Wischnewski, der von 1966 — 1968, also in der Wirtschaftskrise der sechziger Jahre, Chef des BMZ war, vertrieb dieses Ministerium die Schallplatte „ Adolf Tegtmeier als Entwicklungshelfer", auf der Jürgen von Manger in einfacher und offener Sprache die Entwicklungshilfe erklärte:„Entwicklungshilfe ist, wenn man andere Länder in die Lage versetzt, bei uns zu kaufen." Während unter Erhard Eppler das BMZ auf diese Art der Öffentlichkeitsarbeit verzichtete, wurde unter Bahr und dessen Nachfolgern die Betonung der Eigeninteressen der „Geber" wieder fester Bestandteil der ministeriellen Aufklärung der Öffentlichkeit.

Aber das Postulat der „Beschäftigungswirksamkeit" bundesdeutscher Entwicklungshilfe zielt nicht nur auf die Öffentlichkeit hier; es führt zu Eingriffen in die konkrete Projektpolitik. Ein Instrument, die Zahlungen des „Gebers" in Aufträge an die Industrie des Geberlandes zu verwandeln, ist die **Lieferbindung.**Im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern bestand mit Ausnahme einiger besonders krisengeschüttelter Branchen (z.B. Schiffsbau) bis zum Regierungswechsel 1982 bei der bundesdeutschen Entwicklungshilfe keine formelle Lieferbindung, d.h. das Nehmerland war vertraglich nicht verpflichtet, die aus den Mitteln der Entwicklungshilfe zu finanzierenden Importe an Maschinen, Ausrüstungsgütern usw.in der BRD zu ordern. Allerdings ist zu vermuten, daß die informelle Lieferbindung eine große Rolle spielte: den Empfängerländern konnte auch ohne vertragliche Fixierung nahegelegt werden, die Entwicklungshilfemittel zu Käufen in der Bundesrepublik zu verwenden; künftige Verhandlungen über weitereEntwicklungshilfezahlungen stellten für das Nehmerland einen sanften Druck dar, solchen Wünschen des Gebers zu entsprechen.Nach dem Regierungswechsel ist unter dem Schlagwort der „Beschäftigungswirksamkeit" für die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik faktisch die formelle Lieferbindung eingeführt worden, auch wenn der Begriff „Lieferbindung" selbst schamhaft vermieden wird; schließlich stellt ja der vom Geberland verfügte Zwang, nur bei Firmen des eigenen Landes kaufen zu dürfen, eine Abkehr von den heeren Grundsätzen des freien Handels da, die die Bundesregierung auf internationalen Konferenzen etwa über eine Neue Weltwirtschaftsordnung den Entwicklungsländern entgegenhält.





Daß allerdings die „Beschäftigungswirksamkeit" der bundesdeutschen Entwicklungshilfe einen nennenswerten Beitrag leisten kann, die Arbeitslosigkeit von mehr als zwei Millionen Menschen in der BRD abzubauen, darf mit Fug und Recht bezweifelt werden. Bereits vor Einführung der faktischen formellen Lieferbindung floß der Löwenanteil bundesdeutscher Entwicklungshilfe in die Bundesrepublik zurück; bei der bilateralen Hilfe etwa 70 %. Die Steigerungsmöglichkeiten für die „Rückflußquote" sind relativ gering; es ist kaum möglich, daß ein Geberland sämtliche Leistungen erbringt, die die entwicklungspolitischen Projekte erfordern. Zu erwarten ist auch,daß sich durch die Ausschaltung der Konkurrenz durch Anbieter anderer Länder die Entwicklungsprojekte verteuern werden. Bei Beschränkung auf bundesdeutsche Anbieter werden preistreibende Absprachen erleichtert; sie können hier sogar legal getroffen werden, da Preisabsprachen bei Ausfuhrgeschäften nicht dem Kartellrecht unterliegen. Wenn sich aber die Entwicklungsprojekte verteuern, so bedeutet dies, daß aus dem Topf der Entwicklungshilfe weniger Waren gekauft werden können; Beschäftigung kann dadurch nicht gesichert werden. Zudem ist die bundesdeutsche Entwicklungshilfe auch von ihrem Umfang her zu gering, um einen nennenswerten Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten: Von den Mitteln der finanziellen Zusammenarbeit, die 1983 von der BRD geleistet wurden, floßen etwa 500 Millionen DM nicht an deutsche Unternehmen; ein sehr geringer Betrag, wenn man ihn mit den 432 Milliarden DM vergleicht, die die Bundesrepublik im gleichen Jahr an Waren exportiert hat.Auch das deutsche Institut für Entwicklungspolitik bestritt in einer vom BMZ selbst in Auftrag gegebenen Studie, daß die Einführung der Lieferbindung geeignet ist, in der Bundesrepublik Arbeitsplätze zu sichern; diese bereits im September 1983 erstellte Studie ist — entgegen üblicher Praxis — vom BMZ bisher nicht veröffentlicht worden (vgl. Wirtschaftswoche 21.9.84).

Neben der formellen Lieferbindung hat die jetzige Bundesregierung ein weiteres Instrument der Exportförderung in die

Entwicklungshilfe eingeführt: die sog. **Mischfinanzierung.**Bei der Mischfinanzierung werden Kredite zu günstigen Bedingungen aus den Mitteln der Entwicklungshilfe des Bundeshaushaltes mit kommerziellen Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zu einemGesamtpacket gebunden. Damit kann die Bundesregierung ihre international ausgewiesene Entwicklungshilfe erhöhen, ohne auch nur eine Mark aus dem Bundeshaushalt zusätzlich bereitstellen zu müssen.Denn das Entwicklungshilfekomitee der OECD, das jährlich über die Entwicklungshilfeleistungen seiner Mitgliedsländer Bericht erstattet, erfasst Zahlungen dann als Entwicklungshilfe, wenn sie ein „Zuschußelement" von mindestens 25 % aufweisen. Das Zuschußelement bei der Kreditvergabe gibt an, in welchem Maße auf Gegenleistungen verzichtet wird, auf die ein kommerziell orientierter Gläubiger, der marktübliche Zinsen fordert, bestehen würde.Die Kredite der Kapitalhilfe weisen ein deutlich höheres Zuschußelement als 25 % auf ; durch kommerzielle Kredite, die zu den marktüblichen hohen Zinsen zurückzuzahlen sind, wird das Zuschußelement des Gesamtpacketes bis zur Untergrenze von 25 % gesenkt. Durch den buchhalterischen Trick der Mischfinanzierung wird die offiziell ausgewiesene Entwicklungshilfe erhöht. Die Bundesrepublik rückt — ohne Kosten — näher an das von den Vereinten Nationen proklamierte, von der Bundesregierung akzeptierte, aber noch nie erfüllte 0,7 %-Ziel: 0,7 % des Bruttosozialprodukts sollen als öffentliche Entwicklungshilfe geleistet werden.

Bei Projekten, die mit Mischfinanzierung abgewickelt werden, ist der Zusammenhang zur Exportförderung besonders eng: Die kommerziellen Kredite, die Teil der Mischfinanzierung sind, werden durch die Hermes-Versicherung, eine im Auftrag des Bundes tätige Versicherung für Exportgeschäfte, versichert. Damit ist aber die Mischfinanzierung nur möglich bei Entwicklungsprojekten, die unmittelbar zu Aufträgen bei bundesdeutschen Exporteuren führen.

Während mehr als zweifelhaft ist, ob Lieferbindung und Mischfinanzierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit hier in nennenswertem Maße beitragen können, ist sicher, daß der Mißbrauch der Entwicklungshilfe zur Exportförderung die Qualität der Entwicklungsprojekte senkt. Die Grünen im Bundestag haben hierzu — gestützt auf die Auswertung parlamentarischer Anfragen, auf Veröffentlichungen der Bundesregierung und auf eine Auswertung der im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und im Haushaltsausschuß vorgelegten Bilanz der Entwicklungshilfe des Jahres 1983 — in einer Dokumentation Stellung bezogen. Wir dokumentieren diese Stellungnahme — leicht gekürzt — im Wortlaut.

Red.

MISCHFINANZIERUNG UND LIEFERBINDUNG: MISSBRAUCH DER ENTWICKLUNGSHILFE

Stellungnahme der Grünen im Bundestag

Beschäftigungswirksamkeit in der Bundesrepublik und Lieferbindung — das sind die Schlagworte, die den Trend bundesdeutscher Entwicklungshilfe umreißen. Was auch sozialdemokratische Entwicklungshilfe-Minister häufig klammheimlich betrieben oder geduldet haben, hat CSU-Minister Warnke zum Konzept erhoben. Seit nunmehr eineinhalb Jahren lautet der Marschbefehl in seinem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), der mehrheitlich im Bundesbesitz befindlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und bei der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit(GTZ): Ausbau der Weltmarktstellung der deutschen Industrie durch gezielten Einsatz der Entwicklungshilfe zur Förderung von Exporten und Direktinvestitionen. Hilfe als Selbsthilfe hat die „ Hilfe zur Selbsthilfe" verdrängt, die Schleusen sind geöffnet, durch die nun der Geist des Profits ungehindert in die Büros der Entwicklungshilfe-Verwaltungen einströmen kann.

Zieht man Bilanz, so wird dieser Trend insbesondere deutlich
— in einer äußerst massiven Ausdehnung der sogenannten Mischfinanzierung;
— in einer Anpassung von Richtlinien und Verfahren der Entwicklungshilfe-Institutionen an die Bedürfnisse der bundesdeutschen Wirtschaft;
— in der Schaffung neuer und der Ausweitung bestehender Instrumente zur Förderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten der deutschen Wirtschaft in der 3. Welt.

Die hier vorgelegte Dokumentation soll aufzeigen, daß diese Maßnahmen
— zu einer deutlichen Verschlechterung der Qualität der deutschen Entwicklungshilfe führen;
— schädliche Folgen gerade für die ärmsten Bevölkerungsgruppen in der 3. Welt nach sich ziehen;
— die Bereitschaft zur Unterstützung der Entwicklungshilfe in der Bevölkerung der BRD erschüttern;
— die parlamentarische Mitwirkung des deutschen Bundestages bei der Entwicklungshilfe aushöhlen.

Mischfinanzierung

Die Aufstockung von Exportkrediten durch Entwicklungshilfe-Gelder wurde 1983 äußerst massiv ausgeweitet (Tabelle 1).

imJahr 1983 konnte das BMZ durch das Instrument der Mischfinanzierung die auf die ODA (öffentliche Entwicklungshilfe) anrechenbaren bilateralen Finanzierungszusagen um rund ein Viertel (24,1 %) anheben, im Vergleich zu Haushaltstitel Finanzielle Zusammenarbeit allein. Der vom Parlament bewilligte Zusagerahmen von 2,38 Milliarden DM wurde durch den Einsatz der Finanzkredite der KfW (572,5 Millionen DM) auf knapp 3 Milliarden DM gesteigert. Mit einem Gesamtvolumen von 1,33 Milliarden stellten die Mischkredite fast die Hälfte (45,1 %) aller Finanzierungszusagen der Bundesregierung. Mit rund 760 Millionen DM ist nunmehr ein rundes Drittel der FZ-Zusagen

Tabelle 1

Ausweitung der Finanzierungszusagen durch Mischkredite im Jahre 1983

Zusagen aus dem Entwicklungshilfe-Haushalt	2.380 Mio DM
Zusagen von Finanzkrediten der KfW im Rahmen von Mischfinanzierungskrediten	572 Mio DM
Finanzierungszusagen insgesamt	2.952 Mio DM
davon:	
Mischfinanzierungskredite Insgesamt	1.330 Mio DM
davon:	
Aus dem Entwicklungshilfehaushalt (1.330 Mio DM abzüglich der KfW-Finanzkredite in Höhe von 572 Mio DM)	758 Mio DM
Ausweitung der Finanzierungszusagen durch Mischkredite	+ 24,1 %
Verhältnis der Mischfinanzierungskredite zu den gesamten Finanzierungszusagen	45,1 %
Anteil der FZ-Haushaltsmittel, die für Mischfinanzierung zur Verfügung gestellt wurden am gesamten FZ-Titel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit	31,8 %
Vertragsabschlüsse der KfW für Mischfinanzierungsvorhaben des Jahre 1983 insgesamt	270 Mio DM
davon:	
Anteil der öffentlichen FZ-Mittel	155 Mio DM

in Mischfinanzierungszusagen gebunden.

Mit der um die KfW-Finanzkredite erhöhten parlamentarisch nicht kontrollierten Ausweitung der Zusagen mißbraucht die Bundesregierung die Entwicklungshilfe in massiver Weise als Instrument ihrer aggressiven Exportpolitik.

Mischkredite wurden an nur 11 Länder gegeben (Tabelle 2) — infolgedessen:starke Verschiebung der Prioritäten gegenüber den dem Parlament vorgelegten Prozentzahlen.

1983 erhielten insgesamt 46 Länder Finanzierungszusagen der Bundesregierung in Höhe von insgesamt 2,38 Milliarden DM aus dem Entwicklungshilfe-Haushalt. Mischfinanzierungskredite wurden zusätzlich in nur 11 dieser Länder eingesetzt, auf die bereits schon 45,2 % der Haushaltsmittel entfallen. Diese Länder erfuhren durch die Mischkredite eine Steigerung der Länderquoten um 53 %. Dies stellt eine enorme Verschiebung gegenüber den vom Parlament gebilligten Planungen dar. Der Löwenanteil der Ausweitung entfiel auf das OPEC-Land Indonesien,dessen Länderquote durch die Mischfinanzierung von 100 Millionen DM um 208 Millionen DM bzw. 208 % auf 308 Millionen DM gesteigert wurde. Besonders auffällig ist auch die Steigerung bei zwei anderen Großkunden deutscher Entwicklungshilfe: Pakistan 56,6 %, Ägypten 70,5 %. Politisch ein besonderer Skandal ist, daß die Zusagen an die Türkei, die vom Parlament durch besonderen Beschluß auf 130 Millionen DM begrenzt wurden, auf diese Weise um 46 Millionen bzw. fast ein Drittel auf 176 Millionen DM erhöht wurden.

Tabelle 2:

Erhöhung von Länderquoten durch Mischfinanzierungskredite im Jahre1983
(gegenüber den dem Parlament vorgelegten Quoten)

	Anzahl	Zusagen aus EH-Haush.	Zusagen von KfW-Kred.	Zusagen insgesamt
Empfängerländer insgesamt	46	2.380 Mio	572 Mio	2.952 Mio
davon:				
Länder mit Mischfinanzierungskrediten	11	1.075 Mio	572 Mio	1.647 Mio
Anteil der Länder mit Mischfinanzierungskrediten an den Zusagen		45,2 %	100 %	55,8 %
Steigerung der Länderquoten der betroffenen Länder durch Mischfinanzierung				+ 53,2 %
zum Beispiel:				
Indonesien		100 Mio	208 Mio	308 Mio (+208 %)
Ägypten		241 Mio	170 Mio	411 Mio (+ 70,5 %)
Pakistan		122 Mio	69 Mio	191 Mio (+56,6 %)
Türkei		130 Mio	45 Mio	176 Mio (+34,6 %)

Tabelle 3

Verschiebung der regionalen Verteilung und des Anteils der ärmsten Entwicklungsländer durch Mischkredite im Jahre 1983

	Zusagen aus EH-Haushalt		Zusagen insgesamt (einschl. Mischfinanzierungskredite)	
	in Mio DM	in %	in Mio DM	in %
Europa	195	8,2	241	8,2
Afrika nördl. d. Sahara	302	12,7	472	16,0
Afrika südl. d. Sahara	837	35,2	841	28,5
Lateinamerika	157	6,6	162	5,5
Asien	881	37,0	1.228	41,6
Sonstiges	8	0,3	8	0,3
Zusagen insgesamt	2.380	100	2.952	100
Davon: ärmste Entwicklungsländer (LLDC)	715	30	715	24,2

Der Anteil der ärmsten Länder (LLDC) und der afrikanischen Länder südlich der Sahara wird durch Mischfinanzierungen erheblich gesenkt (Tabelle 3).

Ein Blick auf die Liste der Empfängerländer zeigt, daß die Bundesregierung vor allem in Asien Schlachten für die deutsche Exportindustrie schlägt. Zwei Drittel aller Mischfinanzierungszusagen wurden 1983 dort eingesetzt. Der Anteil Asiens an den gesamten Finanzierungszusagen hat sich dadurch gegenüber den FZ-Prioritäten von 37,0 % auf 41,6 % erhöht. Links liegen gelassen werden dabei Regionen und Ländergruppen, die als besonders bedürftig eingestuft sind. Durch den Einsatz der Mischkredite ist der Anteil Afrikas südlich der Sahara an allen Finanzierungszusagen von 35,2 % auf 28,5 %, der Anteil der LLDC von 30,0 % um ein rundes Fünftel auf 24,2 % zurückgegangen.

Mischkredite haben im Jahre 1983 zahlreiche prioritäre Entwicklungshilfe-Projekte zugunsten technologischer Großvorhaben verdrängt (Tabelle 4).

Die Liste der Mischfinanzierungs-Projekte des Jahres 1983 zeigt:Entwicklungspolitische Ziele wie die ländliche Entwicklung oder Befriedigung von Grundbedürfnissen werden mit diesen Projekten, die fast die Hälfte aller Finanzierungszusagen der Bundesregierung binden, nicht verfolgt. Mit 802 Millionen DM, bzw.60,3 % aller Mischfinanzierungsvorhaben stellen Elektrifizierungsvorhaben, insbesondere Großkraftwerke —z.T. auf Ölbasis — , den eindeutigen Schwerpunkt dar, gefolgt von Vorhaben der Telekommunikation (Telex) (12,8 %), der Lieferung von Lokomotiven (9,2 %) und Schiffen (4,7 %). Nach Auskunft der Bundesregierung sollen angeblich 9,4 % der Mischfinanzierungs-Vorhaben grundbedürfnisorientiert sein. Verglichen mit einem Anteil angeblich grundbedürfnisorientierter Vorhaben von 28,5 % bei der regulären Entwicklungshilfe-Planung werden hier deutliche Qualitätsverluste sichtbar. Dieser Qualitätsverlust dokumentiert sich auch bei einer Analyse der infolge von Mischfinanzierungen verdrängten Entwicklungshilfe-Projekte. Es handelt sich dabei, wie Tabelle 4 zeigt, insbesondere um Vorhaben der ländlichen Entwicklung und der Grundbedürfnisbefriedigung. In Indonesien hat die Finanzierung eines Telex-Netzes und einer Hochspannungsstrasse auf der sowieso schon überlasteten Hauptinsel Java ein Kleinbauern- und ein Wasserversorgungs-Projekt auf der weniger entwickelten Insel Sumatra verdrängt. Auf den Philippinen fielen ländliche Entwicklung und Wasserversorgung einem Hafenprojekt zum Opfer. In Pakistan mußte ein Aufforstungs-Vorha-

ben und ein kleineres Wasserkraftwerk der Lieferung von Lokomotiven und Gasturbinen weichen. In Ägypten traten vornehmlich Industrieprojekte an die Stelle von ländlicher Entwicklung und Waserversorgung.Diese Analyse verdrängter Vorhaben zeigt, daß Mischfinanzierungen nicht nur zu fragwürdigen zusätzlichen Vorhaben führen, sondern auch den ursprünglichen Kern der Entwicklungshilfeplanung entsprechend verändern. Auch die Qualität der Kredite selbst, das sogenannte Zuschußelement (das sich z.B. aus Zinsvergünstigungen ergeben kann) geht durch die Mischfinanzierung deutlich zurück. Liegt das Zuschußelement bei der gesamten Entwicklungshilfe bei knapp 90 %, wie es die DAC-Empfehlungen vorsehen, sinkt dieses Zuschußelement, welches die Kredite erst zur Hilfe macht, bei Mischfinanzierungs-Vorhaben auf bis zu 25 %.

Zwei Drittel der Mischfinanzierungs-Vorhaben waren in den vertraulichen Erläuterungen zum Entwicklungshilfe-Haushalt nicht vorgesehen (Tabelle 5)

Der hier dokumentierte Mißbrauch der Entwicklungshilfe findet weitgehend unter Umgehung bzw. Täuschung des Deutschen Bundestages statt, der der Bundesregierung die Mittel für die Entwicklungshilfe aufgrund von Unterlagen der Bundesregierung genehmigt, die von dieser bei der Umsetzung der bewilligten Mittel in hohem Maße mißachtet wird. Zwei Drittel der in Mischfinanzierungs-Vorhaben eingesetzten Haushaltsmittel waren nicht in den vertraulichen Erläuterungen für das Jahr 1983 enthalten. Der parlamentarische Willensbildungs- und Mitwirkungsprozess bei der Entwicklungshilfe wird damit zur Farce. Durch das Instrument der Mischfinanzierung kann die Bundesregierung die bei den Haushaltsberatungen festgelegten Leitlinien auf den Kopf stellen. Sie hat im Jahre 1983 von dieser Möglichkeit in nie dagewesenem Umfang Gebrauch gemacht, indem sie

— die vom Parlament gebilligten Länderquoten eigenmächtig überschritten hat;

— die Mittel nicht wie vorgesehen für ländliche Entwicklung und Grundbedürfnisbefriedigung sondern für Exportförderung und Großprojekte eingesetzt hat;

— die vom Parlament gewollten Prioritäten für die ärmsten Entwicklungsländer(LLDC) und für Afrika südlich der Sahara mißachtet hat.

Folgt man den Informationen über Regierungsverhandlungen in diesem Jahr, setzt die Kohl-Regierung die Praxis der „Planungskorrekturen" durch Mischfinanzierungs-Vorhaben auch im Jahre 1984 fort.Gleichzeitig hat sie erklärt, daß sie eine zusätzliche Unterrichtung des Parlaments über Mischfinanzierungs-Projekte nicht für notwendig hält (Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen).

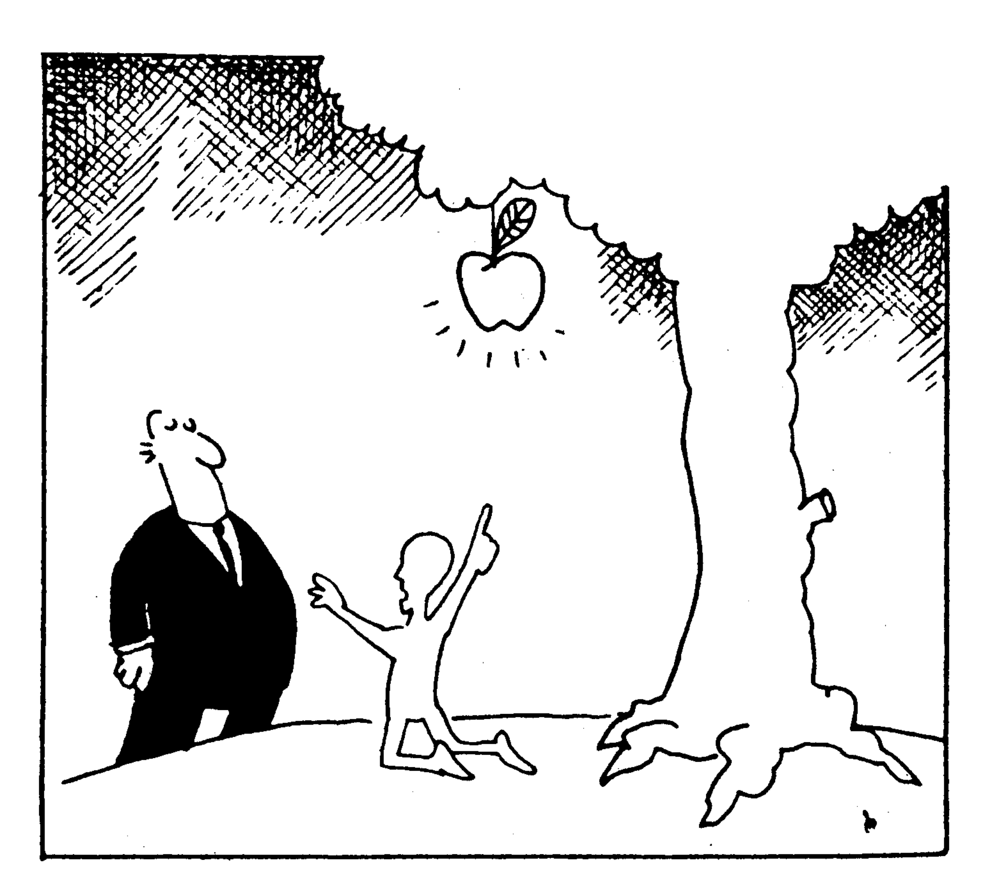


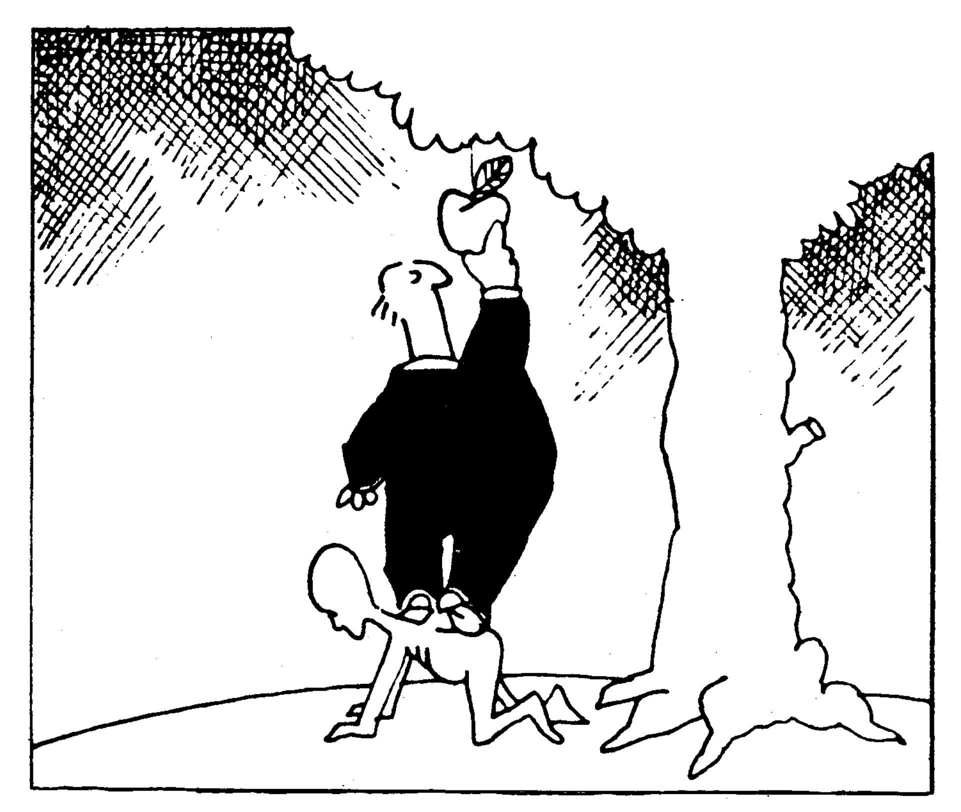
Tabelle 4

Verdrängung entwicklungspolitisch prioritärer Projekte und Sektoren durch Mischfinanzierungskredite im Jahre 1983

	Anteil	Betrag (in Mio)
Mischfinanzierungskredite insgesamt	100 %	1.330
davon:		
für Elektrifizierungsvorhaben (insbes. Großkraftwerke z. T. auf Ölbasis	60,3 %	802
für Telekommunikation	12,8 %	170
für Lokomotiven	9,2 %	122
für Schiffe und Häfen	4,7 %	63
Sogenannte Grundbedürfnisvorhaben	9,4 %	125
zum Vergleich: Anteil der Grundbedürfnisvorhaben an der regulären EH-Planung: 28,5 %		

Durch Mischkredite verdrängte, nicht realisierte Vorhaben der Entwicklungshilfe-Planung (Beispiele)	
Pakistan, Aufforstung in der Nord-West-Provinz	20
Pakistan, Ausbau des 10 MW-Kraftwerkes Giglit	40
Indonesien, Wasserversorgung für Provinzstädte in Sumatra	30
Indonesien, kleinbäuerliche Gummiplantage in Sumatra	15
Philippinen, integrierte ländliche Entwicklung mit Ausbau der Wasserversorgung	25
VR Konko, Wasserversorgung ländlicher Zentren	5 jetzt nur noch 1,5 Mio
Ägypten, ländliche Entwicklungsoase Fayoum	50 jetzt nur noch 19,8 Mio
Ägypten, Instandsetzung Wasserleitung Giza	20

Allein diese Beispiele bedeuten eine Verminderung der Förderung entwicklungspolitisch prioritärer Projekte um 183,7 Mio DM



Das Instrument der Mischfinanzierung wird in engster Abstimmung mit der deutschen Industrie eingesetzt.

Während die Mischfinanzierung also von der parlamentarischen Kontrolle weitgehend abgeschottet wird, gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und deutscher Wirtschaft auf diesem Gebiet immer enger. In Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft wurde im BMZ ein Grundsatzpapier „ Verbesserung des Verfahrens der Mischfinanzierung" (Juli 1983) erarbeitet, nachdem Klagen der Exportunternehmen über mangelnde Flexibilität und „einseitige Berücksichtigung von entwicklungspolitischen Aspekten" im bisherigen Verfahren immer lauter geworden sind. Auch der Vorsitzende des Haushaltsausschußes des Bundestages, Walther (SPD), hat sich in seiner Korrespondenz mit dem BMZ für eine Lockerung der entwicklungspolitischen Kriterien bei Mischfinanzierungs-Vorhaben eingesetzt. Die neuen Richtlinien sehen eine beschleunigte Bearbeitung und eingeschränkte entwicklungspolitische Prüfung der Mischfinanzierungs-Vorhaben vor. Die deutsche Wirtschaft, die ausdrücklich aufgefordert wird, der Bundesregierung Anregungen für Mischfinanzierungs-Vorhaben mitzuteilen, hat inzwischen wie vorgesehen eine aktive Rolle bei der Projektfindung übernommen. Die Bundesregierung ihrerseits will bei der Projektfindung und bei der Projektauswahl von vornherein auf Möglichkeiten der Mischfinanzierung achten. Bei geeigneten Entwicklungsländern ist vorgesehen, daß in den Regierungsverhandlungen ein bestimmter Anteil der Gesamtzusagen ausschließlich für Mischfinanzierungs-Vorhaben reserviert wird. Bei Wegfall eines ursprünglich vereinbarten Mischfinanzierungs-Projektes dürfen dann die Bundesmittel aufgrund einer entsprechenden Klausel im Protokoll nur für andere Mischfinanzierungs-Projekte verwandt werden, aber nicht für sinnvolle Vorhaben, mit denen keine Exportkredite verbunden werden können. Bereits zugesagte FZ-Mittel ohne KfW-Kredite können entgegen den ursprünglichen, dem Bundestag vorgelegten Planungen zu Mischfinanzierungs-Anteilen umgewandelt werden. Hat man der bundesdeutschen Exportwirtschaft jedoch einmal einen bestimmten Betrag für einen Mischfinanzierungskredit aus dem FZ-Topf gesichert, führt dann in keinem Fall ein Weg zurück: Wer einmal in die Falle der Exportkredite hineingetappt ist, wird nicht mehr aus ihr entlassen. Von Partnerschaftlichkeit keine Spur.

Tabelle 5

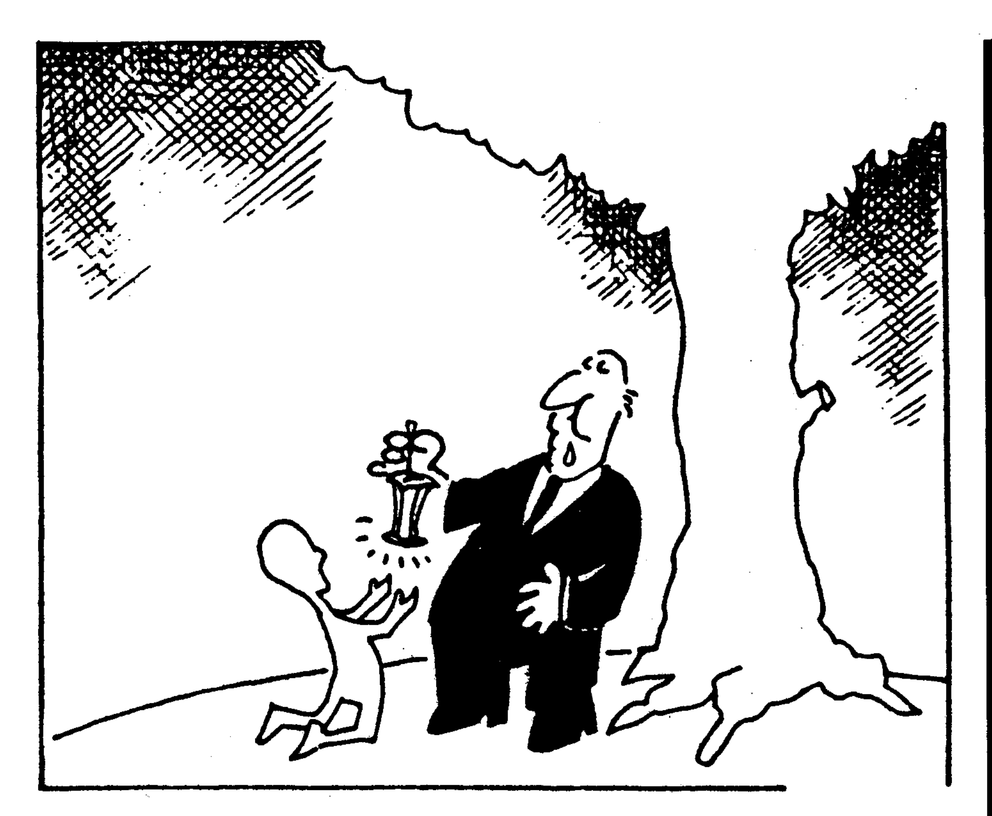
Aushöhlung der parlamentarischen Mitwirkung bei der Entwicklungshilfe durch Mischkredite im Jahre 1983

	insgesamt		in Planung enthalten		in Reserveplanung enthalten		in Planung nicht enthalten	
	Anzahl	Mio DM (Anteil)	Anzahl	Mio DM (Anteil)	Anzahl	Mio DM (Anteil)	Anzahl	Mio DM (Anteil)
Mischfinanzierungsvorhaben insges.	27	1.330 (100%)	7	254 (19,1%)	5	202 (15,2%)	15	874 (65,7%)
davon:								
Zusagen aus Entwicklungshilfe-Haushalt		758 (100%)		137 (18,1%)		109 (14,4%)		512 (67,5%)
Zusagen von Finanzkrediten		572		117		93		362

Beschäftigungswirksamkeit und Lieferbindung

Der Mißbrauch der Entwicklungshilfe als Instrument der Exportförderung bleibt nicht auf die Mischfinanzierungsvorhaben beschränkt. Unter der Parole „ Beschäftigungswirksamkeit" findet dieser Mißbrauch inzwischen in der gesamten Entwicklungshilfe statt. In den neuen Leitlinien des BMZ für die bilaterale Entwicklungshilfe (27.2.84) findet dieser Grundsatz nun nicht nur für die Kapitalhilfe, sondern auch für die technische Zusammenarbeit (TZ) Anwendung. Hieß es in den alten Kapitalhilfe-Richtlinien noch: „Die Kapitalhilfe ist grundsätzlich nicht an deutsche Lieferungen gebunden. Abweichungen vom Prinzip des internationalen Wettbewerbs sind nur in besonderen Fällen zulässig.", so ist nun „im Rahmen der entwicklungspolitisch sinnvollen Verwendung der Mittel ... bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen die Beschäftigungswirksamkeit in der Bundesrepublik zu berücksichtigen".

In überarbeiteten „Leitlinien für die Verbesserung der Beschäftigungswirksamkeit der Leistungen der bilateralen staatlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern" vom 21.5.84 wird die Entwicklungshilfe-Verwaltung noch einmal gesondert dazu angehalten,„angesichts der auch mittelfristig zu erwartenden Probleme der deutschen Wirtschaft" die Beschäftigungswirksamkeit der Entwicklungshilfe „verstärkt" zu berücksichtigen. Regierungsverhandlungen, so die Handlungsanweisung, sind so zu führen, daß sie den Entwicklungsländern die „aktuellen und struktuellen Probleme unserer Arbeitsmarktlage verdeutlichen". Abgesehen davon, daß diese wirtschaftspolitischen Feststellungen mit den Hurra-Parolen des Kohl-Kabinetts über den Aufschwung wenig gemein haben, mutet es schon abenteuerlich an, wenn deutsche Regierungsdelegationen in den Entwicklungsländern künftig weniger über die Bekämpfung der Massenarmut in der 3.



Welt, dafür aber um so mehr über die ökonomische Krise eines der reichsten Länder der Erde reden sollen. Damit beim Angeln von Exportaufträgen auf keinen Fall etwas schiefgeht, sind die Emissäre des BMZ angehalten, so schnell wie möglich alles klarzumachen. Noch bevor die Darlehensverträge abgeschlossen sind, muß mit den Entwicklungsländern das Verfahren der Auftragsvergabe — sprich: der Zuschlag für die deutsche Firma — geregelt sein. Ist dies nicht möglich, sind die deutschen Interessen in dem Darlehensvertrag selbst hineinzudiktieren.

Das schmutzige Geschäft selber wird dabei nach Möglichkeit der KfW überlassen, die die Darlehensverträge abschließt. Allerdings mußten auch die Abkommen auf Regierungsebene den neuen Zielen angepaßt werden. Der entsprechende Artikel 5 des FZ-Regierungsabkommens lautete früher:„Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall Abweichendes festgelegt wird." Auf diese Festlegung auf den internationalen Wettbewerb wird nun vornehm verzichtet, sie ist ersatzlos gefallen. Stattdessen liest sich Artikel 2 des Musterabkommens nun wie folgt: „Die Verwendung des in Artikel 2 genannten Betrages, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und dem Empfänger des Darlehens/Finanzierungsbeitrages zu schließenden Verträge...." Damit haben die Entwicklungsländer keine vertragliche Handhabe mehr, sich gegen überteuerte oder ungeeignete Lieferofferten deutscher Firmen zu wehren.

Gaby Gottwald, MdB Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Hans Verheyen, MdB Haushaltsausschuß
Thomas Fues, Wissenschaftlicher Mitarbeiter
Ulrich Kulke, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Die Eroberung des Freistaates Kladow

Zur Wende beim Deutschen Entwicklungsdienst

Seit seinem Umzug 1978 von Bonn nach Berlin sitzt die DED-Zentrale zusammen mit ihrer Vorbereitungsstätte in Berlin-Kladow, jenseits des Wannses im grünen, direkt vor den Toren des englischen Flug- und Schießplatzes Gatow und auch noch in Hörweite des russischen Truppenübungsplatzes westlich von Berlin. Die Entwicklungshelfer, die während ihrer dreimonatigen Vorbereitungszeit dort leben, empfinden diese Umgebung doppelt absurd, da sie auf der einen Seite ihre Zelte in der BRD bereits abgebrochen haben, aber noch nicht in ihrem jeweiligen Dritte-Welt-Land sind und sich auf der anderen Seite noch nicht mit der bundesdeutschen Bürokratie in Gestalt des DED herumschlagen müssen. So wie die Umgebung und der Übergangszustand für die Entwicklungshelfer widersprüchlich sind, ist es die Lage des DED insgesamt: Der DED ist keine Bundesbehörde, sondern eine GmbH, aber voll abhängig von Bonn; er hat eigene Grundsätze und Kriterien, die aber nicht mit denjenigen entwicklungspolitischen Grundsätzen der Regierungskoalition von 1982 völlig übereinstimmen, dennoch arbeitet der DED „im Auftrag der Bundesregierung". Während die Entwicklungshelfer seit Jahren die Gängelung durch Bonn kritisieren, ereifern sich die Bonner Ministerialbürokraten über das Eigenleben des 'Freistaates Kladow'.



Bundesminister Warnke

Weil dieser DED so widersprüchlich ist, konnte auch die von allen erwartete Wende nicht so schnell durchgeführt werden. Es bedurfte vielmehr der Inszenierung eines Schauspiels mit verteilten Rollen, um im Verlauf von zwei Jahren zu den gewünschten Ergebnissen zu gelangen. Weil dieses Stück zugleich ein Lehrstück für Bonner Politik ist, sollen hier etwas ausführlicher die Windungen und Wendungen nachvollzogen werden.Am 27.9.84 zog der Parlamentarische Staatssekretär beim BMZ, Volkmar Köhler (CDU), selbst jahrelang Mitglied des DED-Verwaltungsrats, auf einer Presseerklärung spektakulär gegen den DED zu Felde und verkündete „die Überlegungen der Bundesregierung zur Neuordnung des DED". Der DED weise seit einigen Jahren eine Fehlentwicklung auf, die es nun zu korrigieren gelte:1. Die Auswahl zukünftiger Entwicklungshelfer sei politisch statt fachlich motiviert, das würden zahlreiche Beschwerden belegen. — Tatsache aber ist, daß in den letzten zehn Jahren nur 50 Beschwerden bei 6000 Ablehnungen eingegangen sind. 2. Die Vorbereitung der Entwicklungshelfer konzentriere sich einseitig auf „entwicklungspolitische und -pädagogische Theorien", statt sich auf die konkreten Projektanforderungen zu beschränken. Dagegen stehen die Aussagen der Entwicklungshelfer selber. 3. Die Mitbestimmung sei zu einer „Selbstbestimmung" ausgeufert und erginge sich stellenweise in einem selbstgefälligen Aktionismus. Sie solle nicht abgeschafft, aber auf ein Minimum heruntergefahren werden. 4. Schließlich seien die Aufgaben einer straffen Geschäftsleitung und der konkreten Planung der DED-Tätigkeit in den einzelnen Ländern nur ungenügend wahrgenommen worden. 5. Insgesamt herrsche aufgrund dieser Mißstände ein linkskonformistischer Druck gegenüber Andersdenkenden, der überwiegend nur in Berlin ausgeübt werde, denn die Entwicklungshelfer würden sich im Ausland ihrer fachlichen Arbeit zuwenden und ausgezeichnete Erfolge erzielen.

Es geht also gegen einen Teil der Mitarbeiter in der DED-Zentrale und gegen einen vermeintlich zu großen Freiraum. Was die Presse aus einer solchen Konferenz macht, ist bezeichnend für die Uninformiertheit der betreffenden Journalisten und ihre untertänige Haltung als Hofberichterstatter:„Reisende in Sachen Marx sind nicht mehr gefragt" (Berliner Morgenpost,6.10.),„Hilfe für die Dritte Welt — ein Monopol für Linke?",(Die Welt 1.10.),„Gesinnung soll nicht mehr zählen", (Aachener Volkszeitung 28.9.), „Die Sozialrevolutionäre vom Freistaat Kladow",(Rheinischer Merkur/Christ und Welt,28.9.)

Die DED-Struktur

Nach jahrelangem Drängen der USA auf eine eigene westdeutsche Entwicklungshilfe - einsetzbar als Instrument im Ost-West-Konflikt und zur Erschließung der Dritte-Welt-Märkte nach dem Vorbild des „Peace Corps" - wurde 1963 der DED in Anwesenheit von John F. Kennedy gegründet.

Er erhielt die Rechtsform einer GmbH, um insbesondere einen größeren Bewegungsspielraum gegenüber Entwicklungsländern zu haben, zu denen die Bundesregierung keine guten Beziehungen unterhielt. (Als Bonn beispielsweise vorübergehend die diplomatischen Beziehungen in den 60er Jahren zu Tansania gemäß der Hallstein-Doktrin abbrach, mußte der DED dennoch nicht abziehen.) Es gibt zwei Gesellschafter, denen der DED „gehört": die Bundesregierung mit 19:1 Stimmenanteil, und der „Arbeitskreis Lernen und Helfen in Übersee", der ein Zusammenschluß von ca. 30 entwicklungspolitischen Organisationen ist. Davon sind Brot für die Welt, Dienste in Übersee, Eirene, Misereor und der Weltfriedensdienst Berlin die gewichtigsten.

Der für eine GmbH nötige Verwaltungsrat, der auf mehrmaligen Sitzungen im Jahr über alle wichtigen Fragen entscheidet (z.B. die Mitarbeit in Nicaragua), besteht aus 15 Mitgliedern: 4 Vertreter der Bundesregierung (BMZ, Auswärtiges

Amt, Finanzministerium, BM für Familie,Jugend und Sport),4 Vertreter des Arbeitskreises Lernen und Helfen in Übersee', 3 Vertreter der im Bundestag vertretenen Parteien (die Grünen sind immer noch nicht Mitglied, weil man die Neuwahl des Verwaltungsrats auf den spätestmöglichen Termin verschoben hat), 2 Vertreter von zurückgekehrten Entwicklungshelfern, 1 Vertreter der Berliner hauptamtlichen Mitarbeiter und ein unabhängiger Vorsitzender,(der jetzige Bundestagsvizepräsident Westphal (SPD) wurde von Werner Conring (EKD) abgelöst). Das deutliche Übergewicht der Bonner Bürokraten und Politiker in diesem Gremium wird durch weitere Abhängigkeitsformen des DED von Bonn gefestigt:

— der DED ist Auftragnehmer (Mandatar) des Bundes,

— er wird zu 100 % vom Bund finanziert (Zuwendungsempfänger), gegenwärtig ca. 75 Mio.DM, das entspricht etwa 10 % des GTZ-Etats und 1 % des BMZ-Haushalts; über seinen Etat entscheidet der Haushaltsausschuß des Bundestags,

— die für die Arbeit des DED erforderlichen völkerrechtlichen Vereinbarungen mit den Entwicklungsländern werden von der Bundesregierung geschlossen,

— der entwicklungspolitische Rahmen für die Arbeit ist die Entwicklungspolitik der Bundesregierung (deshalb wurde dem DED in der Vergangenheit immer wieder untersagt, eine eigene Öffentlichkeitsarbeit zu machen, dazu seien die Hochglanzbroschüren des BMZ da).

— die politische Verantwortung für den DED gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit trägt der Entwicklungshilfe-Minister,

— der Geschäftsführer hat ungeachtet der Beschlüsse des Verwaltungsrats in jedem Fall die Beschlüsse der beiden Gesellschafter auszuführen und

— entsprechend haushaltsrechtlicher Bestimmungen gibt es mehr als 20 bindende Richtlinien hinsichtlich des Finanzgebarens des DED.

Innerhalb des DED ist die Führungsriege noch ein weiteres Instrument für die Bonner Kontrolle: der Geschäftsführer und die drei Abteilungsleiter sind Parteibuchträger von Bonner Gnaden, alles Sozialdemokraten mit einer Ausnahme: der stellvertretende Geschäftsführer, einer der drei Abteilungsleiter, ist aus Proporzgründen CDU-Mitglied und zieht im Kommunalparlament Berlin-Schöneberg gegen AL und Hausbesetzer zu Felde.

Angesichts all dieser Abhängigkeitsmechanismen scheint es schier unvorstellbar, wie es trotzdem zu den genannten 'Fehlentwicklungen' kommen konnte.

Die Mitbestimmung

Die Antwort dafür liegt in der Arbeitsweise des DED. Die auch von Bonn zugestandene gute Arbeit der Entwicklungshelfer ist das Ergebnis von inzwischen 20 Jahren Erfahrung und von kontroversen Diskussionen um das Selbstverständnis personeller Entwicklungshilfe.

In den 60er Jahren wurden die Entwicklungshelfer noch nach Albert-Schweitzer-Manier in den Busch geschickt, wo sie ihre 'Projekte' selbst suchen sollten. Zur Vorbereitung gehörte der morgentliche Frühsport und die Abschlußprüfung vor Vertretern aus Bonn. Mit den Diskussionen der Studentenbewegung und den Brandt'schen Reformverkündigungen krempelten die Entwicklungshelfer Teile der inhaltlichen Arbeit von unten her um. Auf verschiedenen Ebnen wurde die Mitbestimmung eingeführt: in den 'Gastländern' fanden von da an Vollversammlungen statt, auf denen mit Vertretern der DED-Zentrale die Schwerpunkte der Arbeit bestätigt bzw. festgelegt wurden. Auf Regionalkonferenzen trafen sich jährlich die Länderbeauftragten und Delegierten der Entwicklungshelfer eines Kontinents, um ihre länderspezifischen Erfahrungen auszutauschen; alle zwei Jahre fand die Mitarbeiterkonferenz mit Delegierten aller Arbeitsbereiche des DED statt, deren Beschlüsse dem Verwaltungsrat vorgelegt wurden; hier endete dann allerdings die Mitbestimmung, denn der Verwaltungsrat konnte die Beschlüsse natürlich ablehnen oder mußte sich damit zumindest auseinandersetzen.

Besonders die Mitbestimmung im 'Gastland' ist für die Arbeit des DED unverzichtbar geworden. Kein Länderbeauftragter (im Unterschied zu den Entwicklungshelfern sind sie Großverdiener und eher bürokratisch als sozial gesonnen) ist in der Lage, die Probleme von 30 bis 50 Projekten im ganzen Land so gründlich zu kennen, daß er auch vernünftige Entscheidungen fällen kann. Die Entwicklungshelfer kennen ihre Arbeit am besten und haben den intensivsten Kontakt zu Projektpartnern und Einheimischen insgesamt. So wurden die 'Mitbestimmungsbeschlüsse' zum wichtigsten Element in der DED-Arbeit überhaupt, vor allem dann, wenn es um die Prüfung und Bewertung laufender bzw. neuer Projekte geht. Besonders wichtig sind die entwicklungspolitischen Diskussionen darüber, welche Art von Projekten in den jeweiligen Ländern überhaupt sinnvoll sind.

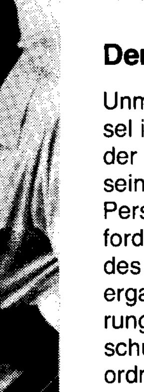
Im Laufe der Jahre stellte sich auch heraus, daß nicht allein die fachlichen Fähigkeiten der Entwicklungshelfer für den Erfolg der Arbeit entscheidend sind, sondern das Einfühlungsvermögen in andere Kulturnormen und die Kenntnisse über die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Abhängigkeits-, Ausbeutungs- und Widerstandsstrukturen. Diese Kenntnisse sind umso wichtiger, als der DED überwiegend in kleinen Projekten zugunsten marginalisierter Bevölkerungskreise arbeitet. Daraus ergeben sich nicht nur die politischen Diskussionen über die Verhältnisse im Land(z.B. über die Probleme, die eine zu fördernde ländlich Genossenschaft mit der staatlichen

Agrarpolitik und dem wucherischen Zwischenhandel hat),sondern auch über die angemessenen Schritte eines Entwicklungshelfers: den Einheimischen keine Rezepte aufdrücken, sie nicht in finanzielle Anhängigkeit treiben, ökologische Schäden vermeiden, die Auswirkungen der angestrebten Veränderungen auf die Stellung der Frauen und die Familien berücksichtigen, etc. Diese Erfahrungen wurden zur Grundlage für die Vorbereitung der Entwicklungshelfer gemacht und in den „Grundsätzen und Kriterien" des DED zusammengefaßt (von 1975 bis 1982 ausgearbeitet). Nach diesen „Grundsätzen" soll sich die Arbeit des DED an die Benachteiligten wenden bzw. benachteiligte Regionen fördern, zur Selbstversorgung und Unabhängigkeit des Landes beitragen, keine einheimischen Fachkräfte verdrängen, und die Entwicklungshelfer sollen die Fähigkeiten erwerben, sich den Vorstellungen und Bestrebungen der Einheimischen unterzuordnen, sich — wenn nötig — auch kritisch mit der Politik der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt auseinanderzusetzen und nach ihrer Rückkehr ihre Erfahrungen sinnvoll in unserem Land einzusetzen.

Nur dieser jahrelangen Sammlung und Auswertung von Erfahrung ist es zu verdanken, daß der DED in den Dritte-Welt-Ländern vergleichsweise wenig Schaden anrichtet (von Erfolgen spricht er wie auch das BMZ in seinen Rechenschaftsberichten vernünftigerweise nicht, da es sie auf längere Sicht gesehen nicht gibt). Die Regierungen von Rwanda und Jemen haben die positive Arbeit im Verhältnis zu anderen Organisationen hervorgehoben, und in Peru war schon 1981 die GTZ mit ihrer ländlichen Arbeit aufgrund der wachsenden Wirtschaftskrise am Ende ihres Lateins angelangt und bat den DED, etwas von seinen 'Geheimnissen' preiszugeben.

Gute Arbeit = Kritik an Bonn

In dieser Art von Arbeit, Erfahrungen und Schlußfolgerungen ist aber auch die Kontroverse von Entwicklungshelfern und Bonner Bürokraten angelegt, bei der sich zwangsläufig die Entwicklungshelfer zu quasi Verteidigern des „Südens" gegen den „Norden" machen. Selbst in Bonn wurde bisher von der eigenartigen Maxime ausgegangen, daß die Entwicklungshelfer, die vergleichsweise wenig verdienen, dafür als Entschädigung die Möglichkeit einer engagierten Betätigung in Form der Mitbestimmung erhalten sollen. Engagement bringt aber zwangsläufig eine kritische Auseinandersetzung mit dem mit sich, was seit Jahrzehnten von den Bonnern als 'Entwicklungshilfe verkauft wird. So hat es in den letzten Jahren etliche Protestbriefe und Erklärungen der Entwicklungshelfer an die Vertreter der Bonner Regierung gegeben. Von den BMZ-Beamten wurde dies jedoch in obrigkeitsstaatlicher Manier als Beleidigung und Aufruhr angesehen und schließlich wurden genau diese Proteste zum Anlaß genommen, die DED-Wende



Deutscher Entwicklungshelfer in Nicaragua

einzuläuten. Einige dieser Erklärungen sind in früheren Heften des Iz3W nachzulesen, deshalb hier nur eine kurze Erwähnung. Als in Bolivien 1980 die Militärs putschten, schrieben drei Entwicklungshelfer an die Bundesregierung eine Aufforderung, keine weiteren Entwicklungshilfezusagen mehr zu machen. Kanzler Schmidt war damals derselben Meinung, was die BMZler nicht daran hinderte, bei DED-Geschäftsführer Sahlmann darauf zu drängen, daß in Zukunft keine weiteren Briefe mehr verfaßt würden. Die kamen aber dann erst recht: zu El Salvador, eine Zeitungsanzeige zum Tod von Rattay und den Auseinandersetzungen um die Berliner Hausräumungen, zur Ausbildung der Contras in Florida und der Angst, daß vielleicht ein Entwicklungshelfer mit einem NATO-Gewehr erschossen werden könnte (zwei Jahre später wurde tatsächlich Tonio Pflaum ermordet), zum IWF in Tansania und Peru, zur Startbahn West, zu Rüstung und Unterentwicklung etc.

Obwohl die BMZler immer wieder erklärten, sie stünden für Diskussionen zur Verfügung, erschienen sie doch nie, sondern erwarteten von dem Geschäftsführer, einem früheren Epplerzögling, daß er für Ruhe und Ordnung sorge. Sahlmann versuchte zu beschwichtigen, in dem er erklärte, daß Presseerklärungen ohnehin niemand lese und Gespräche unter vier Augen vorzuziehen seien. Doch die Entwicklungshelfer ließen sich nicht täuschen, denn sie hatten selbst Erfahrungen mit der Schere im Kopf oder Berufsverboten gemacht. Wohlgemerkt fanden all diese Diskussionen noch vor der Bonner Wende statt und führten schon damals zu Pressionen des sozialdemokratischen BMZ. Auch heute noch sitzen Sozialdemokraten in der Abteilung des BMZ, die für den DED zuständig ist. Selbst Köhler von der CDU hebt heute hervor, daß er in der Tradition Offergelds stehe, der damals leider „zu schwach" gewesen sei, um der Kritik Taten folgen zu lassen.

Der Countdown

Unmittelbar nach dem Regierungswechsel im November 1982 begann Köhler mit der Neuordnung des DED hinsichtlich seiner Struktur, Organisation und seines Personals, weil eine diesbezügliche Aufforderung des Haushaltsausschusses des Bundestages an Minister Warnke ergangen war. Urheber dieser Aufforderung war der Vorsitzende dieses Ausschusses, der Lüneburger CDU-Abgeordnete Schröder, der sich gleich mehrmals in die 'rote Kaderschmiede' einlud, um mit Entwicklungshelfern über den Wert von Privatinvestitionen in der Dritten Welt zu diskutieren und anderntags gegenüber der FAZ sein Entsetzen über das feindliche Klima im DED auszudrükken: Entwicklungshelfer hatten staatliche Entwicklungsbemühungen wie in Tansania und Nicaragua für wirkungsvoller gehalten.

Da ohnehin eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof anstand, wartete man dessen Ergebnisse ab, um mit Unterstützung von 'sachlichen' Argumenten die 'Neuorientierung' des DED voranzutreiben. Der Bundesrechnungshof, der sinnvollerweise die Ausgabe von öffentlichen Geldern überprüft, um kleinere und mittlere Korruptionsfälle zu begrenzen, beschäftigte sich — offensichtlich in vorheriger Absprache — nicht nur mit der Geldverwendung, sondern auch gleich noch mit den Inhalten, wofür das Geld benötigt wurde. Erwartungsgemäß bekundeten die drei Prüfer, die sich drei Monate lang im DED einquartiert hatten,

um tagsüber wie die Steuerfahndung in den Akten zu blättern und nachts die Entwicklungshelfer beim Bier auszufragen, besonderes Interesse an der Lateinamerika-Vorbereitung, sowie an den psychologischen Akten in der Auswahlabteilung. Unter Berufung auf den Datenschutz verweigerten die Psychologen die Herausgabe der Personalakten und drohten erfolgreich mit juristischen Schritten, falls die Geschäftsleitung ihrerseits die Herausgabe erzwingen sollte. Die Prüfer monierten schließlich weniger eine unsachgemäße Verwendung von Geldern, als den organisatorischen Aufbau des DED, ganz wie es sich Herr Schröder hinsichtlich einer Neuordnung wünschte. Die Kritik beinhaltete im einzelnen:

— die psychologische Auswahl der Entwicklungshelfer sei nicht nachvollziehbar, die Rolle der Psychologen sei übergewichtig, die Auswahl sei zu politisch. Deshalb sollten die Psychologen in andere Abteilungen versetzt werden.
— Die Vorbereitung von Entwicklungshelfern habe kein starres Lernprogramm und sei deshalb nicht kontrollierbar. Folglich sollte ein Schulbetrieb eingerichtet werden, der die Grundinformationen vermittelt; die als Indoktrinierer beargwöhnten Tutoren sollten abgeschafft werden.
— Die Führung des DED habe eine zu geringe Machtposition, deshalb sei ein zweiter Geschäftsführer notwendig.
— Die Mitbestimmung in den „Gastländern" sei zu teuer, die Mitbestimmungsausschüsse und die Regionalkonferenzen seien abzuschaffen, bzw. zu reduzieren.

Vor der Diskussion im Bundestag über diesen Bericht erhält der Betroffene, in diesem Fall das BMZ als für den DED zuständige Einrichtung Gelegenheit zur Stellungnahme. Das BMZ hat in einem 60seitigen Bericht begeisterte Zustimmung zur Kritik des Bundesrechnungshofes geäußert. In ihm hat das BMZ den 'sachlichen' Äusserungen des Bundesrechnungshofes noch politische Argumente hinzugefügt.

— Die Lockerung des DED von seinen Bindungen an Bonn sei dadurch zu erklären, daß ein großer Teil der Entwicklungshelfer Akademiker seien, die schon Anfang der 70er Jahre die Ideen der Studentenbewegung in den DED hineintrugen.
— Mit dem Umzug des DED nach Berlin sei ein Großteil des Personals ausgewechselt worden und die Berliner Szene habe sich im DED ausgebreitet; daher erkläre sich auch die Schwäche der Geschäftsführung, die durch ihre ständigen Diskussionen mit den Entwicklungshelfern basisdemokratischem Gedankengut verfallen sei.
— Die „Grundsätze und Kriterien" hätten mit ihren 'unscharfen' Äußerungen die Möglichkeit geboten, daß sich Entwicklungshelfergruppen offen gegen die Bonner Entwicklungspolitik wenden konnten.

Wie begierig das BMZ die Ergebnisse des Bundesrechnungshofes aufgriff, zeigt die Tatsache, daß noch vor Fertigstellung des Berichtes die für den DED zuständige Abteilung in vorher ungekannter Weise in das Tagesgeschäft des DED eingriff: Per Telex-Anweisung wurde erst die Werbung für Nicaragua verboten, dann wurden die Gelder für zusätzliches Personal in Auswahl und Vorbereitung gesperrt. Es folgte die Anweisung, keine Regionalkonferenz Lateinamerika in Nicaragua stattfinden zu lassen. Schließlich erging die Aufforderung alle personellen Neueinstellungen über Bonn laufen zu lassen. Damit war die vormals begrenzte Freiheit beseitigt.

Offen bleibt die Frage, was es mit dem von Köhler so spektakulär behaupteten 'linkskonformistischen Meinungsdruck' auf sich hat. In der Bundestagsdebatte am 17.10. befragt, äußerte er: „Das Vorhandensein von konformistischem Meinungsdruck läßt sich, eng formal gesehen, selten belegen, denn diejenigen, die Druck ausüben, bekennen sich nicht dazu und diejenigen, die dem Druck ausgesetzt sind, machen das nicht öffentlich, weil sie davon persönliche Nachteile befürchten. Gleichwohl ist der Bundesregierung eine Vielzahl von Fällen — in den letzten Tagen zunehmend mehr Fällen — bekannt, in denen neben den bereits erwähnten Bewerbern, im Auswahlverfahren auch Vorbereitungsteilnehmer und hauptamtliche Mitarbeiter sich unter einseitigem Gruppendruck gefühlt haben. Diese Fälle beziehen sich vornehmlich auf Aufforderungen, an Demonstrationen teilzunehmen oder Unterschriften bei Resolutionen zu leisten."

Und auf die Frage, wie groß der Anteil politischer Ablehnungen an den gesamten Ablehnungen von Bewerbern sei, kam die Antwort:

„...sagen, daß ich im Moment außerstande bin, Ihnen eine präzise Zahl zu nennen. Mir sind persönlich über die Jahre eine ganze Reihe von Schreiben bekannt,in denen im einzelnen die Behauptung aufgestellt wurde, daß jemand aufgrund seiner politischen Überzeugung als Bewerber nicht ausgewählt worden ist, und die Nachprüfung im Einzelfall ergab jedesmal eine Situation, die völlig undurchsichtig war."

Das spricht für sich selbst.

1985

Im kommenden Jahr werden durch Gutachten Änderungen an dem Vorbereitungsprogramm und der Mitbestimmungskonstruktion in den 'Gastländern' vorgenommen:

— Ab Januar 1985 werden zwei neue Geschäftsführer versuchen, ihren zentralistisch-bürokratischen Geist zu verbreiten; ein möglicher Kandidat ist der jetzige Zuständige im BMZ für den DED, der Sozialdemokrat Reinhold, der schon einmal in den 60er Jahren Geschäftsführer des DED war und ein unrühmliches Ende genommen hatte. Der jetzt schon praktizierte 'Dienst nach Vorschrift' wird sich ausweiten und das jetzt schon niedrige Niveau noch weiter absacken lassen.

—Da man nicht umhin kann, auch die Grünen in den Verwaltungsrat aufzunehmen, wodurch die Debatten vermutlich noch länger dauern werden, will man nun auch die Zusammensetzung des Verwaltungsrat so ändern, daß die Bonner Direktiven noch eindeutiger durchgesetzt werden können: Der Vorsitzende des Verwaltungsrates soll nicht mehr unabhängig sein, sondern auf 'Empfehlung' Bonns eingesetzt werden. Die DED-Mitarbeiter sollen nicht mehr vertreten sein, dafür aber sollen zwei 'Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens' auf Vorschlag der Bundesregierung das illustre Gremium bereichern.

Schließlich sollen die beiden Geschäftsführer die DED-Arbeit in den jeweiligen Ländern „betriebwirtschaftlich" planen, wie es in der BMZ-Stellungnahme heißt,und die bisherige Orientierung an den Partnerinteressen aufgeben. Nicht mehr die Einheimischen sollen sagen, wo es langgeht, sondern der DED. Daß man die Bevölkerung der entsprechenden Länder so stark in die DED-Arbeit einbezogen hatte,wird als Grund für die „Planlosigkeit" angegeben.

All das ist bürokratische Großmannssucht. Von Betriebswirtschaft bei einem reinen Ausgabebetrieb zu reden, der bei zunehmender Bürokratisierung realsozia-

listische Züge annimmt, ist so aufgeblasen, wie die kolonialistische Anwandlung, die Hilfe für 'die da unten' von hier aus zu planen, von einer Weltfremdheit zeugt.

Die eigentlich interessante Frage, warum die Bonner Bürokraten sich benehmen, als seien sie von der Tarantel gestochen, bleibt unbeantwortet. Sie selbst gab das gute Ansehen des DED in der Dritten Welt zu. Auch haben sie keine erkennbaren Alternativen zur bisherigen Projektstruktur. Es geht ihnen also nicht um die ausschließliche Förderung von z.B. Privatinitiativen und Kleinindustrie, dafür gibt es andere Institutionen, und es geht auch nicht darum, neue Posten mit CDUlern und CSUlern zu besetzen. Es geht ihnen auch nicht um die sinnvolle Verwendung von Steuergeldern, und sie haben keine dezidierten entwicklungspolitischen Vorstellunge, denn sie sind von den konkrten Erfahrungen und Diskussionen viel zu weit weg, so daß sie sich in jeder Diskussion mit einem Entwicklungshelfer blamierten.

Wenn keine dezidierten vom DED abweichenden entwicklungspolitischen Positionen für die Angriffe auf den DED verantwortlich zu machen sind, muß der Grund woanders gesucht werden: Hinter den Angriffen scheinen Vorbehalte gegen die Struktur des DED zu stehen, dessen formale Unabhängigkeit und dessen Mitbestimmungsmodell nicht in das hierarchische Denken konservativer Politiker passen.

Gerade die im Mitbestimmungsmodell des DED versuchte Beteiligung der DED-Helfer an den Entscheidungen, die Bonn bis zur Unkenntlichkeit reduziert wissen will, ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine qualifizierte personelle Entwicklungshilfe: Nur die Entwicklungshelfer kennen die sehr unterschiedlichen Verhältnisse ihrer Einsatzorte und Projekte; keine bürokratische Zentrale kann über dieses Wissen ohne die Helfer verfügen. Auch hier hat somit die Wende Konsequenzen für den Alltag der Entwicklungspolitik.

Herbert Hepatitis

· Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf ·

Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren

FOOD FIRST INFORMATION & ACTION NETWORK
Zur internationalen Kampagne FÜR DAS RECHT DER VÖLKER SICH SELBST ZU ERNÄHREN

Das Recht auf Nahrung ist ein fundamentales Menschenrecht. Es ist verankert in völkerrechtlich verbindlichen Pakten. Es ist heute weithin anerkannt, daß genug Nahrungsmittel produziert werden, um alle Menschen ausreichend zu ernähren, und daß fast alle Völker der Dritten Welt prinzipiell in der Lage sind, sich selbst zu ernähren. Wenn sich viele Völker immer weiter vom Ziel der Selbstversorgung entfernen, so hat dies verschiedene Ursachen — eine davon ist die internationale Nahrungsmittelhilfe.

Anfang Oktober 1983 trafen sich deshalb Vertreter verschiedener nicht-staatlicher Organisationen (darunter Freres des Hommes, Terre des Hommes und Oxfam), um eine internationale Kampagne ins Leben zu rufen, die auf eine Reform der Politik der Nahrungsmittelhilfe abzielt (vgl.blätter des iz3w Nr. 116 S.5ff).

Im November 1983 schloß sich das neugegründete internationale Food first Information and Action Network (FIAN) der Kampagne an, die inzwischen den Titel „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren“ erhalten hatte und in der Organisationen und Gruppen aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, den Niederlanden und der Schweiz zusammenarbeiten.

Das Netzwerk FIAN hat es sich zur Aufgabe gemacht, Informationen über Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung zu sammeln und zu verbreiten und Aktionen zum Schutz dieses Menschenrechts durchzuführen. So drängen die Mitglieder z.B. in Eilaktionen und Briefkampagnen auf die Durchsetzung dieses Rechtes in Konfliktfällen (z.B. Landvertreibung, Unterdrückung von Landarbeitergewerkschaften, Verweigerung des Mindestlohns), wenn immer von Gruppen der betroffenen Region solche Aktionen befürwortet werden und die politische Unabhängigkeit sowie die übrigen Kriterien des Netzwerks dem nicht entgegenstehen.

Das Menschenrecht auf Nahrung läßt sich nicht isoliert von den übrigen Menschenrechten betrachten, etwa von dem Recht auf Arbeit oder von dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung und freie Verfügung über ihre Naturschätze und



Wirtschaftskräfte und insbesondere nicht von dem grundlegenden Prinzip der Menschenwürde. Vor diesem Hintergrund unterstützt FIAN die Forderung „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren“, ganz abgesehen von der Tatsache, daß langfristig ohne die Bauern der Dritten Welt die Ernährung jener Völker undenkbar ist und daß deshalb schon jetzt eine entsprechende Entwicklung angestrebt werden muß, wobei allerdings die Nahrungsmittelhilfe eher schadet als nützt.

Dazu muß auch in Europa gehandelt werden. So heißt es z.B. in der Charta der Kampagne: „In Europa soll als erster Schritt erreicht werden, daß die EG und ihre Mitgliederstaaten 4 % des Gesamtbetrages der Nahrungsmittelhilfe bereitstellen, um

— in den Ländern der Dritten Welt einen Binnenmarkt für Nahrungsmittel aufzubauen (Einrichtung von Speichern, Verbesserung des Transportwesens und der Ausbildung etc...)

— Bauernorganisationen in der Dritten Welt zu unterstützen, die auf eine ländliche Wirtschaftsweise hinarbeiten, die zunächst auf eine Deckung des eigenen Bedarfs ausgerichtet ist.“

Inzwischen liegt für die EG eine Verordnung zur „Ablösung der Nahrungsmittelhilfe durch Maßnahmen im Bereich der Ernährung“ vor. Nun geht es darum, daß der entsprechende Titel des EG-Haushaltes 1985 mit ausreichenden Mitteln verrsehen wird. Am 10.-14. Dezember wird das Europäische Parlament in zweiter Lesung darüber entscheiden.Ende Oktober erschien im Rahmen der epd-Materialien eine Dokumentation zur Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren“, die bei der FIAN-Koordination bestellt werden kann (DM 5,-)

Kontaktadresse: FIAN-Koordination BRD, Postfach 1302, 6906 Leimen

· Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf · Aufruf ·

Entwicklungspolitische Wende als Ende des entwicklungspolitischen Films?

Im Rahmen seiner entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit verschenkt beziehungsweise verleiht das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) auch diverse Broschüren, Materialien, Unterrichtshilfen, Plakate und Filme, welche in der freizügig unters Publikum gebrachten Broschüre „Informationsmedien Entwicklungspolitik"[1] beschrieben werden. Dieses Instrument der Selbstdarstellung einer BMZ-Politik einstmals konzipiert auch als Mittel entwicklungsbezogener Bildungsarbeit, wird von einem christlich-liberal regierten BMZ immer mehr zur Eigenwerbung und Selbstbeweihräucherung ihrer Entwicklungspolitik mißbraucht. Kritische Stimmen bleiben außen vor.

Die vom zuständigen Bundesminister Warnke (CSU) eingeleiteten Kursänderungen finden auch ihren Niederschlag in einer Informationspolitik und Öffentlichkeitsarbeit, die gerade in der schulischen und außerschulischen entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit von großer Bedeutung sind, weil das BMZ sämtliche Materialien und Medien kostenlos zur Verfügung stellt. Am deutlichsten sichtbar wird diese Wende in der vom BMZ gemachten Filmpolitik, die stetig die wenig verbliebenen kritischen Filme im kostenlosen Angebot der Landesfilmdienste der Bundesländer (LFD) und dem Deutschen Filmzentrum (DFZ) aus dem Verkehr zieht. Damit wird Schulen, außerschulischen Bildungsinstitutionen und entwicklungspolitischen Aktionsgruppen eine wichtige Möglichkeit genommen, mit kostenlosen kritischen Filmen zu arbeiten.

Die Vorgeschichte

Der Trend, das Filmangebot bei den Landesfilmdiensten und dem DFZ auszudünnen, ist schon seit 1980 abzusehen: wurden in jenem Jahr für audiovisuelle Medien — sprich hauptsächlich Filme — noch knappe 540 000,- Mark[2] ausgegeben, so reduzierte sich dieser Posten nach Aussagen des BMZ-Staatssekretärs Lengl auf vorgesehene 328 000,- Mark, von denen auch nur 283 000,- Mark im Jahr 1983 ausgegeben wurden.[3] Der Titel „Ausgaben für audiovisuelle Medien" setzt sich zusammen aus dem Ankauf von Filmrechten, nicht also die eigene Produktion von Filmen. Dieser Titel war für bundesdeutsche Filmemacher — und fast nur sie kamen in den Genuß der Gelder, Filmemacher aus den Ländern der „Dritten Welt" wurden zumeist ignoriert — ein wenn auch kleiner Topf, aus dem sie ihre Filme „nachfinanzieren" konnten.

Ganz überraschend kam diese Kursänderung aber nicht. Die Filme, von denen weiter unten noch ausführlicherer zu sprechen sein wird, waren der CDU-CSU schon länger ein Dorn im Auge. Einige der Filme, die zu Zeiten sozialliberaler Politik in den 70er Jahren in die Programme der Landesfilmdienste und des DFZ rutschten, wurden auf Druck der CDU schon während der sozial-liberalen Koalition aus dem Programm geworfen, ohne daß entsprechende Neuanschaffungen getätigt worden wären. Diese Stimmungsmache gegen das BMZ-Filmprogramm hatte ihren Höhepunkt erreicht, nachdem ihm schon 1980 Kritiker, allen voran der langjährige CDU-MdB und seit 1984 auch Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (DEG) Horst Schröder, „ideologische Einseitigkeit", eine zu große „Systemkritik" oder gar „marxistische Propaganda" vorwarfen (Deutschland-Union-Dienst vom 16. 3. 81 und 27. 8. 81). In denselben Artikeln nennt Schröder Beispiele: die Filme BANANERA LIBERTAD, UJAMAA, DIE NEUEN HERREN SIND DIE ALTEN, SOUTANE UND PISTOLENTASCHE oder VERARMUNGSHILFE — um nur ein paar zu nennen — seien zu wenig „sachlich und ausgewogen" und würden „Steuergelder verschleudern". Gegenüber epd-Entwicklungspolitik bestätigte Schröder allerdings, daß er nur einige jener von ihm zitierten Filme kenne!

Machtübernahme und Wende

Vor einem derartigen Hintergrund verwundert es kaum noch, daß die CDU-Machtübernahme in Bonn auch gleich Konsequenzen für die Auswahl der entwicklungsbezogenen Medien hatte. Trotz bundesweiter Proteste wurde schon eine „Kinderfibel", die sich in ansprechender Form eines Bilderbuches an Vor- und Grundschulen richtete, eingestampft. Auch die Nachdruckrechte des aus Norwegen übernommenen Aufklärungsbilderbuches, das aus CDU-Sicht zu kritische Hinweise auf den weltweiten Zusammenhang von Armut und Reichtum gab, wurden „terre des hommes" verweigert. Ersetzt wurde die Kinderfibel durch ein Plakat, in dem deutsche Experten den Dritte-Welt-Ländern den rechten Weg weisen.

Folgerichtig wurde auch das BMZ-Filmprogramm ausgedünnt. Nach 16 Filmen 1981/82 wurden zum Ende des Jahres 1983 weitere 14 Filme aus den Programmen der LFD und des DFZ zurückgezogen. Daß dafür politische Gründe und Kritik an den Filminhalten verantwortlich waren, wird vom BMZ bestritten. Nach Aussagen des Leiters des Referates „Bildung und Information" Linhart, der verantwortlich für den Ankauf der Filme ist, sind die Filme deshalb aus dem Programm genommen worden, weil sie „zu alt und didaktisch ungeeignet" erscheinen.[4] Was das BMZ unter didaktischer Eignung versteht, wird im gleichen Brief etwas näher beschrieben: die Filme müssen „die Einsicht vermitteln, daß auch bei gegenwärtig wirtschaftlich schwieriger Lage und Arbeitslosigkeit eine Fortsetzung der Entwicklungszusammenarbeit notwendig ist." Was das konkret bedeutet, mag das Beispiel des Films WIR UND DIE DRITTE WELT verdeutlichen, für den das BMZ die Rechte gekauft hat und der über die bekannten Stellen auch vertrieben werden soll. Dieser vom Bayrischen Rundfunk schon ausgestrahlte Film entpuppt sich als eine Art Werbefilm der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), der völlig unkritisch die westlichen „Entwicklungs"-Modelle beschreibt.

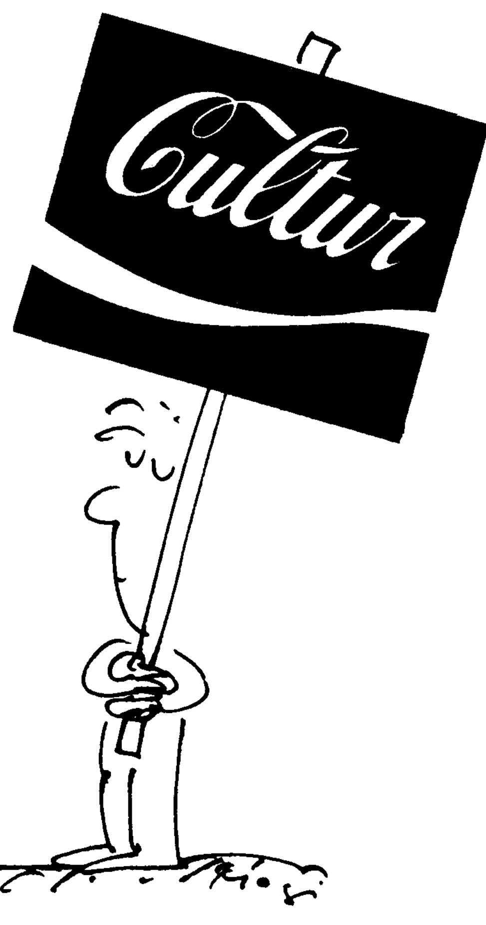
Dem Film wird die Krone dadurch aufgesetzt, daß er durch ein kurzes Statement Minister Warnkes angereichert wurde, in dem er erklärte, daß „von jeder

investierten Mark deutscher Entwicklungshilfe ... derzeit 1,25 Mark in Form von Aufträgen wieder nach Deutschland zurück(fließen)".[5] Wem Entwicklungs-„Hilfe" hilft, wird damit unmißverständlich gesagt. Ein weiterer Tatbestand scheint mir erwähnenswert: der Autor des Films Jürgen Reitz ist seit April 1983 gleichzeitig PR-Agent der GTZ und in dieser Position verantwortlich für Verkauf und Verleih der GTZ-Selbstdarstellungsfilme! Wie das von Linhart beschworene „gerechte und ausgewogene Bild" der Dritten Welt filmisch umgesetzt und pädagogisch-didaktisch aufbereitet werden soll, wird anhand derartiger Beispiele und Interessenverflechtungen mehr als deutlich.

Die Scheinheiligkeit der BMZ-Filmpolitik wird auch sichtbar im 1983 erstmals gespendeten Preis von 10 000,- Mark für Filme aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Unabhängig zu der Internationalen Mannheimer Filmfestwoche wurde ein Parallel-Festival eingerichtet. Dort wurde 1983 der ausgezeichenete Film DER MUT DER ANDEREN[6] aus Obervolta prämiert. Er wurde aber nicht ins BMZ-Programm aufgenommen, weil ein „direkter Bezug zu den genannten didaktischen Ansprüchen nicht besteht" (Linhart). Ähnlich wird es dem 1984 prämierten Film LEILA UND DIE WÖLFE (Libanon 1984) ergehen. Eine Gefahr dieser Politik sehe ich darin, daß damit diese Filme 'ghettoisiert' werden, denn die Filme aus Afrika, Asien und Lateinamerika werden anderen „internationalen" Produktionen nicht mehr entgegengestellt und so auch einem breiteren Publikum vorenthalten. Außerdem erfüllt der abgekoppelte Wettbewerb für Filme aus der Dritten Welt eine Deckmantelfunktion für die sogenannte pluralistische BMZ-Filmpolitik.

Zurück aber zu den vom Ausschluß betroffenen Filmen: die meisten der aus dem BMZ-Programm genommenen Filme setzen sich sehr kritisch mit westlicher, zumeist bundesdeutscher Entwicklungspolitik auseinander.

Historisch werden Zusammenhänge zwischen Kolonialismus, Imperialismus und der heutigen Form des „freien" Handels herausgestellt. Allein das den Filmen vorgeworfene Alter — in der Tat sind es einige, die schon Anfang der 70er Jahre entstanden sind — sagt aber noch nichts über die Qualität der politischen Aussagen der Filme aus. Zumindest müßte man ihnen eine historische Gültigkeit beimessen. Die ersatzlose Streichung der Filme ist auf jeden Fall durch nichts zu rechtfertigen. Um wenigsten ein paar Beispiele der betroffenen Filme zu nennen, seien einige der bekanntesten herausgegriffen: BANANERA LIBERTAD (am Beispiel von Bananenproduktion und -handel werden Besitz- und Machtverhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kritisch analysiert) wurde abgelehnt, weil er „zu alt, technisch schlecht und abgenutzt und didaktisch unzureichend" sei[7]; DIE NEUEN HERREN SIND DIE ALTEN (Film zur neokolonialistischen Rolle Frankreichs in der Elfenbeimküste) weil er „überholt" sei; VERARMUNGSHILFE (am Beispiel Gabuns wird die Rolle privater Investitionen kritisch hinterfragt) — Ablehnung, weil „unausgewogen, wenig überzeugend, grundlos herablassende



Äußerungen gegenüber der Regierung Gabuns"; NACHRICHTEN AUS DEM DORF, ERNTE 3000 JAHRE, MIT MEDIZIN INS UNGLÜCK etc. — insgesamt 30 Produktionen wurden innerhalb der letzten Jahre aus dem Programm genommen.

Im Gegensatz dazu fanden neben dem schon beschriebenen Film WIR UND DIE DRITTEN WELT nur sechs weitere Filme Aufnahme ins Programm. Nach Aussagen des BMZ-Staatssekretärs Lengl wurden „keine Produktionen benannt, deren Ankauf unmittelbar bevorsteht"[8]. Lapidar wird im gleichen Protokoll hinzugefügt, daß „verfügbare, frei produzierte Filme und Fernsehproduktionen laufend im Hinblick auf ihre Verwendbarkeit im Bildungsprogramm geprüft (werden)". Es darf aber ernsthaft bezweifelt werden, daß dieses krasse Mißverhältnis von 30 gestrichenen Filmen zu nur sieben neuen Filmen verändert werden soll.

Auf Proteste verschiedener entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, kirchlicher Institutionen und anderer Bildungsinstitutionen reagierte das BMZ mit jenen

Standardausreden Linharts, die oben schon ausführlich zitiert wurden. Mit beinahe gleichem Wortlaut wurden die Grünen abgespeist, die in einem Briefwechsel mit dem BMZ auch konkrete Vorschläge machten, welche Filme anstelle der zurückgezogenen neu ins Programm aufgenommen werden sollten. Aber weder LIEBE ZUM IMPERIUM, SEPTEMBERWEIZEN, die halbstündigen Filme von Frauen aus Indien, Senegal, Nicaragua und Peru über ihre Situation (AS WOMEN SEE IT) noch MOVING ON (über das unabhängige Zimbabwe), BITTERER ZUCKER (Zusammenhänge zwischen Zuckerrohranbau zur Treibstoffgewinnung und Hunger in Brasilien) oder dem schon erwähnten MUT DER ANDEREN kamen jemals in die engere Auswahl des BMZ. Kennt man die entwicklungspolitische Filmszene etwas, bleibt nach diesen Beispielen nicht mehr allzu viel übrig, was in einer entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit eingesetzt werden könnte. Auch scheint das BMZ nie in Erwägung gezogen zu haben, verstärkt auf Filme aus den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zurückzugreifen und ins Programm aufzunehmen, was der vielbeschworenen „Pluralität" am besten zu Gesicht stünde.

Die Nachgeschichte

Der Ausblick bleibt nach einer derartigen Entwicklung düster. Weder die Filme der Kinematographien Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas noch jene kritischer bundesdeutscher Filmemacher werden in nächster Zeit Eingang in das BMZ-Programm finden. Es ist abzusehen, daß das Programm auf jenem mageren Stand bleiben wird, den es nunmehr erreicht hat. Diese für die BMZ-Filmpolitik radikale Wende traf und wird weiterhin jene sehr hart treffen, deren Bildungsarbeit auf kostenlose Filme angewiesen ist. Diese Lücke läßt sich auch nicht durch gesteigerte Aktivitäten kleiner, alternativer Verleiher ausfüllen, die schon am Rande ihrer ökonomischen Existenzgrundlage leben müssen. Schulen, Aktionsgruppen und kleinere Bildungseinrichtungen, die jene von den kleinen Verleihern verlangten 150,- Mark pro Film (ungefähr, die Preise variieren je nach Länge der Filme) nicht aufbringen können, werden in Zukunft kaum auf kritische Filme in ihrer entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit zurückgreifen können.[9]

wko

Fußnoten

(1) Die Broschüre ist zu beziehen über Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Postfach 12 03 22, 5300 Bonn 1
(2) Entwicklungspolitische Information (epi) 10/81
(3) Protokoll der Antwort des Staatssekretärs im BMZ Siegfried Lengl auf eine Anfrage des Abgeordneten Hans Verheyen (Die Grünen) vom 16. 3. 84
(4) zitiert nach verschiedenen Briefen des Leiters des BMZ-Referats „Bildung und Information" Linhart, die als fast gleichlautende Standartantworten sowohl an die Adresse der Grünen auf ihre Anfrage beim BMZ als auch an verschiedene Aktionsgruppen und dem Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) gingen.
(5) Der Spiegel Nr. 19/1984
(6) siehe Rezension in iz3w Nr.
(7) Zitate aus dem Brief Linharts an die Grünen (siehe oben unter (4)).
(8) Protokoll des BMZ-Haushaltsausschusses vom September 1983
(9) im folgenden **die Adressen der wichtigsten bundesdeutscher Verleiher,** bei denen man **Filme** zum Thema **„Dritte Welt"** bestellen kann: Cine Terz, Buschstr. 18, 5300 Bonn 1 Freunde der deutschen Kinemathek, Welserstr. 25, 1000 Berlin 30. Mathias Film, Gänsheidstr. 67, 7000 Stuttgart 1 Verleihgenossenschaft der Filmemacher, Alfonsstr. 1, 8000 München 19. CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen.

Exilio — Die Flüchtlingslager von Colomoncagua. Eine Außenansicht.

Ein Video aus der Medienwerkstatt Freiburg, U-Matic, 58 min

Wir haben versucht, auf Distanz zu bleiben, als wir nach Zentralamerika gefahren sind. Mißtrauisch gegen exotische/folkloristische/idyllische Bilder. (Obwohl es ja an unseren Augen liegt, nicht an den Bildern). Wollten uns auf keinen Fall den Sombrero Sandinos aufsetzen oder den von Farabundo Marti. Keine Mittel-Amerikaner, sondern Mittel-Europäer, also auf der andern Seite der Barrikade.

Nach drei Wochen hatten wir ein Stück Distanz verloren, spätestens an jenem Sonntag, als 3.000 salvadorianische Flüchtlinge für eine einzige Video-Kamera eine Demonstration veranstalteten; es gibt eben sonst keine Öffentlichkeit im Internierungslager. Die einzige Verbindung zur Außenwelt ist unsereiner, die beweglichen Ausländer. Zuhause haben wir uns beeilt, das Video zu schneiden, eine dringliche Mitteilung, von der wir hoffen, daß für den Zuschauer etwas draus folgt, etwas.

Und eine Außenansicht selbstverständlich.



„Wir Flüchtlinge akzeptieren die Verlagerung nicht"

Bei dem Dorf Colomoncagua (Honduras) leben seit 1980/81 etwa 8.000 Flüchtlinge. Die meisten kommen aus Morazan, Campesino-Bevölkerung, geflohen vor den Bombardierungen und Massakern der Regierungstruppen. Sie sind keine rührenden Opfer, sonder handelnde Personen. Sie organisieren ihren Alltag, alphabetisieren sich in allen Lebensbereichen, bereiten sich auf ihre Zukunft vor. Das macht sie verdächtig. Auf Drängen der Militärs aus Honduras, El Salvadors und den USA sollten sie nun 600 km ins Landesinnere von Honduras deportiert und dort mit den anderen salvadorianischen Flüchtlingen zusammen konzentriert werden. Die Flüchtlinge weigern sich.

Auf Aufforderung der 'Flüchtlingshilfe Mittelamerika' (Bonn) sind wir im Mai 1984 nach Colomoncagua gefahren, sind dort mit der Journalistin Rose Gauger zusammengetroffen und haben zusammen bis Ende Juli das Video geschnitten. Das Band ist kürzer als ein Spielfilm, läßt also Platz für Diskussionen und Informationen und Fragen. Vor allem für die Frage: Was folgt daraus?

d.d./w.m.

auszuleihen bei: medienwerkstatt freiburg
konradstraße 20
7800 freiburt/brsg.
tel. 0761/709757
verfügbare kassentennormen: u-matic; vhs; beta-max.

Es gibt viel zu entwickeln — packen wir's an!

Zur neuen Kinderwandzeitung des BMZ

Wie sich die Öffentlichkeitsarbeit des BMZ seit dem Regierungswechsel im Oktober 1982 geändert hat, soll an einem scheinbar kleinen Beispiel aufgezeigt werden. Unter Rainer Offergeld (SPD) brachte das BMZ eine aus dem Norwegischen übersetzte Kinderfibel heraus, die als Anschauungsmaterial für Vorschul- und Grundschulkinder gedacht war. Etwa 200000 Exemplare dieser Fibel sind verteilt worden. In ihr wird verglichen, wie die wichtigsten Grundbedürfnisse in den Entwicklungsländern und den Industrieländern erfüllt bzw. nicht erfüllt werden. Auch wird in der Fibel auf zwei wichtige Ursachen für die schwierige wirtschaftliche Lage der Dritten Welt hingewiesen: niedrige Rohstoffpreise und Handelsbeschränkungen für verarbeitete Produkte aus den Entwicklungsländern. Der scharfe Protest der deutschen Industrie ließ natürlich nicht lange auf sich warten. Im Sommer 1982 wurde die Verwendung der Fibel im Unterricht an baden-württembergischen Schulen sogar untersagt,wegen „ideologischer Einseitigkeit und ausgesprochener Dümmlichkeit", wie der baden-württembergische Schul-Staatssekretär Balle in einer Landtagsdebatte ausführte (vgl. „blätter des iz3w, Nr. 107,Februar 1983,S.49ff). Gleich nach Antritt der neuen Bundesregierung wurde die Restauflage der Fibel eingestampft. Als „terre des hommes" die Urheberrechte wollte, um die Fibel unter ihrem Namen nachzudrucken, wurde auch dies vom BMZ negativ beschieden. Diese Fibel scheint an den Grundfesten unserer Gesellschaft zu rütteln, wenn sie den obersten deutschen Öffentlichkeitsarbeitern in Sachen Entwicklungshilfe so sehr ein Dorn im Auge ist.

1984 schließlich wurde „Ersatz" gestellt. Auch wenn der parlamentarische Staatssekretär des BMZ Köhler es ablehnt, von Ersatz zu sprechen, so muß man die neu herausgegebene Kinderwandzeitung „Von Kindern in fernen Ländern" als Ersatz für die eingestampfte Fibel ansehen; sie hat die gleiche Zielsetzung wie die Fibel, Kindern im Alter zwischen 3 und 10 Jahren sollen allgemeinen Informationen zur Entwicklungsproblematik vermittelt werden.

Auf den ersten Blick wirkt die Wandzeitung sehr ansprechend. Zwölf bunte Bilder als Riesenposter mit kurzem und verständlichem Text. Jedes Bild kann auch für sich betrachtet und gelesen werden. Doch bei näherem Hinschauen wird sehr schnell deutlich, daß die Wende die Dinge nach rückwärts gedreht hat. Gleich das erste Bild zeigt den Entwicklungshelfer Wolfgang, der sich vor der ineressierten Kinderschar aufgebaut hat und auf einer großen Weltkarte zeigt, wo er zur Zeit arbeitet,nämlich in Afrika, wo die Menschen sehr arm sind. So oberlehrerhaft wie seine Einstellung zu den Kindern ist, scheint sie auch zu den Afrikanern zu sein. Im letzten Bild, auf dem sich Wolfgang verabschiedet, schließt sich der Kreis: „Meine Freunde in Afrika sind mindestens so wißbegierig wie ihr und sie würden am liebsten alles auf einmal lernen." Das Gefälle ist klar, die Afrikaner sind die Kinder, denen man etwas beibringen muß. Diese Perspektive des allwissenden und scheinbar allmächtigen Entwicklungshelfers durchzieht die ganze Wandzeitung. Wolfgang ist der große Weiße, der die Entwicklung, die Hilfe aus der Not bringt. Eigenständige Problemlösungen der Entwicklungsländer kommen nicht zur Sprache. Jede Entwicklung erscheint abhängig von den Entwicklungshilfeanstrengungen der Industrieländer und deren Technologien. Unterstrichen wird diese rassistische und paternalische Einstellung durch die Art, wie die Afrikaner dargestellt werden, nämlich als tolpatschige Kinder mit großen Kulleraugen.


Bildausschnitt der neuen Kinderwandzeitung

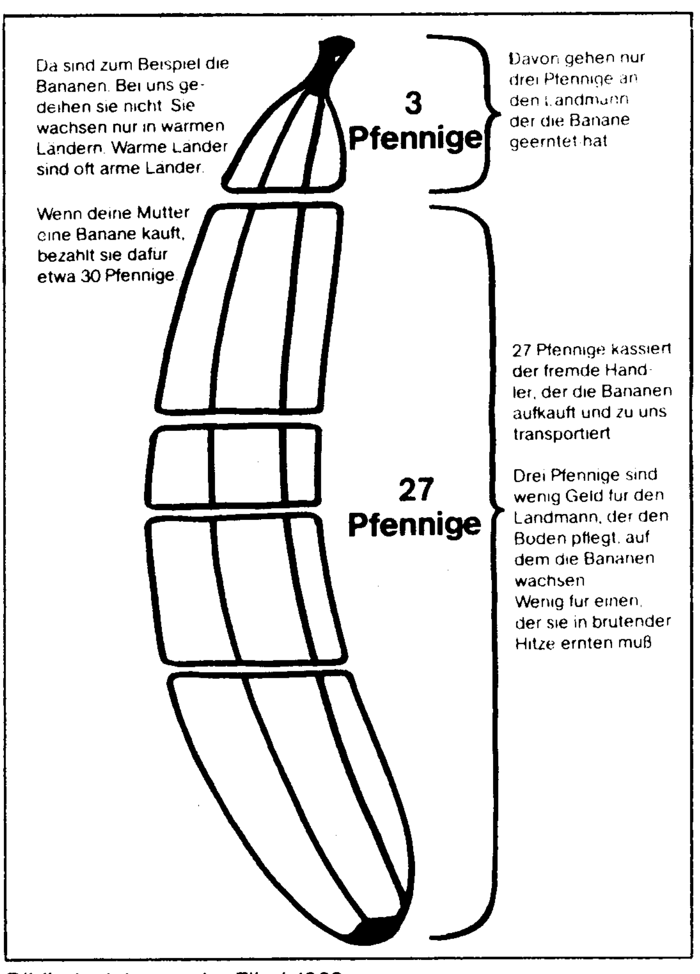
Auch wenn man die Meinung von BMZ-Staatssekretär Köhler teilt, daß „es nicht Sache eines solchen Mediums (sei), die Unlösbarkeit zu verbreiten, sondern Möglichkeiten der Lösung zu zeigen" (Bundestagsdebatte vom 6.6.84), ist die ESSO-Mentalität dieser Wandzeitung an manchen Stellen nahezu unerträglich:„Es gibt viel zu tun — packen wir's an." Schon auf dem ersten Bild erzählt Wolfgang den Kindern: „Da gibt es oft sehr viel zu tun, da weiß man oft gar nicht, was man zuerst anpacken soll." Alles ist machbar, wenn man nur den Willen und die nötige Technologie hat. In Bild 7 heißt es: „Jetzt noch die Rohre verlegt — und Wasser ab." Der Berufsoptimismus, dem

sich die meisten unserer Politiker (zumindest von der Regierungskoalition) verschrieben haben, bricht auch hier voll durch. Man muß nur die Ärmel hochkrempeln, zupacken und nicht von den Problemen reden. Das ist die Wende!

Dazu gehört anscheinend auch, daß nach Ursachen der Unterentwicklung nicht gefragt wird, bzw. längst überlebte Erklärungsmuster verwandt werden. Die Menschen sind nicht selber schuld, denn sie arbeiten hart, „doch es gibt zu viele" und der Regen ist ausgesprochen launisch; mal strömt er zu reichlich, mal fällt kein Tropfen. Da kann nur noch der allmächtige Entwicklungshelfer mit seiner nachteiligen Arbeitsteilung ist — entgegen der alten Kinderfibel — nirgends die Rede. Die im Text der Wandzeitung den Kindern gestellte Aufgabe, Dinge auf den Wandzeitungsblättern zu nennen, die aus der BRD stammen könnten, und im Supermarkt nach Waren Ausschau zu halten, die aus den Entwicklungsländern kommen, wäre nicht so schlecht, wenn sie nicht in diesem klaren Kontext gestellt würde: Die Dritte Welt soll Dinge anbauen und produzieren, die wir gebrauchen können.

Die Kinder in der BRD, Zielgruppe der Wandzeitung, scheinen in einem Traumland zu leben. Ihnen wird vermittelt: Du aber auch hier die heile Welt nicht fehlen. „In den Entwicklungsländern helfen sich die Familien untereinander sehr stark. Hat einer Arbeit, so sorgt er für alle Verwandten mit."

Besonders ärgerlich ist, daß in einer Kinderwandzeitung die Kinderarbeit als etwas Selbstverständliches dargestellt wird: „Jeder von euch hat schon einmal die schönen Teppiche gesehen. In manchen Ländern knüpfen auch Kinder mit." Das dazugehörige Bild zeigt eine Frau, die auf einer Wiese an ihrem Webstuhl sitzt, unter den Bäumen weiden die Schafe und ihre beiden Söhne scheinen nur darauf zu warten, sie ablösen zu dür-



Bildbeispiele aus der Fibel 1982



...und der Wandzeitung 1984

Technologie helfen. „Keine Rede ist z.B. davon, daß der Mangel an Ackerland in Entwicklungsländern zu einem guten Teil auf den dort vorherrschenden Landbesitzverhältnissen beruht und daher politisch veränderbar ist." (Aus der Presseerklärung des Dachverbandes entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Baden-Württemberg vom 8.5.84) Verbindungen zwischen der Armut der Dritten Welt und unserer Art, zu leben und zu produzieren, werden an keiner Stelle gesehen. Wohl aber wird eine klare Vorstellung vermittelt, wie die Weltarbeitsteilung ist und auch bleiben sollte. Es soll sein wie in der Kolonialzeit: Technik gegen Ananas. Von einer Änderung dieser für die Dritte Welt hast es warm und trocken in Deinem Bett. Du bist satt, alles ist sauber und hübsch. Dir geht's (zu) gut! Die Menschen hier scheinen — folgt man der Wandzeitung — alle in einem Eigenheim mit Garten zu leben, wo die Kinder nach Herzenslust mit Wasser spritzen dürfen. Die Familie sitzt gut gekleidet am reichgedeckten Tisch. Selbst der Zahnarztbesuch macht wegen der technischen Raffinessen, die es dort gibt, geradezu Spaß. Probleme scheint es hier nicht zu geben. Kontrastiert zum Traumland BRD wird die Armut in der Dritten Welt dargestellt. Die Menschen sitzen vor leeren Schüsseln, müssen hart arbeiten und versinken in den Slums fast im Schlamm. Ganz darf fen. So idyllisch dürfte es in den Teppichwebereien wohl nicht zugehen.

Von einer Benutzung dieser Wandzeitung ist dringend abzuraten. Gerade bei Kindern dieses Alters sollten nur Informationsmaterialien und Medien eingesetzt werden, die die Entstehung rassistischer und paternalistischer Vorurteile verhindern. Diese Kinderwandzeitung pflanzt und fördert dagegen diese Vorurteile. Auch in dieser Hinsicht hat die Wende nichts Gutes gebracht.

hiwe

■

Kontinuität oder Wende?

Die Rüstungsexportpolitik der Regierung Kohl

Die Ausgangslage

Als das erste Kabinett Kohl im Oktober 1982 antrat, fand es im Bereich der Rüstungsexportpolitik folgende Ausgangslage vor: Trotz restriktiv formulierter Grundsätze zum Rüstungsexport war die Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zum fünftgrößten Rüstungslieferanten der Dritten Welt geworden[1]. Der Export von Kriegsschiffen — wertmäßig der Löwenanteil bundesdeutscher Waffenexporte — war in den siebziger Jahren fast regelmäßig genehmigt worden, obwohl die von der soziallliberalen Koalition 1971 selbst aufgestellten Richtlinien für den Rüstungsexport dies so nicht vorsahen.[2] Nach diesen Richtlinien sollte der Export bundesdeutscher Waffen in „Spannungsgebiete" ohne Ausnahme unterbleiben. Um die offensichtliche Diskrepanz zwischen den politischen Grundsätzen und der faktisch verfolgten Waffenexportpolitik zu verringern, hat die SPD/FDP-Koalition im April 1982 neue politische Grundsätze für den Rüstungsexport verabschiedet. Nach ihnen wird der Export von Kriegswaffen in Länder, die nicht der NATO angehören, „nicht genehmigt, es sei denn, daß aufgrund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art festgelegt werden oder im Einzelfall vitale Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung sprechen. Vitale Interessen sind außen- und sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen."[3] Zurecht hat der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Hans Klein diese neuen Richtlinien folgendermaßen charakterisiert: „Das ist so formuliert, daß alle Türen offen bleiben. Mit diesen Grundsätzen läßt sich alles machen."[4] Die Neufassung dieser Richtlinien war begleitet von heftigen Auseinandersetzungen, die der Wunsch Saudi-Arabiens auslöste, den bundesdeutschen Kampfpanzer Leopard-2 in hoher Stückzahl zu kaufen.

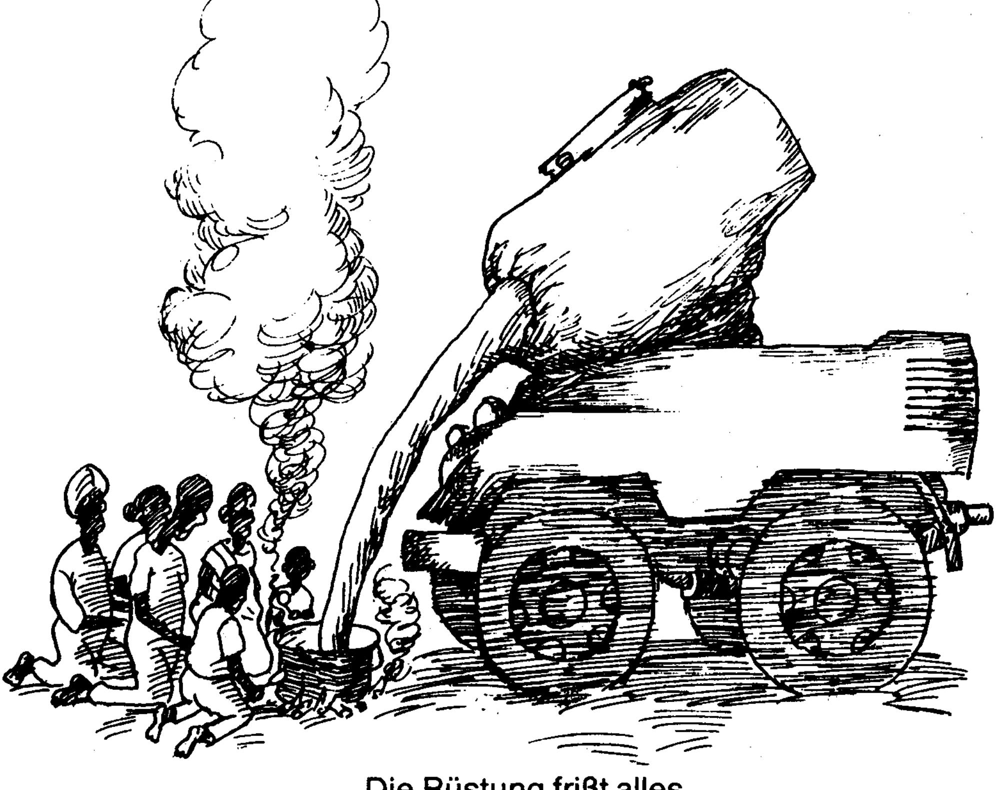
Die breite öffentliche Diskussion und der Widerstand in SPD und FDP hatten bis zum Regierungswechsel eine bindende Zusage an Saudi-Arabien verhindert. dert. Mit den saudischen Kaufwünschen wurde somit auch die neue Regierung Kohl konfrontiert.

Kurz nach Regierungswechsel meldeten sich einflußreiche Stimmen in den Unionsparteien zu Wort, die eine Ausweitung der Bundesdeutschen Rüstungsexporte, zum Teil sogar eine erneute Überarbeitung der erst April 1982 verabschiedeten Grundsätze für den Rüstungsexport forderten.[5] Zu einer Neufassung der Grundsätze ist es nicht gekommen; sie ist auch nicht mehr zu erwarten. Eine Neufassung hätte den — in der Bevölkerung durchaus umstrittenen[6] — Rüstungsexport in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt, ohne daß erkennbar wäre, welchen Gewinn die Bundesregierung aus einer solchen Auseinandersetzung ziehen könnte. Schließlich lassen schon die von der sozialliberalen Koalition verabschiedeten Grundsätze einen so ausgedehnten Interpretationsspielraum, daß keine von der Bundesregierung gewünschte Exportgenehmigung an ihnen scheitern muß.

Stagnation des Waffenmarktes

Der Wunsch nach einer Ausweitung bundesdeutscher Rüstungsexporte, den namhafte (aber nicht alle) Kräfte der jetzigen Regierungskoalition äußerten, fällt in eine Zeit, in der auch der weltweite Waffenhandel von der Verschuldungskrise der Dritten Welt betroffen ist. Der Großwaffenimport der Dritten Welt, der 1978 mit 11,1 Mrd. US-Dollar seinen bisherigen Höchststand erreichte, liegt heute deutlich unter diesem Niveau und stagniert bei etwa 9 Mrd. US-Dollar.[7] Große Rüstungsimporteure wie Argentinien, Brasilien, Peru, Chile, Ekuador und Venezuela sind gleichzeitig in besonderem Maße von der Verschuldungskrise betroffen. Mit der Zuspitzung dieser Krise wurden die Devisen auch für Rüstungsimporte knapper. Der Nahe Osten, der seine Großwaffenimporte zwischen 1972 und 1977 von 1,1 auf 5,2 Mrd. US-Dollar etwa verfünfacht hatte, steigert seine Großwaffenimporte gegenwärtig nicht mehr. Mit den in den letzten Jahren real gesunkenen Ölpreisen und dem Rückgang ihrer Ölexporte sind auch reiche Ölstaaten gezwungen worden, ihre großzügige Auftragsvergabe einzuschränken.[8]

Gleichzeitig drängen neue Anbieter auf den gegenwärtig stagnierenden Rüstungsmarkt. Während Anfang der siebziger Jahre die Großwaffenimporte der Dritten Welt praktisch ohne Ausnahme aus den Industrieländern bezogen werden, wurden 1979-1983 3,7 % von Rüstungsexporteuren der Dritten Welt selbst geliefert. Auch Spanien, früher als Waffenexporteur ohne Bedeutung, steigert seine Waffenexporte in die Dritte Welt.[9] Die Konkurrenz durch neue Anbieter wird in der Zukunft aller Voraussicht nach stärker werden: Die Rüstungsindustrie hat in den vergangenen Jahren Produktionsanlagen und Fertigungswissen in die Dritte Welt exportiert. Dies diente gerade in der Bundesrepublik dazu,



Die Rüstung frißt alles

Exportbeschränkungen zu umgehen. Wichtige Rüstungsimporteure der Dritten Welt legten und legen aber auch großen Wert darauf, einen Teil der bestellten Waffen im Land selbst zu fertigen, um so den Grundstock für eine eigene Rüstungsindustrie zu legen. Sind die Produktionskapazitäten aber erst einmal aufgebaut, dann stellt sich für die Regierung des betreffenden Landes das gleiche Problem wie für die Regierung eines waffenproduzierenden Industrielandes: Die nationalen Waffenschmieden sind durch die Beschaffungen der eigenen Streitkräfte allein langfristig nicht auszulasten; der Weg in den Rüstungsexport ist damit vorprogrammiert.[10] Auf einem stagnierenden Waffenmarkt, auf den zudem weitere Anbieter drängen, müßte die Bundesrepublik eine weitere Ausdehnung ihrer Waffenexporte mit einem scharfen Verdrängungswettbewerb erkämpfen; die anderen Rüstungsexporteure werden ihre Marktanteile mit allen verfügbaren Mitteln verteidigen. Die gegenwärtige Situation des internationalen Waffenmarktes setzt somit einer weiteren Expansion bundesdeutscher Rüstungsexporte Grenzen.

Allerdings bedeutet die gegenwärtige Stagnation auf dem Weltwaffenmarkt keinen Grund zur Beruhigung, vor allem keinen Grund, die bundesdeutsche Rüstungsexportpolitik zukünftig weniger intensiv und kritisch zu beobachten als in der Vergangenheit. Gerade der verschärfte Konkurrenzkampf unter den Waffenanbietern steigert den Druck, Exportrestriktionen weiter aufzuweichen, um zumindest das bisherige Exportvolumen zu halten. Dieser Druck wird zunehmen, wenn ab Mitte der achtziger Jahre die Produktion von Fregatten, Leopard-2-

Export von Großwaffen aus der Bundesrepublik in die Dritte Welt

1983 in der Abwicklung

Empfängerland	Bestellte Anzahl	Waffentyp	Waffenart	Jahr der Bestellung	Jahr der Lieferung	gelieferte Anzahl
Argentinien	4	Meko-360	Zerstörer	1978	1983 (1984)	2 (2)
	1		Erkundungsschiff	1981		
	2	Typ 1700[a)]	U-Boote	1977	(1983)	1
Bahrein	2	TNC-45	Schnellboote	1979	1983 1984	1 1
Brasilien	1	209-Klasse[a)]	U-Boot	1982		
Chile	2	209 Klasse	U-Boote	1980	(1984)	(2)
Indien	10	Do-228-200[a)]	Transportflugzeuge	1983		
	2	Typ 1500[a)]	U-Boote	(1981)		
Indonesien	2	PC-57	Patrouillenboote	1982	(1984)	(2)
	2	209-Klasse	U-Boote	1980	1983	1
Kolumbien	4	FS-1500	Fregatten	1980	1983	1
Kuweit	2	PC-57	Patrouillenboote	1980	1982 1983	(1) (1)
	6	TNC-45	Schnellboote	1980	1983 (1984)	(3) (3)
Malaysia	459	Condor	gepanzerte Infanteriefahrzeuge	1981	1983 (1984)	(250) (209)
	2	FS 1500	Fregatten	1981		
Marokko	(10)	PC-57[b)]	Patrouillenboote	(1983)		
Mexico	6	Bo-105 C	Hubschrauber	(1980)	1982 1983	4 2
Nigeria	12	Alpha Jet	Schulungsflugzeuge/ Kampfflugzeuge	1983		
	18	Do-128-6	Transportflugzeuge	1982	1983	(6)
Peru	(10)	Bo-105 CB	Hubschrauber	(1981)	(1982) (1983)	(4) (6)
	4	209-Klasse	U-Boote	1976	1980-82 1983	3 1
Thailand	47	RFB Fantrainer	Schulungsflugzeuge	1982	(1984)	(7)

a) Zusätzlich Lizenzproduktionen im Empfängerland vereinbart.
b) Im Verhandlungsstadium

Großwaffen = Schiffe, Flugzeuge, Lenkwaffen, gepanzerte Fahrzeuge
Die Tabelle erfaßt Großwaffen, die 1983 aus der BRD geliefert wurden, deren Lieferung aus einer früheren Bestellung 1983 ganz oder teilweise noch ausstand oder die 1983 in der BRD bestellt wurden. Erfaßt ist nur der direkte Transfer von Großwaffen, Export über Kooperationspartner (z. B. Frankreich) und Lizenzproduktion ist hier nicht erfaßt. Angaben in Klammern sind unsicher bzw. stellen SIPRI-Schätzungen dar.

Quelle: SIPRI Yearbook 1984, S. 229-262.

Panzern und Tornado-Kampfflugzeugen für die Bundeswehr ausläuft und damit der Auslastungsgrad der bundesdeutschen Rüstungsindustrie deutlich absinken wird.[11]

Großwaffenexporte 1983

Betrachtet man die Zahlen für den Großwaffenexport der Bundesrepublik der letzten Jahre, die vom Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI veröffentlicht wurden, so könnte man versucht sein, bereits ein Indiz für die „Wende" in der bundesdeutschen Rüstungsexportpolitik zu entdecken. 1983, im ersten Jahr nach dem Antritt der Regierung Kohl, hat die Bundesrepublik Großwaffen im Werte von 750 Mio. US-Dollar exportiert, davon 470 Mio. US-Dollar in die Dritte Welt. Damit lagen die Großwaffenexporte der Bundesrepublik in die Dritte Welt 1983 dreimal höher als der Durchschnitt der fünf Jahre davor.[12] Jedoch geht die von SIPRI aufgewiesene Entwicklung noch ganz auf das Konto sozialliberaler Rüstungsexportpolitik. SIPRI erfasst den Großwaffenhandel zum Zeitpunkt der Lieferung;[13] und gerade bei Kriegsschiffen, die den Exportboom von 1983 hauptsächlich getragen haben, erfolgt die Lieferung meist mehrere Jahre nach der Bestellung und der von der Bundesregierung zu genehmigenden Produktionsaufnahme (siehe nebenstehende Tabelle). Nach der Genehmigung der Produktionsaufnahme ist die spätere Exportgenehmigung kaum mehr als eine Formsache, da die Bundesregierung im Falle der Verweigerung den produzierenden Firmen Schadenersatz in beträchtlicher Höhe leisten müßte.

Die Statistik des Waffenhandels gibt uns (noch) keinen Aufschluß über die Rüstungsexportpolitik der Regierung Kohl. Aber es gibt andere Indizien, die eine Beurteilung der Rüstungsexportpolitik der jetzigen Bundesregierung ermöglichen.

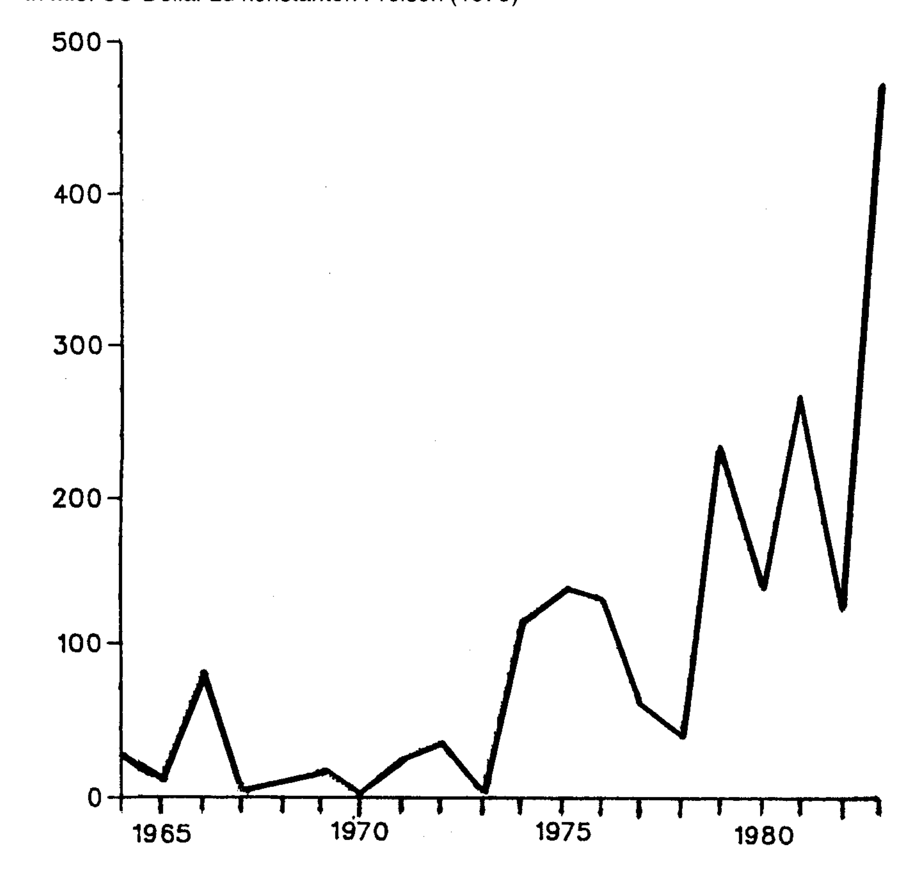
Testfall Saudi-Arabien

Zum Testfall für die Rüstungsexportpolitik der Regierung Kohl mußte der Wunsch Saudi-Arabiens werden, den Kampfpanzer Leopard-2 zu erwerben. Der direkte Export von Kampfpanzern aus der Bundesrepublik würde für die bundesdeutsche Rüstungspolitik einen markanten Einschnitt bedeuten; zur Zeit der sozialliberalen Koalition ist zwar der Export von Kriegsschiffen nahezu regelmäßig genehmigt worden, der Export von Kampfpanzern hingegen nicht. Zwar hat es die sozialliberale Koalition zugelassen, daß Thyssen-Henschel für Argentinien den TAM-Panzer, eine Weiterentwicklung des bundesdeutschen Marder-Panzers, entwickeln konnte, der dort unter Verwendung bundesdeutscher Zulieferungen produziert wird,[14] zwar konnte Malaysia 1981 eine Bestellung von 459 gepanzerten Infanteriefahrzeugen des Typs Condor bei Thyssen-Henschel aufgeben, von denen nach SIPRI-Schätzungen 1983 etwas 250 Stück geliefert wurden;[15] der direkte Export von Kampfpanzern wie etwa Gepard, Marder oder Leopard aus der Bundesrepublik in die Dritte Welt wäre dagegen ein Novum.

Die Entscheidung über die Genehmigung der von Saudi-Arabien gewünschten Exporte blieb offen bis zum Besuch Kohls in Saudi-Arabien im Oktober 1983. Das Ergebnis dieses Besuches: Zwar wurde der Verkauf von Leopard-2-Panzern für absehbare Zeit ausgeschlossen, der saudischen Seite aber offensichtlich der Verkauf anderer Waffensysteme wie der Flak-Panzer Gepard oder der Schützenpanzer Marder angeboten.[16] Mittlerweile war eine saudische Experten-Kommission in der Bundesrepublik; die Verhandlungen über Waffenlieferungen an Saudi-Arabien sind im Gange. Genauere Auskünfte werden von der Bundesregierung verweigert.[17] Im gemeinsamen Kommuniqué, das beim Kohl-Besuch in Saudi-Arabien verabschiedet wurde, wurde vereinbart, die Frage „der Lieferung deutscher Rüstungsgüter, die für die Verteidigung bestimmt sind, zu prüfen."[18] Die hinter dieser Formulierung stehende Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidungswaffen ist natürlich mehr als problematisch. Die Bundesregierung kann als Unterscheidungskriterium nur die vermutete Verwendungsabsicht des Waffenimporteurs angeben: „Die Unterscheidung zwischen Waffen, die für die Verteidigung oder einen Angriffskrieg bestimmt sind, kann in der Regel nur am konkreten Einzelfall getroffen werden. Dabei kommt es entscheidend auf die jeweils gegebenen Verhältnisse im Hinblick auf das Empfängerland an, zum Beispiel welche Militärstrategie das betreffende Land verfolgt und wie die zu liefernden Waffen in die dort vorhandende Waffenstruktur eingepaßt werden sollen. Von dieser umfassenden Beurteilung geht auch die Genehmigungspraxis aus; danach sollen die zu liefernden Waffen nur zur Verteidigung des Empfängerlandes oder der betreffenden Region bestimmt sein."[19] Die Verbindung deutscher Waffenexporte mit Verwendungsauflagen ist von Saudi-Arabien übrigens als Einmischung abgelehnt worden.[20]

Auch ein anderer Satz aus dem beim Kohl-Besuch in Saudi-Arabien verabschiedeten Kommuniqué läßt aufhorchen: „Beide Seiten verständigten sich darüber, auch Fragen des Verteidigungsbereiches in die Zusammenarbeit einzubeziehen."[21] Eine solche Vereinbarung wurde hier zum ersten Mal mit einem Land getroffen, das nicht der NATO angehört. Auch wenn gegenwärtig unklar bleibt, auf welchen Feldern diese Zusammenarbeit stattfinden soll, nach der Sprache diplomatischer Kommuniqués zu schließen,

Großwaffenexporte der BRD in die Dritte Welt 1964-1983
in Mio. US-Dollar zu konstanten Preisen (1975)



Ohne Export über Kooperationspartner und Lizenzproduktion.
Quelle: SIPRI Yearbook 1984, S. 214 f.

bedeutet sie mehr als die Lieferung von Waffen.[22]

Ein Nachtrag zu dem Wunsch Saudi-Arabiens, den Leopard-2-Panzer zu kaufen, ist noch zu machen: Eine direkte Lieferung dieses Panzers aus der Bundesrepublik an Saudi-Arabien dürfte auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein; aber so ganz müssen die saudischen Herrscher auf die gewünschte Technologie nicht verzichten. Denn das Prunckstück des Leo-2, die 120-mm- Glattrohrkanone von Rheinmetall wird nicht nur in der Bundesrepublik, sondern ab 1985 auch in Lizenz in den USA gefertigt und wird von dort aus seinen Weg nach Saudi-Arabien finden.[23]

Die im Testfall Saudi-Arabien offensichtlich gewordene Bereitschaft der Bundesregierung, bundesdeutsche Panzer (mit Ausnahme des Leo-2) auf direktem Wege in die Dritte Welt zu exportieren, wird auch bei anderen waffenimportierenden Entwicklungsländern den Wunsch nach Panzerimporten aus bundesdeutscher Produktion auslösen. So hat bereits Ägypten Interesse an einem Kampfpanzer bundesdeutscher Herkunft angemeldet.[24] Nach dem Präzedenzfall Saudi-Arabien käme die Versagung der hierfür erforderlichen Genehmigungen einem Affront gegen diejenigen Regierungen gleich, die Importwünsche anmelden. So besteht die Gefahr, daß auch bei Panzern eine Praxis der regelmäßig erteilten Genehmigung entsteht, wie diese in den siebziger Jahren bei Kriegsschiffen entstanden ist.



„Vielleicht können wir ihn so doch noch an die Saudis verkaufen"

Änderung des Tornado-Vertrages

Eine weitere wesentliche Änderung bundesdeutscher Rüstungsexportpolitik hängt ebenfalls mit dem Begehren Saudi-Arabiens nach Waffenimporten zusammen. Bereits während der Auseinandersetzungen um die Lieferung des Leopard-2-Panzers wurde bekannt, daß Saudi-Arabien in Großbritannien das Kampfflugzeug Tornado kaufen will. Der Tornado aber ist eine Gemeinschaftsproduktion britischer, bundesdeutscher und italienischer Rüstungsfirmen; Messerschmitt-Bölkow-Blohm baut das Rumpfmittelstück mit den Lagern für die Schwenkflügel. Der Ende der sechziger Jahre geschlossene Kooperationsvertrag zwischen den drei beteiligten Ländern enthielt die Klausel, daß ein Export des Tornados in Länder außerhalb der NATO nur mit Zustimmung aller drei Regierungen möglich sei. Die Bundesregierung hätte somit auf Grundlage dieses Vertrages hier die Möglichkeit gehabt, ihre verbal proklamierte restriktive Rüstungsexportpolitik auch bei in Kooperation mit anderen NATO-Ländern hergestellten Waffensystemen anzuwenden. Auf Druck der britischen Regierung wurde im Mai 1983 der Tornado-Vertrag geändert, die Entscheidung liegt jetzt allein bei dem Staat, dessen Rechtshoheit der Exporteur untersteht. Saudi-Arabien erhält von Großbritannien 40 Tornado-Jagdbomber.[25] In allen künftigen Fällen kann Großbritannien nach Gutdünken verkaufen, MBB Teile nach Großbritannien liefern, ohne die kein Tornado produziert werden könnte, und die Bundesregierung unter Verweis auf das britische Alleinentscheidungsrecht ihre Hände in Unschuld waschen.

Nach dieser Vertragsänderung haben die britischen Kooperationspartner nun die gleiche exportpolitische Freiheit wie die französischen, die die in Kooperation mit bundesdeutschen Firmen gebauten Waffen (Panzer-Abwehr-Lenkwaffen HOT und MILAN, Flieger-Abwehr-Rakete ROLAND sowie den Alpha-Jet) exportieren dürfen, ohne die Bundesregierung um Genehmigung zu fragen. Bereits 1971 ist ihnen dies vertraglich zugestanden worden.[26] Da die komplizierter werdenden Waffensysteme in wachsendem Maße in internationaler Kooperation entwickelt und produziert werden, liegt in vertraglichen Regelungen, wie sie jetzt auch Großbritannien zugestanden wurden, das Ende jeglicher restriktiven Waffenexportpolitik, da bei mehr und mehr Waffensystemen die Möglichkeit besteht, den Export in die Dritte Welt über dasjenige Kooperationsland abzuwickeln, dessen Regierung den Waffenexport am wenigsten beschränkt.

Vom Verbrechen zum Vergehen: Novelle des Kriegswaffenkontroll-Gesetzes

Zum Abschluß soll auf eine Initiative der Regierung Kohl eingegangen werden, die möglicherweise ebenfalls Konsequenzen für den Rüstungsexport haben wird: Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der unter anderem vorsieht, die Mindeststrafe bei Verstößen gegen das Kriegswaffenkontroll-Gesetz (KWKG) von gegenwärtig einem Jahr auf ein halbes Jahr zu senken.[27] Nach dem KWKG ist die Herstellung, der Transport,

der Erwerb und Export von Kriegswaffen genehmigungspflichtig. Dieser Entwurf ist im Februar 1984 bereits im Bundesrat behandelt worden;[28] die Beratung im Bundestag steht noch aus. Eine Senkung der Mindeststrafe von einem auf ein halbes Jahr hat prozeßrechtlich gravierende Folgen: Ein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontroll-Gesetz wird damit von einem Verbrechen zu einem Vergehen zurückgestuft, somit Strafaussetzungen zur Bewährung erleichtert und die Einstellung von Verfahren ermöglicht. Gerade mit der nach der Senkung der Mindeststrafe gegebenen Möglichkeit, Verfahren wegen Verstoßes gegen das KWKG einzustellen, begründet die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf: Die bisherige Mindeststrafe von einem Jahr und die damit gegebene Charakterisierung von Verstößen gegen das KWKG als Verbrechen würde auch „in Bagatellfällen eine sachgerechte Erledigung durch Einstellung des Verfahrens"[29] verhindern. Offensichtlich haben aber in sog. „Bagatellfällen", etwa wenn im Rahmen einer genehmigten Waffenherstellung ein ungenehmigter Transport erfolgt, die Staatsanwaltschaften auch bisher schon Möglichkeiten gefunden, das Verfahren einzustellen.[30] Wie die Gerichte nach Senkung der Mindeststrafe etwa bei ungenehmigten Waffenexporten verfahren werden, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen; es besteht aber die Gefahr, daß nach einer Rückführung von Verstößen gegen das KWKG vom Verbrechen zum Vergehen die abschreckende Wirkung dieses Gesetzes (noch) kleiner wird.

Nicht nur verschiedene Pressekommentare, auch der Vorsitzende des Richterbundes Leonardy sieht einen Zusammenhang zwischen der Senkung der Mindeststrafe und dem Verfahren gegen die Rheinmetall-Manager, denen illegaler Waffenexport vorgeworfen wird. Leonardy sprach von dem Versuch, eine fragwürdige Amnestie durchzusetzen.[31] Erstaunlich ist es schon, daß der Prozeß gegen die Rheinmetall-Manager immer noch nicht begonnen hat; schließlich wurde schon im August 1983 die Anklageschrift fertiggestellt, drei Rheinmetall-Manager verhaftet und erst wieder gegen eine Kaution von fast 23 Millionen DM freigelassen.[32] Nach Novellierung des KWKG wäre im Prinzip eine Einstellung dieses Verfahrens möglich.

Die im Testfall Saudi-Arabien offensichtlich gewordene Bereitschaft der Bundesregierung, auch den direkten Export von Panzern aus der Bundesrepublik in die Dritte Welt zuzulassen, und die Novellierung des Tornado-Vertrages mit Großbritannien, die eine weitere Exportschleuse öffnet, zeigen, daß die Regierung Kohl auf dem von ihren sozialliberalen Vorgängern beschrittenen Weg des Abbaus von Waffenexportrestriktionen fortfährt und hierbei auch Türen öffnet, die bei ihrem Amtsantritt noch verschlossen waren.

gc

Anmerkungen

1) Entwicklung und Rüstung. Militärpolitik Dokumentation, Heft 37, 1984, S. 74f, Tab. E (Daten der US-amerikanischen Abrüstungsbehörde ACDA für den Zeitraum 1976-1980)
2) Michael Brzoska: Rüstungsexportpolitik in der Bundesrepublik — Die ungeliebte Sonderrolle, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 18/1984, S. 21.
3) Siehe „blätter des iz3w", Nr. 102, Juni 1982, S. 8f. Die Grundsätze von 1971 und von 1982 sind im Wortlaut dokumentiert in: Thomas Nielebock (Hrsg): Rüstungsexport. Analysen, Daten, Stellungnahmen, Verein für Friedenspädagogik, Tübingen 1984, S. 161ff.
4) Interview in „Die Zeit", 16. 3. 1984, S. 24.
5) „blätter des iz3w", Mai 1983, Nr. 109, S. 21.
6) Vgl. die Allensbacher Meinungsumfrage zum Waffenexport 1981; siehe Nielebock (Fußn. 3), S. 196
7) World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook 1984, London 1984, S. 212f. Angaben zu konstanten Preisen von 1975.
8) Ebd. und Herbert Wulf: Kein Geld zu verpulvern. Auch die Rüstungsindustrie spürt die weltweite Krise, in: „Die Zeit", 18. 11. 1983, S. 34.
9) SIPRI Yearbook 1984 (Fußn. 7), S. 179f, 214f.
10) Jo Rodejohann: Rüstungsexporte sind keine Lösung. Zur Situation der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, Berghof-Stiftung, Berlin 1984 (Manuskript), S. 14.
11) Ebd., S. 15f und Michael Brzoska: 9999029 — Die Expansion der bundesdeutschen Rüstungsexporte, in: „epd-Entwicklungspolitik", 2/1984, S. 19.
12) SIPRI Yearbook 1984 (Fußn. 7), S. 194, 214f. Angaben zu konstanten Preisen von 1975. Export über Kooperationspartner ist hier nicht enthalten.
13) Ebd., S. 176
14) Brzoska: Rüstungsexportpolitik (Fußn. 2), S. 18f.
15) SIPRI Yearbook 1984 (Fußn. 7), S. 248; Militärpolitik Dokumentation Nr. 37 (Fußn. 1), S. 81f.
16) Weiterhin umstrittener deutscher Waffenexport nach Saudi-Arabien, in: „Neue Züricher Zeitung", 14. 10. 83.
17) Rüstungshandel und militärische Zusammenarbeit mit den Ländern des Nahen Ostens. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schwenninger und der Fraktion Die Grünen, BT-Drs. 10/815, S. 5.
18) Gemeinsames Kommuniqué, abgedruckt in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Bulletin, Nr. 105, 12. 10. 83, S. 967.
19) BT-Drs. 10/815 (Fußn. 17), S. 4.
20) Vgl. hierzu Nielebock (Fußn. 3), S. 17f; Brzoska: Rüstungsexportpolitik (Fußn. 2), S. 24.
21) Gemeinsames Kommuniqué (Fußn. 18), S. 966f.
22) Vgl. hierzu Nielebock (Fußn. 3), S. 18ff.
23) antimilitarismus-information, Nr. 11/84, S. I-113 und „Leopard"-Kanone auf Umwegen an die Saudis, in „Frankfurter Rundschau", 15. 10. 84, S. 1.
24) Rüstungsexporte: Kraus Maffei prüft die Möglichkeiten, für Ägypten einen Kampfpanzer zu entwickeln, in: „Handelsblatt", 14. 2. 84.
25) Hans Schueler: Verlust der Unschuld. Bonn stimmte dem „Tornado"-Verkauf an Saudi-Arabien zu, in: „Die Zeit", 17. 8. 84, S. 6. Regierungssprecher Boenisch hat die Darstellung der „Zeit" bestätigt. Süddeutsche Zeitung, 18./19. 8. 84, S. 1.
26) SIPRI Yearbook (Fußn. 7), S. 154ff u. Brzoska: Expansion der bundesdeutschen Rüstungsexporte (Fußn. 11), S. 18.
27) Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes, Bundesrat, Drucksache 547/83, S. 22.
28) Bundesrat, 531. Sitzung, 3. 2. 1984, S. 33f.
29) Antwort des Parl. Staatssekretärs Grüner auf die Fragen des Abgeordneten Schily, Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode, 68. Sitzung, 13. 4. 1984, S. 4822.
30) Nach Auskunft des Parl. Staatssekretärs im Justizministerium, Erhard, im Bundestag (72. Sitzung, 25. 5. 84, S. 5088).
31) Richterbund warnt vor „Amnestie" durch Waffengesetzänderung, in: „Frankfurter Rundschau", 1. 11. 84, S. 4.
32) Rheinmetall-Manager werden wegen Waffenexporten angeklagt, in: FAZ, 26. 8. 1984.

Die Menschenrechtspolitik der Wenderegierung

Das Thema des nachfolgenden Artikels - die Menschenrechtspolitik der BRD auf internationaler Ebene — mag manchem Leser wenig relevant erscheinen. Hat es viel Sinn, der Frage nachzugehen, ob die Bundesregierung internationale Konventionen zur Einhaltung der Menschenrechte unterschreibt oder nicht, wenn diejenigen, die die Menschenrechte verletzen, sich um solche Konventionen sowieso nicht kümmern?

Die Menschenrechtspolitik als Bestandteil der Außenpolitik hat allerdings unmittelbare innenpolitische Auswirkungen in der Bundesrepublik - was sich z. B. darin zeigt, daß Innenminister Zimmermann verhindern will, daß diese Konvention verbietet, Menschen in ein Land zurückzuschicken, wo ihnen Folter droht. Zimmermann befürchtet zu Recht, daß dann die bundesdeutsche Asylrechts- und Abschiebepraxis grundlegend revidiert werden müßte.

Die Existenz klarer, international und von der BRD anerkannter Menschenrechtsnormen und die Existenz internationaler Kontrollmöglichkeiten, wie sie z. B. der Entwurf der europäischen Menschenrechtskonvention vorsieht, würden es deutschen Gerichten sicherlich erschweren, Urteile zu fällen wie das folgende, das es verdient, ausführlich zitiert zu werden, da sein Verständnis von Menschenrechten in der Dritten Welt typisch ist für die oberen Instanzen der deutschen Asylrechtssprechung, zumal wenn es sich um die Verletzung der Menschenrechte ganzer Völker wie hier der Kurden handelt. Man muß sich vor Augen halten, daß ein solches Urteil für den Ausgelieferten ein Todesurteil ist:

"Wenn es sodann, während der Inhaftierung des Klägers (...) zu den geschilderten Folterungen gekommen ist, geschah dies offenkundig ebenfalls in dem Bestreben der Polizisten und Jandarmas, ein als strafbar angesehenes Verhalten des Klägers aufzuklären und einer Wiederholung, nämlich einer weiteren Verbreitung der Zeitung 'Roja Välat' vorzubeugen (...). Soweit der Kläger von großangelegten Verhaftungsaktionen in seinem Heimatort berichtet, ist damit eine Gefahr volkstumsmäßig bedingter politischer Verfolgung des Klägers ebenfalls nicht dargetan. Bei diesen Verhaftungen wird es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bekämpfung terroristischer und separatistischer Bestrebungen handeln."

(Hessischer Verwaltungsgerichtshof, 20.11.81)

Mit solchen Begründungen werden in der BRD nicht nur in Einzelfällen indirekte Todesurteile gefällt, es wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, Tausende politisch Verfolgter an ihre Folterer und Mörder auszuliefern. Zimmermann möchte, daß das auch so bleibt.

Red.

Widersprüchliche Menschenrechtspolitik

In kaum einem anderen Politikfeld fallen Reden und Handeln von Regierungen so stark auseinander wie auf dem Gebiet der Menschenrechte. Das gilt für diese Bundesregierung ebenso wie für ihre Vorgängerinnen. Während in blumigen Sonntagsreden die Menschenrechte betont und Initiativen zur Beendigung von Folter und Hinrichtung wortreich gepriesen werden, orientiert sich die praktische Politik an den Wirtschaftsinteressen bundesdeutscher Unternehmen und den politisch-strategischen Bedürfnissen des westlichen Militärbündnisses.

Unter der vorsichtigen Kritik des Bundesaußenministers an der Apartheid-Politik anläßlich des Besuches des südafrikanischen Ministerpräsidenten Botha leiden die überaus engen Geschäftsbeziehungen deutscher Firmen mit Südafrika nicht. Ähnliches gilt für Südkorea, die Philippinen und selbst den Iran: Menschenrechtsanliegen - sofern sie überhaupt geäußert werden - stehen hintenan. Trotz der massenhaften Hinrichtungen von angeblichen Drogenhändlern, Prostituierten und Homosexuellen im Iran gab der Bundesaußenminister die bis dahin geübte Zurückhaltung westlicher Länder auf und flog im Frühsommer nach Teheran. Die Hinrichtungswelle dauert an, doch für die deutsche Wirtschaft hat sich der Ausflug gelohnt: Die Bundesrepublik ist der Wirtschaftspartner Nummer eins des Iran.

Der Vorrang politisch-militärischer Interessen vor den Menschenrechten zeigt sich am deutlichsten am Beispiel Türkei. Während die türkische Regierung gegen die Kurden Krieg führt und die Opposition mit der Todesstrafe bekämpft, erhält sie großzügige Wirtschafts- und Militärhilfe vom Westen. Obwohl Folter in den überfüllten türkischen Gefängnissen an der Tagesordnung ist, floriert die Zusammenarbeit deutscher und türkischer Geheimdienste bei der Verfolgung politischer Dissidenten und werden Asylbewerber weiterhin an die Türkei ausgeliefert.

Menschenrechtspolitik als Teil der Außenpolitik ist eine klassische Domäne der Exekutive. Eine politische Kontrolle durch die Öffentlichkeit oder das Parlament findet so gut wie nicht statt. Die Bundesregierung pflegt die "stille Diplomatie". Einzelschicksale politisch Verfolgter werden, wenn überhaupt, in vertraulichen Gesprächen zwischen Regierungsvertretern erwähnt. Führt diese Form von Politik überhaupt mal zum Erfolg, so wird darüber wenig bekannt.

Werden aber Menschenrechtsverletzungen öffentlich angeprangert, so häufig zum Zwecke politischer Propaganda. Viele Regierungen verwenden das Thema Menschenrechte für polemische Angriffe gegen andere Staaten, während sie gleichzeitig bewußt unrichtige Einschätzungen über Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte bei ihren Verbündeten äußern.

Die Bundesregierung versteht unter Menschenrechten immer noch im klassisch westlichen Sinne die bürgerlichen Freiheitsrechte, wie sie im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte niedergelegt sind. Die wirtschaftlichen und kulturellen Rechte finden zwar Eingang in die Beteuerungen bundesdeutscher Regierungsvertreter über die Gleichwertigkeit und wechselseitige Abhängigkeit aller Menschenrechte, in der polititschen Praxis aber keine Entsprechung.

Noch schlechter sieht es mit den Menschen- (und Völker-) Rechten der "3. Generation" aus. Das Recht auf Entwicklung etwa, wie es seit einigen Jahren regelmäßig auch auf der Tagesordnung der UN-Menschenrechtskommission steht, ist für die Bundesregierung zu 'unbestimmt'. Da dies aber eine zentrale Forderung der Staaten der Dritten Welt ist, wendet sie sich nicht gegen eine Diskussion in den Gremien der Vereinten Nationen (Warum auch, solange nur diskutiert wird?). Dabei wird aber der westliche Gesichtspunkt der Verbindung mit den Individual-Menschenrechten ('Ohne bürgerliche Freiheitsrechte keine Entwicklung') herausgestellt.

Beim Abstimmungsverhalten in der Menschenrechtskommission zeigt sich spätestens, wie gering das Interesse der Bundesregierung an solchen Fragen ist. Unter dem Titel 'Neue Weltwirtschaftsordnung und Förderung der Menschenrechte' wurde der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen aufge-

fordert, eine UN-Studie zu diesem Thema zu verbreiten und zu veröffentlichen. Während 39 Staaten für die Resolution stimmten, übte die Bundesrepublik zusammen mit Japan und Großbritannien Stimmenthaltung. Die USA dagegen stimmten dagegen.

Menschenrechtspolitik in den Gremien der Vereinten Nationen wird als ein Aspekt der Außenpolitik begriffen: Auch in der Menschenrechtskommission wird - häufig nur mühsam verschleiert - der Ost-West-Konkflikt ausgetragen. Gleichzeitig findet dort eine Auseinandersetzung zwischen den Industrienationen und den 'Entwicklungsländern' statt. Das (Abstimmungs-) Verhalten der deutschen Delegation in der Menschenrechtskommission und anderen UN-Gremien orientiert sich also an den allgemeinen Prämissen der Außenpolitik. Es darf daher z. B. nicht verwundern, wenn die Bundesrepublik sich bei Resolutionen bezüglich der Menschenrechtssituation in Guatemala oder El Salvador in der Generalversammlung der Stimme enthält oder (in Übereinstimmung mit der US-Regierung) behauptet, die Situation der Menschenrechte in diesen Ländern würde sich ständig verbessern.

Im weiteren Verlauf der Darstellung sollen die Widersprüchlichkeiten der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung an einigen Beispielen ihres Verhaltens in internationalen Gremien untersucht und an der Frage gemessen werden, inwieweit sie sich den Normen des internationalen Menschenrechtsschutzes unterworfen hat.

"Kopf-ab-Jaeger" und die Initiative gegen die Todesstrafe

Aufsehen erregt hat die Berufung des 71jährigen 'Politpensionärs' und einstigen Bundesjustizministers Richard Jaeger (CSU) zum Leiter der bundesdeutschen Delegation bei der Menschenrechtskommission. "Kopf ab - Jaeger" ist ein entschiedener Befürworter der Todesstrafe. In seiner langen Laufbahn hat er kaum eine Gelegenheit ausgelassen, die Todesstrafe engagiert zu verteidigen und ihre Wiedereinführung in der Bundesrepublik zu fordern. Auch heute noch ist er der Auffassung, der Staat habe das Recht, bestimmte Verbrechen mit dem Tode zu bestrafen. Mit der Ernennung Jaegers zum Leiter der Delegation in Genf sind die wiederholten Beteuerungen der Bundesregierung, sie setze sich für die weltweite Abschaffung der Todesstrafe ein, unglaubwürdig geworden. Richard Jaeger ließ sich bei der Behandlung dieses Themas in der Menschenrechtskommission von seinem Stellvertreter Wilhelm Höynck vertreten. Peinlich.

Es muß allerding anerkannt werden, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren Initiativen gegen die Todesstrafe unternommen hat. Hier hat die Bundesrepublik eine Vorreiterposition auch gegenüber anderen westlichen Staaten eingenommen. Besonders Außenminister Genscher geht immer wieder in öffentlichen Erklärungen auf das Thema ein. Mit der Vorlage eines Entwurfs für ein 2. Fakultativprotokoll zum Pakt über bürgerliche und politische Rechte hat die Bundesregierung 1980 auch einen konkreten Vorschlag unterbreitet. Er ist allerdings in der Beratung noch nicht sehr weit gekommen: Das in der UN-Menschenrechtshierarchie niedrigste Gremium, die Unterkommission der Menschenrechtskommission, wurde eingeladen, "die Idee" eines solchen Protokolls zu überdenken.

Obgleich Zweifel daran bestehen, ob die Bundesregierung nach dem Regierungswechsel die Initiative mit dem gebotenen Nachdruck weiterverfolgt, kann das Stekkenbleiben dieses Vorschlags nicht den Vertretern der Bundesrepublik angelastet werden. Im Gegensatz zur Folter handelt es sich bei der Todesstrafe eben um ein in praktisch der ganzen Welt auch offiziell gebilligtes Instrument staatlicher Machtausübung.

Die Initiative leidet aber an einem anderen Glaubwürdigkeitsproblem: Die Bundesregierung hat ihre Initiative in einen Vorschlag für ein zweites Fakultativprotokoll gekleidet, während sie noch nicht einmal das erste unterzeichnet hat.

Individualbeschwerde vor dem UN-Menschenrechtsausschuß

In Ergänzung zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte aus dem Jahre 1966 wurde ein Fakultativprotokoll (Zusatzprotokoll) geschaffen, welches den Bürgern der Staaten, die dieses ratifiziert haben, die Möglichkeit der Individualbeschwerde vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen eröffnet. Während der Pakt über bürgerliche und politische Rechte Ende 1973 durch die Bundesrepublik ratifiziert wurde, wurde das Fakultativprotokoll bislang weder unterzeichnet noch ratifiziert.

Zur Begründung geben die jeweiligen Bundesregierungen an, durch eine Individualbeschwerde nach dem Fakultativprotokoll der Vereinten Nationen könnte es zu Überschneidungen mit dem Beschwerdesystem der Europäischen Menschenrechtskonvention kommen. Bundesaußenminister Genscher fügte in einem Schreiben an amnesty international die Befürchtung hinzu, der Menschenrechtsausschuß könne "durch eine große Anzahl von Beschwerden aus der Bundesrepublik Deutschland" in seiner Arbeit für andere Länder behindert werden.(!)

Andere westeuropäische Regierungen sehen die Problematik einer Überschneidung der beiden Verfahren nicht. Die nordischen Staaten, Frankreich, Portugal, Ita-

lien, Luxemburg und die Niederlande haben das Fakultativprotokoll ratifiziert und dabei teilweise durch eine Vorbehaltserklärung festgestellt, daß das weitergehende Beschwerdeverfahren vor der Europäischen Kommission für Menschenrechte und dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof vorgehen soll.

In der Debatte über den Antrag der SPD-Fraktion zum Thema 'Staatlich sanktionierter Mord' hat Staatsminister Möllemann am 3. Mai 1984 die Bedenken der Bundesregierung erneuert und ausgeführt, die frühere (SPD-geführte) Regierung habe den vorhandenen Menschenrechtsschutz nach der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht nur als ausreichend, sondern als stärker ausgestaltet angesehen als den Schutz nach dem Fakultativprotokoll. Die SPD fordert inzwischen die Ratifizierung des Protokolls ebenso wie die GRÜNEN, die einen entsprechenden Gesetzesentwurf eingebracht haben. Nach wie vor scheint die Bundesregierung zur Ratifizierung nicht bereit zu sein. Stattdessen spricht sie sich für die weitergehenden (!) Forderungen nach Schaffung des Amtes eines UN-Hochkommissars für die Menschenrechte und Gründung eines Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte aus.

Konventionen gegen die Folter

Während die Bundesregierung in ihren Stellungnahmen unablässig betont, sie werde "alle wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Folter unterstützen" (Außenminister Genscher) und sich "für alle wirksamen Maßnahmen zur Bekämpfung der Folter einsetzen" (Justizminister Engelhard), so ist sie in ihren Taten mehr als zurückhaltend. Und das auf einem - man sollte meinen - eher unstrittigen Gebiet: Der internationalen Ächtung der Folter.

Zuständig für die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung ist seit 1976 die Ministerialdirigentin im Bundesjustizministerium, Irene Maier. Sie ist kein Kind der Wenderegierung, sondern ihres Ziehvaters Gerhard Jahn. Sie hat es verstanden, über die Jahre immer wieder Menschenrechtsinitiativen mit rechtstechnischen Argumentationsfiguren abzublokken, zu verwässern oder zumindest zu verzögern.

Und das geht so:

In internationalen Menschenrechtsgremien werden z. Z. zwei Konventionen gegen die Folter beraten: die 'UN-Konvention gegen Folter' (offizieller Titel: Entwurf einer Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe) im Rahmen der Vereinten Nationen und die 'Europäische Konvention gegen die Folter' (genaue Bezeichnung: Entwurf eines Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Häftlingen vor Folter und vor Bestrafung) im Rahmen des Europarates.

Der Entwurf einer UN-Konvention gegen die Folter wurde nach mehrjährigen Beratungen einer von der UN-Menschenrechtskommission eingesetzten Arbeitsgruppe in diesem Jahr der Generalversammluing der Vereinten Nationen vorgelegt, die mit der Beschlußfassung im Dezember beginnen wird. Nach der Verabschiedung wird sie zur Unterzeichnung und Ratifizierung durch alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ausgelegt werden.

Der Entwurf enthält in Art. 1 einen völlig unzureichenden Folter-Begriff: Nicht unter Folter fallen nämlich "Schmerzen oder Leiden, die sich aus gesetzlich zulässigen Zwangsmaßnahmen ergeben, diesen anhaften oder als deren Nebenwirkung auftreten". Damit zählen körperliche Strafen wie das Auspeitschen oder die Amputation von Gliedmaßen, wie sie in islamischen Ländern teilweise dem Gesetz entsprechen, nicht mehr zur Folter.Darüberhinaus gibt die Bestimmung den Staaten zumindest die theoretische Möglichkeit, bestimmte körperliche und psychische Eingriffe aus dem Anwendungsbereich der Konvention herauszunehmen, in dem diese auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Zudem enthält der Entwurf der UN-Konvention keinerlei Mechanismen zur Überprüfung und Durchsetzung des Folterverbots.

Anders der Entwurf der Europäischen Konvention gegen die Folter: Erstmalig wird in einem internationalen Abkommen vorgesehen, daß die Einhaltung von Bestimmungen zum Schutz der Menschenrechte durch Besuche in Haftzentren überwacht werden kann. Es soll eine Kommission gebildet werden, deren fünf Mitglieder von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates gewählt und in ihrer persönlichen Eigenschaft tätig werden. Diese Kommission soll die Möglichkeit haben, in einem Vertragsstaat zu jeder Zeit und ohne Voranzeige Gefängnisse und andere Haftorte aufzusuchen und mit den dort befindlichen Personen ohne Zeugen zu sprechen. Die Delegierten sind beauftragt zu prüfen, ob die festgehaltenen Personen gemäß Art. 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention behandelt und somit weder der Folter noch unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung unterworfen werden. Falls nötig, können die Deligierten den zuständigen Behörden ihre Beobachtungen und Empfehlungen auf der Stelle mitteilen.

Im September 1983 empfahl die Parlamentarische Versammlung des Europarates dem Ministerkomitee, sich mit dem Entwurf einer Europäischen Konvention gegen die Folter zu befassen. Das Ministerkomitee beauftragte den Lenkungsausschuß für Menschenrechtsfragen, das Projekt zu prüfen und einen Bericht vorzulegen. Die Bundesrepublik wird im Lenkungsausschuß vertreten durch Ministe-



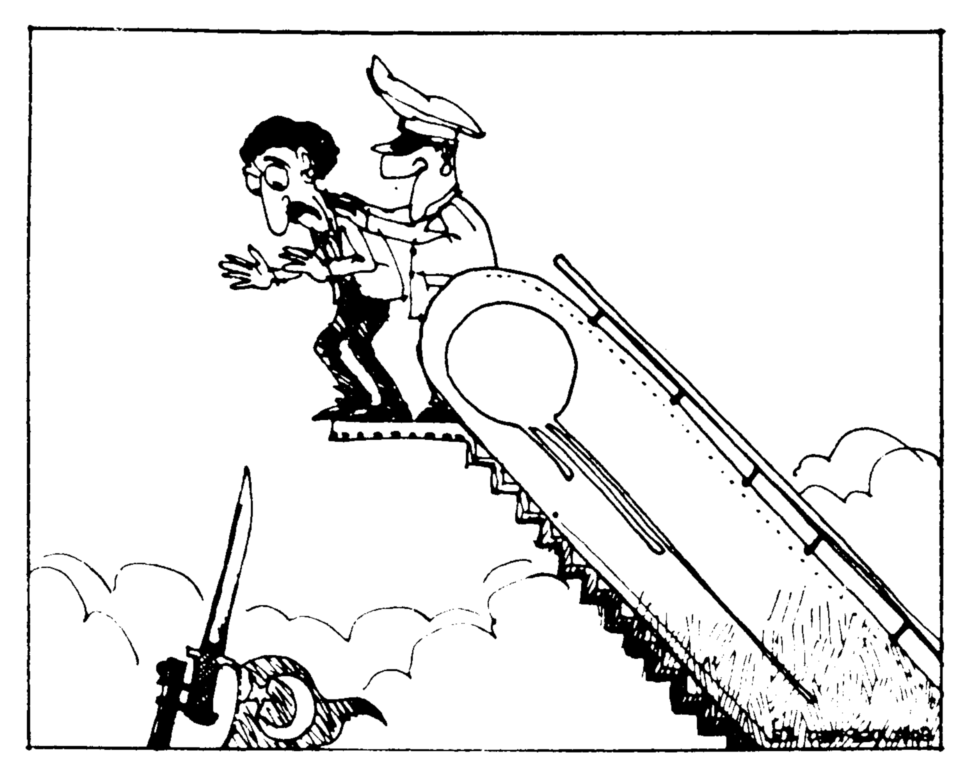


KURDISTAN INFO 2
September 84

Berichte und Hintergrundinformationen

Hrsg.:Kurdistan-Komitee West-Berlin
25 Seiten DIN A5, kartoniert
Preis: 2,50 DM

Vertrieb:
Das Arabische Buch, Wundtstr. 15, 1 Berlin 19



„...und guten Flug in die Heimat!“

rialdirigentin Irene Maier, die gleichzeitig Vizepräsidentin dieses Gremiums ist.

Wie nun sehen die Reaktionen der Bundesrepublik auf den europäischen Konventionsentwurf aus? Es werden im wesentlichen zwei Einwände gegen die Europoäische Konvention erhoben:

Die Bundesregierung vertritt die Ansicht, daß zunächst die Konvention gegen die Folter der Vereinten Nationen abgewartet werden solle, bevor eine 'Europäische Konvention gegen die Folter' in Kraft gesetzt wird. Die UN-Konvention solle also Vorrang haben gegenüber der europäischen Initiative. Erinnern wir uns: Die Bundesregierung hat bisher die Ratifizierung des Fakultativprotokolls zum UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit eben der Begründung abgelehnt, es könne zu Überschneidungen mit dem Beschwerdesystem nach der Europäischen Menschenrechtskonvention kommen und diesem gebühre der Vorrang. Erinnern wir uns ferner daran, daß die geplante UN-Konvention gegen die Folter eine einengende Folterdefinition und - im Gegensatz zur Europäischen Konvention - keinerlei Durchsetzungsmechanismus enthält.

Die Bundesregierung ist auf einen weiteren Einwand verfallen: Sie trägt nun vor, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Zuständigkeit für Gefängnisse und andere Haftstätten weitgehend bei den einzelnen Bundesländern liege, ohne deren Mitwirkung und Zustimmung eine solche Konvention nicht verabschiedet werden könne. Das Bundesjustizministerium hat daher den Konventionsentwurf den einzelnen Bundesländern mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Gleichzeitig wurden auch die Bundesministerien des Innern, Jugend, Familie und Gesundheit sowie der Verteidigung (!) zur Stellungnahme aufgefordert. Die Stellungsnahmen fallen aus wie erwartet. Der Strafvollzugsausschuß der Länder hat im Mai 1984 in dieser Angelegenheit folgenden Beschluß gefaßt:

"Der Strafvollzugsausschuß der Länder hält im Hinblick auf die in den Justizvollzugsanstalten der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Verhältnisse und wegen der dort bereits gegebenen zahlreichen Rechtsbehelfe und sonstigen Kontrollmöglichkeiten ein Europäisches Übereinkommen über den Schutz von Häftlingen vor Folter...nicht für erforderlich. (...)"

Soweit inzwischen bekannt, haben mit Ausnahme von Bremen, Hamburg und Hessen alle Bundesländer den Entwurf abgelehnt. Einzelheiten der Begründung sind nicht an die Öffentlichkeit gelangt. Vielleicht gelingt es durch Anfragen in den Länderparlamenten (so geschehen in Schleswig-Holstein und Berlin), ein wenig Licht auf diese Abblockstrategie der Wenderegierung zu werfen. Hilfreich ist auch ein Antrag, der von Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN im Oktober im Deutschen Bundestag eingebracht wurde. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates einhellig beschlossenen Konvention gegen die Folter zuzustimmen.

Wie die Sache ausgeht, bleibt abzuwarten. Aber viele Fragen liegen auf dem Tisch: Warum versucht die Bundesregierung die Verabschiedung der Europäischen Konvention gegen die Folter mit verschiedenen Argumentationen zu verhindern oder zu verzögern? Ist es allein die Rücksichtnahme auf den NATO-Partner Türkei? Oder ist es auch die Befürchtung, die Untersuchungskommission könnte Interesse an den Zuständen in deutschen Haftanstalten entwickeln, etwa in den Hochsicherheitsbereichen oder Abschiebegefängnissen? Nochmals Irene Maier (Originalton): Es sind "gerade die Staaten, die es angeht und die dieses bestehende Folterverbot nicht achten, (die) in aller Regel auch nicht bereit sind, neue Konventionen auf diesem Gebiet zu ratifizieren oder Kontrollen in ihrem Hoheitsgebiet zuzulassen."

Während die Europoäische Konvention mit ihrem Kontrollmechanismus abgelehnt wird, ist inzwischen sogar fraglich, ob der UN-Konvention zugestimmt wird. Denn Bundesinnenminister Zimmermann hat auch da ein Problem entdeckt: Art. 3 des Konventionsentwurfs verbietet nämlich, daß Vertragsstaaten Personen in ein Land zurückschicken, in dem ihnen nachweislich Folter droht. Für Zimmermann ein weiteres "Schlupfloch für Scheinasylanten."

Karsten Lüthke

„Die USA haben in Zentralamerika eine Abschreckungsoption“

Auszüge aus dem Bundestagsprotokoll zur aktuellen Stunde „Interventionsdrohung der USA gegenüber Nicaragua”

Frau Gottwald (GRÜNE): Guten Morgen! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 12. November verkündete US-Außenminister Shultz, daß ein militärisches **Eingreifen der USA** im Stile der Invasion in Grenada in Nicaragua nicht auszuschließen sei. Dies ist eine gezielte öffentliche indirekte Kriegserklärung der USA an Nicaragua; denn vorausgegangen waren gezielte Falschmeldungen über angebliche Lieferungen von MiG an Nicaragua, die die **militärischen Vorbereitungen,** die für eine Invasion getroffen wurden, legitimieren sollten.

Harte Facts sind folgende: Zum jetzigen Zeitpunkt ist Nicaragua von US-amerikanischen Kriegsflotten eingekreist. US-Schiffe dringen in nicaraguanische Hoheitsgewässer ein. In Honduras und Panama stehen US-Luft- und Landeeinheiten in Alarmbereitschaft. Im karabischen Meer finden Großmanöver statt, an denen bundesdeutsche Kriegsschiffe teilnehmen. Das Szenarium ist völlig eindeutig: Die USA treffen Vorbereitungen für eine direkte Invasion in Mittelamerika.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Im Gegensatz zum Überfall auf Grenada kann sich diesmal die Bundesregierung nicht mit der Behauptung herausreden, sie hätte von all dem nichts gewußt, da man sie nicht konsultiert hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Lage ist für jeden einsehbar, wenn man sehen will, und die US-Regierung selbst hat die Kriegsandrohung gegen Nicaragua ausgesprochen.

Wie man am **Verhalten der Bundesregierung** und ihrer Parteien sehen kann, sind sie diesmal vorher konsultiert worden. Seit Monaten beteiligen Sie sich aktiver denn je an der Lügenpropaganda gegen Nicaragua: die Lügen, die Sie hier auch über die Wahlen verbreitet haben, die Sie schon vorab als Farce bezeichnet haben, obwohl sie im Gegensatz zu denen in El Salvador keine Farce waren, die Ammenmärchen über den Aufbau eines kommunistischen Bollwerks in Nicaragua usw. Sie stellen bewußt die Tatsachen auf den Kopf, wenn Sie behaupten, Nicaragua destabilisiere die Region. Die USA destabilisieren die Region, und Nicaragua wird bedroht, nicht umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe, wenn Sie diese Propaganda verbreiten, oft den Eindruck, daß Sie einer ideologischen Kampfgruppe angehören, die den Auftrag erhalten hat, in Europa das geistige Umfeld für die Legitimierung einer Invasion in Nicaragua aufzubauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann beobachten, daß mit der Zunahme der militärischen Eskalation und der Drohgebärden Ihres Waffenbruders USA hier eine Zunahme der Hetze gegen Nicaragua stattfindet, und dies mit den abenteuerlichsten Behauptungen.

Vorgestern mußte ich mir von einem Vertreter der Bundesregierung im Auswärtigen Ausschuß erklären lassen, daß die USA in Zentralamerika das Recht auf eine **Abschreckungsoption** hätten.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Wahnsinn! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Solche Thesen widersprechen nicht nur dem Anliegen der Contadora-Gruppe, eine solche Politik bereitet direkt eine Invasion in Nicaragua mit vor.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Abschreckungsoption — das heißt, aktive Vorbereitungen im Hinblick auf einen Krieg zu legitimieren. Sie geben den USA eine Option für eine Abschrekkung in Form eines Krieges — den die USA gerade vorbereiten —, und dies, obwohl sie nicht bedroht werden. Viele von Ihnen unterstützen diese Anliegen nach Leibeskräften.

Nun sagen die Koalition und die Regierung, daß sie keinen Krieg in Nicaragua oder Zentralamerika wollen. Das glaube ich auch, obwohl sie sich entgegengesetzt engagieren. Ich sage Ihnen jetzt auch, warum Sie keinen Krieg in Nicaragua wollen. Was Sie im Angriff der zentralen NATO-Streitkraft USA gegen Nicaragua beunruhigt, ist, daß die **NATO** und ihre weltweite Politik in Verruf und Mißkredit geraten könnten. Es ist Ihnen doch egal, was in Nicaragua passiert oder was damals in Grenada passiert ist. Was Sie beunruhigt — das sagen Sie auch —, ist, daß durch solche Attacken der USA das gesamte westliche Wertesystem, das die NATO repräsentiert, in Verruf geraten könnte.

Ich sage Ihnen — ich möchte das ganz besonders auch den Bündnisfreunden von den Sozialdemokraten sagen: Das, was die USA jetzt an Kriegspolitik in Zentralamerika demonstrieren, das ist das westliche Wertesystem, das die NATO repräsentiert.

(Beifall bei den GRÜNEN — Zurufe von der SPD — Dr. Vogel [SPD]: Na, na, langsam!)

Es geht nicht um Souveränität und Völkerrecht, es geht nicht um Freiheit und Demokratie, es geht einzig und allein um die Machtausweitung von **Einflußsphären** des Westens im Kampf gegen den Osten, wobei offensichtlich auch Angriffskriege legitim sind, solange Sie glaubhaft machen können, es seien Verteidigungskriege. Diese Politik des legendären freien Westens und seines Militärbündnisses hat Mittelamerika zum Kampfschauplatz des Ost-West-Konflikts gemacht. Der freie Westen trägt für diesen Krieg und jede weitere Eskalation die Verantwortung.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Die Kom-

munisten sind die armen Opfer!)

Sie tragen auch die Verantwortung dafür, wenn aus diesem Krieg

(Klein [München] [CDU/CSU]: Die Bolschewiken sind die armen Opfer!)

durch die USA in Nicaragua, diesem Spiel mit dem Feuer ein Krieg wird, der hier für uns alle Konsequenzen hat.

Dr. Marx (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der CDU/CSU wird jedem Versuch widerstehen, die sandinistische antiamerikanische Hysterie, die wir Abend für Abend — und eben noch einmal erleben, in diesen Saal schleppen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Frau Gottwald [GRÜNE]: Nur ein toter Kommunist ist ein guter Kommunist!)

Wir beteiligen uns nicht an dieser **Haßkampagne.** Wir glauben nicht daran, daß eine US-amerikanische Invasion oder Intervention bevorsteht, ebensowenig, Frau Gottwald, wie wir dies im Winter, im Frühjahr, im Sommer oder als Herr Ortega gesagt hat, die Invasion werde am 15. Oktober des letzten Jahres entstehen, geglaubt haben.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Wie es in Grenada passiert ist!)

Auch da haben wir nicht daran geglaubt. All dieser prophetische Quatsch war eben Quatsch.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Der Weinberger sagt aber etwas anderes!)

Und, Frau Gottwald, Sie unterlassen es hier bitte künftig, noch einmal aus dem **Auswärtigen Ausschuß** zu zitieren. Wir haben in den letzten Tagen ohnehin schlimme Beweise für den **Bruch von Vertrauen** auch aus dem Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle.

(Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Das war doch hochinteressant!)

Der Sache werden wir nachgehen und Ihnen nicht erlauben, das Vertrauen des Hauses, das wir alle vereinbart haben, zu brechen. Damit das klar ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Fischer [Frankfurt] [GRÜNE]: Sie sind mir so ein Vorsitzender! — Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Sie können unter dem Schutz des Ausschusses reden, was Sie wollen!)

Wir stellen auch klar, daß wir uns nicht als ein dummer Partner einer Desinformationskampagne sondersgleichen mißbrauchen lassen. Wir treten ein für eine friedliche Verständigung, für sozialen Ausgleich in Zentralamerika. Wir verstehen aber auch die Sorge unseres amerikanischen Bündnispartners, daß ein zweiter Stützpunkt der UdSSR in seiner unmittelbaren Nachbarschaft errichtet werden könnte. Wir vertreten unsere Interessen,

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Das ist es, was ich meine!)

und die lauten: Wir wollen das arg gestörte **Gleichgewicht in der zentralamerikanischen Region** wiederherstellen und dazu mithelfen, daß die Abrüstung fortgeführt wird. Wir wollen, daß der Abzug sowjetischen und kubanischen Personals erreicht wird, und wir wollen alle Versuche abwehren, daß die Nachbarländer Nicaraguas, nämlich Honduras, El Salvador und Costa Rica für eine proletarische Revolution sturmreif gemacht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich nehme wegen der Kürze der Zeit nur noch zu einer einzigen Frage Stellung. Sie lautet: Waren die **Wahlen vom 4. November in Nicaragua** freie Wahlen? Meine Antwort ist: Nein, sie waren es nicht. Es war keine freie Wahl, keine demokratische, keine faire Wahl.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Herr Marx, Sie sind kein freier Mensch! — Dr. Müller [CDU/CSU]: Für Frau Gottwald sind freie Wahlen sowieso uninteressant!)

Es war in der Tat eine Wahlfarce. Ich begründe das.

Als die Revolution gegen das Somoza-Regime durchgeführt wurde

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sagen Sie etwas zu den Wahlen in El Salvador!)

— die übrigens, was auch oft unterschlagen wird, in der Endphase mit starker Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika vollzogen wurde —, haben die sandinistischen Führer sehr rasch begonnen, eine Diktatur durch ihre eigene ersetzen zu wollen. Sie haben rasch Lehrer, sandinistische Polizisten, Geheimdienstleute, Soldaten, Spezialisten und politische Führungskader zur Ausbildung nach Kuba und in die Sowjetunion geschickt.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

— Herr Präsident, ich muß ein wenig näher ans Mikrophon treten, um mir das Wort zu verschaffen, das mir erteilt ist, um mich gegen diese unqualifizierten Zwischenrufe zur Wehr zu setzen.

(Zurufe von den GRÜNEN sowie des Abg. Duve [SPD])

Meine Damen und Herren, vor der Wahl sind die Voraussetzungen für freie Wahlen zerstört worden.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Sagen Sie etwas zu den Wahlen in El Salvador!)

Die demokratischen Parteien sind eingeengt worden. Man hat sie am Ende verboten. Man hat die Presse unterdrückt. Man hat die Kirche unterdrückt.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Was ist mit Wahlen in der Türkei?)

Man hat alle freie Diskussion mehr und mehr abgewürgt. Deshalb gab es am Ende zwar keine Wahlurnen mit doppeltem Boden, aber es gab keine freie, allgemeine und faire Wahl.

(Frau Gottwald [GRÜNE]: Eine Lüge ist das, Herr Marx!)

Das möchte ich gerne festhalten und als Zeugen dafür nur zwei Zitate bringen. Frau Gottwald, Sie waren dabei, als Herr Borge, der Kommandant und Innenminister, uns in seinem Büro gesagt hat: Wir werden die Wahlen doch nicht dafür durchführen, um unsere eigene Macht in Frage stellen zu lassen. Herr Bayardo Arce, ein anderer der Commandantes, sagte — damit schließe ich — mit allem Zynismus: „Wir nützen ein von der Bourgeoisie gefordertes Instrument, um die internationale Bourgeoisie zu entwaffnen und unsere eigenen strategischen Ziele zu verfolgen. Dies wird — so sagt er — der erste Fall eines Aufbaus des Sozialismus mit kapitalistischen

Dollars werden." Das ist gemeint. Dafür stehen Sie offenbar ein. Wir, die CDU/CSU, nicht.

Wischnewski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich darum bemühen, meinen Beitrag so zu gestalten, wie es dem Ernst der Lage in Zentralamerika entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Die **Lage in Zentralamerika** spitzt sich von Tag zu Tag zu. Die Situation wird täglich gefährlicher. Unsere Zeitungen berichten täglich darüber, ausführlich übrigens auch die **Zeitungen** in den Vereinigten Staaten. Erfreulicherweise, Herr Kollege Dr. Marx, vertritt ein erheblicher Teil der Zeitungen in den Vereinigten Staaten eine völlig andere Auffassung als Sie. Das ist wenigstens ein Lichtblick.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Klein [München] [CDU/CSU]: Die „TAZ" auch!)

Seit längerer Zeit finanzieren die **Vereinigten Staaten** aus ihrem Haushalt einen **Krieg gegen Nicaragua.**

(Duve [SPD]: Sehr richtig!)

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen im Parlament der Vereinigten Staaten dankbar, die das nicht mittragen

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

und die von Zeit zu Zeit dazu beigetragen haben, daß die Politik, die Sie hier eben verteidigt haben, keine Mehrheit findet. Die Häfen in Nicaragua sind mit Hilfe der Vereinigten Staaten völkerrechtswidrig vermint worden.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Deshalb kommen alle sowjetischen Schiffe an! — Klein [München] [CDU/CSU]: Reden Sie über kubanische, über sowjetische und über DDR-Hilfe!)

— Dazu werde ich Ihnen gleich etwas sagen.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Sind die USA Ihr Hauptangriffsziel, Herr Wischnewski?)

Vom CIA werden Broschüren verbreitet mit der Anweisung über Terror und Mord, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Die einen schreiben Bücher, die anderen morden! — Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ein deutscher Arzt ist dem Mord zum Opfer gefallen und in den letzten Tagen der Postminister des Landes, der seine Ausbildung in der Bundesrepublik gehabt hat.

(Dr. Müller [CDU/CSU]: Beim Spartakus! Das müssen Sie dazusagen! Das sagt er nicht dazu, daß der dort ausgebildet wurde!)

Seit der Wahlnacht in den Vereinigten Staaten nimmt das alles in verstärktem Maße zu. Täglich überfliegen Militärflugzeuge der Vereinigten Staaten dieses Land, und über der Hauptstadt gibt es Überschallknall, um die Bevölkerung zu beeinträchtigen.

(Klein [München] [CDU/CSU]: Nur weiter so! Hauptsache, es geht gegen die USA! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Kriegsschiffe der Vereinigten Staaten dringen in den Hoheitsraum von Nicaragua ein. Im Nachbarstaat Honduras sind Fallschirmjäger gelandet. Der Verteidigungsminister Caspar Weinberger sagt in „Meet the Press": Die Vereinigten Staaten sind auf allerlei Situationen vorbereitet.

(Dr. Marx [CDU/CSU]: Zitieren Sie einmal Ortega, was der sagt! — Klein [München] [CDU/CSU]: Fragen Sie einmal das costaricanische Parteivolk, was der sagt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU — Gegenrufe von den GRÜNEN)

Tagelang hat man uns erzählt, da würden MiG-Jäger ausgeladen. In der Zwischenzeit weiß jeder, das das nicht den Tatsachen entspricht.

(Verheyen [Bielefeld] [GRÜNE]: Reine Propaganda!)

Alle diese Handlungsweisen der Vereinigten Staaten sind wider das **Völkerrecht.**

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Alle diese Handlungsweisen der Vereinigten Staaten sind gegen den Geist von **Contadora.**

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Zuruf des Abg. Klein [München] [CDU/CSU] — Dr. Vogel [SPD]: Dieser Schreier! Unangemessen! — Klein [München] [CDU/CSU]: Das bestimmen doch nicht Sie, Herr Vogel! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Alle diese Handlungsweisen sind wider den Geist der europäischen **Konferenz von San José,** um zum Frieden beizutragen. Das wollten die Europäer.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Dr. Marx [CDU/CSU]: Gucken Sie sich einmal die Aufrüstung von Nicaragua an! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie hier Zwischenrufe in bezug auf die **Sowjetunion** machen, dann muß ich ganz ehrlich sagen: Ich bedauere sehr, daß Sie den wichtigsten Bündnispartner in unserem Bündnis mit der Sowjetunion vergleichen. Diese Haltung, die Sie hier einnehmen, ist unmöglich.

(Beifall bei der SPD — Dr. Marx [CDU/CSU]: Das waren wir doch nicht! Sie haben das doch mit Afghanistan verglichen! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Zynisch!)

In dieser Stunde möchte ich folgende Forderungen erheben: Erstens. Wir fordern von der Bundesregierung, daß in den Gremien unseres Bündnisses

(Klein [München] [CDU/CSU]: Billige Dialektik!)

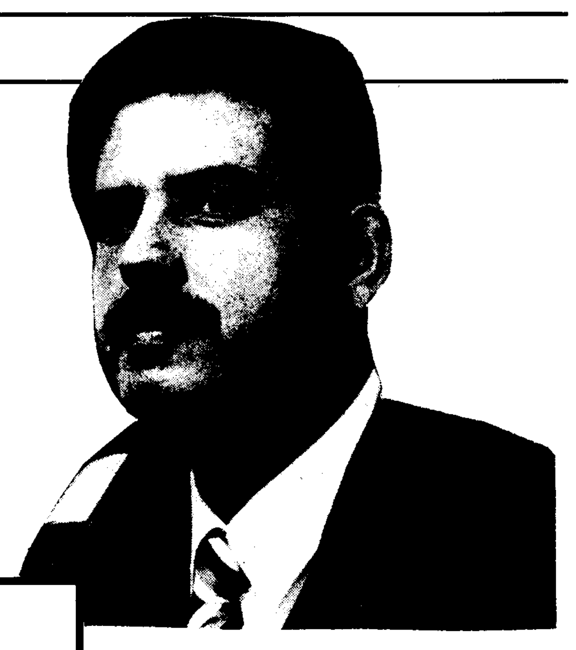
und in der Europäischen Gemeinschaft sofort über Zentralamerika geredet wird.

Präsident Dr. Jenninger: Herr Abgeordneter Wischnewski, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

(Dr. Müller [CDU/CSU]: Gott sei Dank!)

Nicaragua

„Lüge, Lüge, Lüge..."



Rede von Enrique Schmidt — Cuadra auf dem SPD-Bundesparteitag

Unser Freund und Companero

Enrique Schmidt Cuadra

ist tot. Er fiel im Kampf gegen eine Gruppe von Contras, die im Gebiet der Atlantikküste Terror verbreiteten und kurz zuvor ein Massaker an einer Gruppe von Kindern begangen hatte. Enrique befehligte das Bataillon „Pablo Ubeda", das die Verfolgung der Mörder aufgenommen hatte.

Wir kannten Enrique schon seit seinem Studium in Deutschland, vielen von uns war er ein Freund und Gefährte. Nach seinem Studium war er Mitte des vergangenen Jahrzehnts in das Nicaragua Somozas zurückgekehrt, um am Kampf gegen die Diktatur teilzunehmen. Er wurde verhaftet und eingekerkert.

Nach seiner Freilassung kehrte er in die Bundesrepublik Deutschland zurück und schloß sein Studium in Bremen und Köln ab. Am Aufbau der Solidaritätsbewegung hat er maßgeblichen Anteil gehabt.

Noch vor dem 19. Juli 1979 kehrte er nach Zentralamerika zurück, um in der Endphase des Befreiungskrieges teilzunehmen. Nach dem Sieg arbeitete er zuletzt als Minister für das Kommunikationswesen (Telecor). Erwar eine der großen politischen Hoffnungen des nicaraguanischen Volkes.

Immer wieder besuchte Enrique die Bundesrepublik, und er war für uns viele mit Nicaragua solidarische Gruppen ein kluger und selbstkritischer Gesprächspartner.

Wir trauern um unseren Freund Enrique Schmidt. Und wir wissen, daß, auch wenn er der einzige seiner Truppe war, der bei dem Gefecht sterben mußte, sein Tod stellvertretend steht für viele Tote, viele Männer und Frauen, die bei der Verteidigung der nicaraguanischen Revolution, bei der Verteidigung ihrer neuerlangten Würde ihr Leben opfern.

Wir wissen auch, daß die eigentlich Verantwortlichen für den Tod Enriques in Washington sitzen und ihre Verbündeten in Bonn haben. Sie wollen nicht zulassen, daß der Mensch dem Menschen ein Bruder wird im Gedenken an Enrique und alle Toten dieses Krieges wollen wir dafür Kämpfen.

Informationsbüro Nicaragu e. V.
Sozialistische Jugend Deutschlands — Die Falken (Bundesvorstand)
Allgemeiner Studenten-Ausschuß der Universität zu Köln
Allgemeiner Studenten-Ausschuß der Universität Bremen
Allgemeiner Studenten-Ausschuß der Hochschule Bremen
Informationsstelle El Salvador e. V.
Christliche Initiative El Salvadoe e. V.
Referenten des Allgemeinen Studenten-Ausschusses der westfälischen Wilhelmsuniversität Münster
Peter Hammer Verlag
Das Hamburger Fórum
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften, Landesverband Berlin

Wir bitten um Spenden für die Fortsetzung von Enriques Arbeit, dem Bau eines integrierten Kommunikationsnetzes von der Atlantikküste zur Pazifikküste: Informationsbüro Nicaragua e. V., Konto 976 738, Stadtsparkasse Wuppertal (Stichwort „Telecor"

Enrique Schmidt-Cuadra, Nicaragua:
Lieber Genosse Willy! Liebe Freunde des Vorstandes!Liebe Genossinnen und Genossen! Zunächst möchte ich euch alle herzlich begrüßen. Ich möchte mit meiner Anwesenheit und meinen Worten einer Partei den Dank aussprechen, die sich konsequent für die gerechte Sache unseres Volkes eingesetzt hat, und unsere Anerkennung für diese Haltung, das Recht auf Selbstbestimmung und Souveränität zu verteidigen.

Ich möchte, daß ihr mich kurz auf die Situation unseres Landes eingehen last, einmal, weil ich glaube, daß es richtig ist, daß ihr euch weiterhin für diese Sache einsetzt und weil ich zweitens der Meinung bin, daß man normalerweise weiß, wo ein Konflikt anfängt, aber nicht, wo er enden kann.

Da ihr jetzt über die Medienpolitik sprecht, halten wir es für unsere Aufgabe, gerade diesem Bild, was man in letzter Zeit von unserem Land gezeichnet hat, entgegenzuarbeiten. Es macht den Eindruck, als ob manche Medien nach dem faschistischen Motto handeln: Lüge,Lüge,Lüge, es bleibt auf jeden Fall etwas hängen! Wir wollen euch mit unserer Argumentation Elemente an die Hand geben, damit die wahre Lage unseres Volkes verstanden wird.

Wir brauchen euch nicht zu überzeugen, daß es sich in Mittelamerika nicht um die Austragung des Ost-West-Konflikt handelt. Sogar der ehemalige Präsident Richard Nixon hat gesagt, daß es sich in Mittelamerika um soziale Probleme handelt. Mehr noch, das, was in Mittelamerika passiert, ist die Folge der Unterdrükkung, ist die Folge der Repression und ist auch die Folge der historischen, permanenten Hegemoniepolitik der USA.

Man sagt, daß wir eine Gefahr für die nationale Sicherheit der USA seien. Womit sind wir denn eine Gefahr? Wir

haben keine ausländischen Truppen, wir haben keine ausländische Militärbasis, wir haben keine Seestreitkräfte, wir haben keine Luftwaffe. Ein strategischer Bomber B 1 kostet 56mal mehr, als unser Nationalhaushalt ausmacht. Wir haben keinen militärischen Pakt. Pardon, wir haben einen militärischen Pakt, und zwar mit den USA im Rahmen der Organisation amerikanischer Staaten, der besagt, daß die USA bereit sind, unser Land zu verteidigen, wenn irgendwelche Aggression von außen kommt. Das klingt wie eine Ironie.

Wir können euch, Genossinnen und Genossen, versichern, daß wir keine Invasionspläne gegen die USA gemacht haben.

Seitdem die Sandinisten an der Regierung sind, sind wir an allem schuld. Wir sind schuld an den Guerillas in Guatemala, wir sind schuld an den Guerillas in El Salvador, an den Streiks in Costa Rica, an den sozialen Unruhen in Honduras. Ich habe vor kurzem gehört, daß auch in der Türkei irgend etwas passiert ist. Da sind auch die Sandinisten schuld. Auch in Spanien wurde gesagt, daß die Sandinisten irgend etwas Obskures gemacht haben. Ich hoffe, daß Sie nicht, weil sich jetzt einige von uns in der Bundesrepublik aufhalten, sagen, daß wir auch mit dem Streik der IG Metall etwas zu tun haben.

Wir haben damit nichts zu tun. Was wir aber haben, das ist unsere tiefe brüderliche und bedingungslose Solidarität mit den IG Metallern.

Wir wünschen ihnen viel Glüück. Wir wissen, daß sie sich durchkämpfen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden in Nicaragua in absehbarer Zeit Wahlen abhalten. Wir haben damals, nach unserer Revolution, diese Wahlen nicht sofort gemacht, weil ja unbestritten war, daß diese Revolution die Unterstützung des Volkes genoß. Wir wollten uns eine notwendige Atempause lassen, um die ganz elementaren Probleme anzugehen, die ja in Nicaragua so kritisch waren: das somozische Erbe, das Erdbeben, das die Hauptstadt zerstört hat, die internationale Rezession und dann der Krieg.

Aber wie es immer so ist: Herr Reagan hat mit uns keine Geduld; aber die USA haben 50 Jahre lang Geduld mit Somoza gehabt.

Man hat immer wieder verlangt, daß wir die Wahlen machen. Wir werden jetzt die Wahlen machen. Ihr wißt, daß wir im Moment in Nicaragua den Notstand haben. Ich darf vielleicht noch einige Worte dazu sagen, damit ihr euch im klaren darüber seid, was in Nicaragua heute tatsächlich geschieht.

Ich erinnere mich: Als ich vor anderthalb Jahren hier war, sagte ich,daß die Konterrevolutionäre von der CIA unterstützt würden. Da wollten einige das nicht glauben. Aber das ist ja kein Geheimnis mehr. Jetzt werden diese unterstützungen im Repräsentantenhaus der USA öffentlich diskutiert. Man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet, darüber zu diskutieren, wie man ein Volk massakriert.

Wir werden von Nachbarländern, die diplomatische Beziehungen mit Nicaragua haben, angegriffen. Von dort kommen Fluzeuge, die unsere Städte bombardieren. Von dort kommen Schiffe, die unsere Öllager und Kraftwerke bombardieren. Tausende von Konterrevolutionären sind dort von den USA unterstützt, organisiert,ausgebildet und bewaffnet worden.

Es gibt Krieg in Nicaragua. Das muß klar sein. Und damit ihr euch eine kleine Idee macht, was das bedeutet, stellt euch einmal einen Moment vor, irgendeine europäische Regierung würde in ihrem Parlament über die Mittel diskutieren, die sie bereitstellen will für eine faschistische Bande, die hier in der Bundesrepublik agieren soll. Und noch mehr: 10 000 Konterrevolutionäre in Nicaragua entspre-

SOLIDARITÄTSSCHIFFE NACH NICARAGUA

Die Destabilisierungs- und Aggressionspolitik der US-Regierung gegenüber Nicaragua ist bekannt und braucht hier nicht noch einmal ausführlich dargestellt zu werden. Als kurze Beispiele genügen die Verminung nicaraguanischer Häfen in den Monaten Januar bis April 1984, das "Einüben" einer Seeblockade Nicaraguas durch US-Schiffe unter Beteiligung atomgetriebener Flugzeugträger und die Drohung mit einer direkten US-Invasion im Stil der Besetzung Grenadas.

Angesichts dieser zunehmenden Bedrohung Nicaraguas und der Tatsache, daß gerade die NATO-Führungsmacht USA (und damit indirekt die NATO) der Aggressor ist, erscheint uns ein gemeinsames westeuropäisches Bündnis aus verschiedenen Solidaritätsgruppen, Vertretern von Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen notwendig, um von Europa aus einen Gegenpol gegen die kriegstreiberische US-Politik in Mittelamerika zu setzen.

Angesichts der drohenden Seeblockade Nicaraguas durch die USA erscheint uns eine gemeinsame Kampagne unter dem Aufruf:

Solidaritäts-Schiffe nach Nicaragua

deshalb als besonders sinnvoll, weil:

erstens aufgrund des symbolischen Wertes eines solchen Schiffes eine breite Öffentlichkeit gewährleistet werden könnte, weil

zweitens mit dem Schiff sinnvolle und praktische Gebrauchsgüter als materielle Unterstützung und Solidarität nach Nicaragua verschifft werden könnten, und weil

drittens ein solches Schiff im Falle einer Seeblockade mit Abgeordneten des Europaparlamentes und anderen Personen des öffentlichen Lebens fahren und so die Weltöffentlichkeit auf die Aktion aufmerksam machen können. In diesem Fall sollte das Schiff symbolisch die Blockade brechen.

Eine ganze Reihe von Gruppen und Organisationen haben bereits zugesagt, diese Aktion mitzutragen.

Konkret haben wir zur Vorbereitung dieser Kampagne verschiedenste Kontakte in Westeuropa aufgenommen, inzwischen wird die Idee in den Gruppen und Organisationen vordiskutiert und es wird bereits an der Lösung praktischer Fragen gearbeitet (Lagermöglichkeiten von Gütern, Finanzierungsfragen etc.). Das Schiff sollte möglichst, um den europäischen Rahmen dieser Initiative zu unterstreichen, in verschiedenen europäischen Ländern Station machen und jeweils Hilfsgüter (Transportmittel, Maschinen etc..) zuladen.

Zur Koordination haben wir bisher drei Kontaktbüros vereinbart:

1. Kontaktbüro für die europäische Koordination:
Paul Staes / Regenbogenfraktion; Raum 356, z. Hd. Wolly Weyns, Beliardstraat 97-113, b-1040 Bruxelles; Tel. 00 32-2-2 34-23 56

2. Krisenstab Nicaragua/Zentralamerika der GRÜNEN:
Johen Hippler, Bundeshaus HT 217, 53 Bonn, Tel. 0228/16 74 13

Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal,
Michael Roeder, Tel. 0202/76 05 27 (insbesondere für die Erstellung von Materiallisten u. ä. zuständig)

Spenden an:
Informationsbüro Nicaragua e. V.
Stichwort: Schiff für Nicaragua
Katernberger Schulweg 123
D - 5600 Wuppertal 1

Tel. 02 02-76 05 27
Telex: 8 591 746 nica d

Konto: 976738
Stadtsparkasse Wuppertal
BLZ: 330 500 00

Michael Roeder
Jochen Hippler
Wilfried Telkämper

chen, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gesehen, 250 000 Mann in der Bundesrepublik, bewaffnet von der CIA. Die stehen an unseren Grenzen. Und die 2000 Toten, die wir jährlich gehabt haben, entsprechen ungefähr 40 000 Toten in der Bundesrepublik.

Ich kann mich errinnern — ich war damals eine Zeitlang hier —, wie es war, als jene terroristische Gruppe hier in der Bundesrepublik auftauchte, die ja eine verschwindend kleine Minderheit war. Ich weiß noch, wie diese Gesellschaft damals erschüttert wurde. Damals sind auch eine ganze Menge Maßnahmen getroffen worden, die nicht unbestritten waren. Einige meinten sogar, daß manche dieser Maßnahmen über das Maß der wahren Gefahr hinausgingen. *

Was sollen wir denn tun? Wir müssen uns verteidigen. Wir haben von vielen Ländern Waffen erbeten, aber keine erhalten. Wenn wir dann den Osten angerufen haben, so nur deshalb, weil wir die Mittel haben müssen, um diese Gefahr abwehren zu können. Man bringt uns in eine Situation, in der wir uns fragen müssen: Was sollen wir denn machen? Wollen die Leute, daß wir Selbstmord begehen? Sie sagen zunächst: Die Wahlen sind zu spät. Wenn wir aber die Wahlen vorverlegen, dann sind sie zu früh. Wenn wir um Kredithilfe bitten, dann sagen die, wir sind auf dem falschen Weg. Wenn wir dann aber Kredithilfe von anderen Ländern, sozialistischen Ländern, bekommen, ist der Beweis erbracht: wir sind Kommunisten.

Noch vor kurzem hat uns Entwicklungshilfeminister Warnke gesagt, wir seien keiner Hilfe würdig, weil wir 50 000 Soldaten unter Waffen haben. Was sollen wir denn machen? Sollen wir uns, ohne zu kämpfen, ausliefern? Unser Botschafter hat ihm gesagt: Ja, wir haben 50 000 Mann unter Waffen, aber wir können noch mehr haben, 100 000, 200 000, eine halbe Million,wenn es notwendig ist, um unsere Revolution zu verteidigen.

Es kann, liebe Freunde und Genossen, keine Freiheit geben in der Welt, solange es Länder gibt, auch wenn sie klein sind, die nicht frei sind.

Es kann keine vollständige Unabhängigkeit geben, wenn es Länder gibt, die noch nicht unabhängig sind.

Das, was zur Zeit in Mittelamerika passiert, geht euch direkt an. Wir bauen auf eure Solidarität. Ihr müßt euch weiter dafür einsetzen. Das ist nicht nur ein Beitrag für uns, das ist in Wahrheit auch ein Beitrag für eure eigene Unabhängigkeit. - Vielen Dank.

*** Anmerkung**

Im ursprünglichen Redemanuskript lautete diese Passage folgendermaßen:

Man kritisiert uns auch, weil wir (...) die Pressezensur eingeführt haben, obwohl sich diese hauptsächlich auf militärische Informationen beschränkt.

Ich möchte gerne etwas feststellen: sehr oft verlangt man etwas von uns, was man von sich selbst gar nicht verlangen könnte.

Ich möchte Euch daran erinnern, daß hierzulande, in den 70er Jahren, eine kleine, fast verschwindende Minderheitsgruppe durch terroristische Aktionen große Unruhen auslöste. Diese Gesellschaft wurde erschüttert, und der Staat antwortete darauf mit strengen Maßnahmen, deren Angemessenheit im Hinblick auf die tatsächliche Gefahr auch in diesem Lande heftig diskutiert wurde.

Wenn sich in dieser Zeit hier eine der auflagestärksten Zeitungen als offenes Sprachrohr dieser terroristischen Minderheit verstanden hätte,wäre diese Zeitung mit Sicherheit geschlossen worden. Wir in Nicaragua jedoch leben in einer echten Kriegssituation. Wir kämpfen nicht gegen eine kleine Terrorgruppe. Wir kämpfen gegen die stärkste Militärmacht der Welt, die über 10 000 Konterrevolutionäre finanziert, organisiert und bewaffnet, die unserem Land im lezten Jahr allein einen Wirtschaftsverlust von über 35 % unseres Exportvolumens zugefügt und mehr als 2000 Menschen ermordet haben, die meisten davon Bauern, Landarbeiter, Lehrer, Ärzte und Ingenieure.

(Zit. nach Wochenschau II, Nr. 4, S. 149)

Aus der Verborgenheit ins Abseits

Teil III: Die irakische Opposition der letzten zwanzig Jahre

Die meisten Autoren, die über die schiitische Oppositionsbewegung im Irak geschrieben haben, sehen in der Wiederbelebung des politischen Schiismus in den 60er Jahren [32] weder den Ausdruck eines neu erwachten religiösen Gefühles sui generis noch eine Reaktion auf eine vermutete oder reale Diskriminierung der Schiiten als Gesamtgruppe seitens der revolutionären Militärregime nach 1958.

In der Tat scheinen folgende Faktoren für die Politisierung von Teilen der schiitischen Geistlichkeit, die dann auch zur Gründung der al-Da'wah führten[33], entscheidend gewesen zu sein:

1. Nach dem 2. Weltkrieg verschlechterte sich die materielle Situation vieler Geistlicher und religiöser Einrichtungen angesichts des sich ausbreitenden staatlichen Schulwesens und der wachsenden Säkularisierung rapide. Beides schlug sich in einem drastischen Rückgang der Zuwendungen der Gläubigen an die religiösen Einrichtungen nieder.
2. Explizit säkulare Parteien, wie der Baath und ICP breiten sich fortschreitend aus. Vor allem die starke Stellung der ICP unter den schiitischen Bewohnern der Massenquartiere Bagdads und anderer Städte des schiitischen Südens und in den heiligen Städten selbst, in denen sie sogar Anhänger beim jüngeren Klerus und innerhalb berühmter geistlicher Familien erwerben konnte, schien den konservativen Geistlichen als eine für die Zukunft, für **ihre Zukunft** extrem gefährliche Entwicklung.
3. Das persistente Unbehagen an dem stark sunnitisch gefärbten arabischen Nationalismus des Baath und der vorausgehenden Regime mit seinem auch ihre religiösen Gefühle verletzenden Mißtrauen gegen die „persischen" Schiiten verstärkte sich.

Mit Sicherheit war es nicht das „Mitleid mit dem Leiden der armen islamischen Massen" in den rasch wachsenden Massenquartieren der großen Städte, die diese Männer zum Handeln bewegte.

Vieles deutet daraufhin, daß die ersten größeren Rekrutierungserfolge der al Da'wah außerhalb der Geistlichkeit unter Studenten und Mittelschichtlern schiitischer Herkunft stattfanden. Unter diesen, deren Zahl gerade unter den Regierungen Kassem und Aref stark anstieg, breitete sich angesichts des undemokratischen Machtmonopols an der Spitze des Staates und den exklusivistischen Tendenzen der arabisch-nationalistischen Ideologie und Praxis dieser Regime Unzufriedenheit und politisch-ideologische Desorientierung aus. Aufgrund der religiösen Grundhaltung vieler gerade aufgestiegener Schiiten und der wachsenden Verfolgung von ICP und Baath, bzw. der späteren Kompromittierung der ICP durch Bündnisse mit dem Baath, wandten sie sich schließlich in nicht unerheblicher Zahl der im Untergrund wirkenden al-Da'wah zu.

Ähnliche Prozesse ermöglichten ihr auch später, langsam in den schiitischen Massenquartieren an Boden zu gewinnen. Dort ging es allerdings weniger um Aufstieg, als um das nagende Gefühl der dort lebenden Menschen trotz unbestreitbarer Leistungen des Systems bei der Beschaffung von Arbeit, Versorgung mit Gütern zu vernünftigen Preisen und Bereitstellung von sozialen und materiellen Infrastrukturen in ihren Wohnvierteln, gegenüber anderen im Staat zu kurz gekommen zu sein. Vor allem in dem ersten Jahren der Republik waren die Klagen der Menschen dieser Viertel vielfach berechtigt. Da sich die ICP ihrer Anliegen annahm, konnte sie dieses Unbehagen auch politisch konkretisieren und in Aktionen mit klarer politisch-ökonomischer Stoßrichtung auf Klassengrundlage einmünden lassen. Erst mit dem Niedergang der ICP konnte die al-Da'wah sich den nach alternativen Interpretations- und Orientierungsmöglichkeiten suchenden ländlichen Stadtimmigranten als Repräsentant andienen.

Erst der Aufschwung der „schiitischen Identitätsgefühle" im Kontext der Entfaltung der schiitischen Bewegung im Iran und die damit zeitlich zusammenfallende Zerschlagung der ICP durch das Baath-Regime verschaffte der al-Da'wah den endgültigen Durchbruch. Mehrere Tausend ICP-Kader mußten das Land verlassen oder sich in die kurdischen Berge zurückziehen, um dort den bewaffneten Kampf gegen das Regime zu führen. Viele wanderten in die Gefängnisse, die Zurückbleibenden mußten in den Untergrund abtauchen. Die Parteiorganisation in den Massenquartieren der großen Städte geriet in eine längere Phase der Desorganisation, bevor sie den Bedingungen der klandestinen Arbeit mit erheblich verringertem Kaderbestand erneut angepaßt worden war. Diese Lücke konnte die al-Da'wah jetzt voll ausnutzen. Allerdings vermochte sie auch unter den jetzt so günstigen Bedingungen keineswegs, die schiitischen Massen vollständig für sich zu gewinnen. Trotz aller Agitation und nicht nur aus Gründen der Angst vor erbarmungsloser Repression des Regimes vermochte die al-Da'wah im Irak 1979/80 nie jene Massen zu mobilisieren, wie es im benachbarten Iran 1978/79 der Fall gewesen war.

Die Wechselbadpolitik des Baath-Regime

Die seit 1964 bestehende Sonderabteilung im Staatsicherheitsdienst zur Überwachung schiitischer Untergrundaktivitäten belegt, daß alle irakischen Regime sich der potentiallen Gefährlichkeit einer schiitisch-religiös argumentierenden Bewegung klar bewußt waren. Dies trifft besonders auch auf das Baath-Regime zu, in dessen Zeit die Hauptaktivitäten der schiitischen Untergrundorganisation fallen.

Ideologisch versuchte es dem politischen Schiismus das Wasser abzugraben, indem es die Verpflichtung der Partei zu religionspolitischer Neutralität betonte: Der Baath „steht auf Seiten des Glaubens, aber ist keine religiöse Partei oder soll dies werden." Sich bevorzugt einer religiösen Gruppe zuzuwenden, hieße angesichts der religiösen Vielfalt im Lande, den Weg zum eigenen Untergang einzuschlagen. Daher könne der Baath keiner Gruppe gestatten, gegen die andere zu agitieren, müsse andererseits aber auch dafür sorgen, daß jede Gruppe ihre Riten nach ihrem Brauch praktizieren könne[34].

Durch besondere Betonung der Bedeutung der vor-iranischen und vor-islamischen Kulturen auf irakischem Boden versuchte das Regime einen — leider auch primär arabisch aufgefaßten irakischen Nationalgedanken zu entwickeln, in dem sich auch die schiitischen Iraker wiedererkennen konnten. Die Versuche mit Hilfe Babylons, Ninive, Assur und dem alten Sumer die ideologischen Integrationsdefizite des arabischen Nationalismus des Baath zu schließen, waren allerdings nur begrenzt erfolgreich[35].

In der Praxis betrieb das Regime eine Politik von Zuckerbrot und Peitsche, **tarhib** und **targhib.** Mohsen al-Hakim, der in der Mitte der 60er Jahre nicht zuletzt auf Drängen des iranischen Schah zum Nachfolger des verstorbenen Ayatollah Borjuredi in die Position des obersten schiitischen Geistli-

chen berufen worden war, wurde seit Ende 1969 von den Behörden mehrfach befragt und schließlich bis zu seinem Tode 1970 praktisch unter Hausarrest gehalten. Sein Sohn Mahdi al-Hakim wurde der Verbindungen mit dem CIA bezichtigt und mußte ins Exil fliehen. 1971 wurde er in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Im gleichen Jahr griff das Regime auf das „bewährte Mittel" zurück, durch Massendeportationen wirklicher oder behaupteter iranischer Bürger schiitischen Glaubens der schiitischen Untergrundbewegung entgegenzuarbeiten[36].

Späterhin bemühte sich das Regime, den schiitischen Klerus als Bündnispartner zu gewinnen. Dies gelang jedoch nur bei einigen Geistlichen von niederem Rang. Ayatollah Bakr al-Sadr beispielsweise beharrte auf seiner Politik, das Regime als haram (ketzerisch) zu bezeichnen, und Ayatollah al-Usma Abu al-Qasim al-Khoi, nach dem Tode Mohsen al-Hakims der ranghöchste der schiitischen Ayatollahs, bestand strikt auf der Neutralität dem Staat gegenüber.

Diese Haltung konnte Saddam Hussein auch durch das Gewähren umfangreicher Mittel für die religiösen Einrichtungen, die Aufnahme bekannter schiitischer Motive in seine politischen Reden und häufige Reisen in schiitische Gebiete, bei denen er mehr wirtschaftliche Entwicklung und Dienstleistungen versprach, nicht wesentlich erschüttern. Erfolgreicher war er schon bei dem Versuch, Schiiten in die Baath-Partei zu rekrutieren. Angesichts der Erweiterung der Partei von 2000 Mitgliedern 1968 auf über 1 Million heute erforderte das aber wenig reale Zugeständnisse: in den oberen Etagen waren Schiiten immer noch eine Seltenheit.

Die Innenpolitik Husseins und die iranische Revolution

Eine genaue Betrachtung der Abfolge der Ereignisse im Irak in der Periode 1978-80 legt den Schluß nahe, Saddam Husseins Politik sei im wesentlichen von den Bemühungen bestimmt gewesen, die von der anwachsenden schiitischen Untergrundorganisation und ihrem mächtigen Verbündeten in Gestalt der siegreichen iranischen schiitischen Bewegung ausgehende Gefahr für das Baath-Regime zu unterlaufen.

Ein erstes Anzeichen für eine Verhärtung der innenpolitischen Situation stellte die harte Reaktion auf die Kritik der ICP am absoluten Machtmonopol des Baath im Staats- und Militärapparat dar. Das Bündnis mit dem Baath „diente nur dazu, die ICP zu schwächen, politisch band es ihr die Hände und die tatsächliche Beteiligung am Regieren war gleich Null."[37] Als Antwort darauf wurden im Mai 1978 eine Reihe Kommunisten wegen Zellenbildung in der Armee verhaftet, die aber schon seit Mitte der 70er Jahre einsaßen. Obwohl Saddam Hussein im Dezember 1978 bei einem Besuch in Moskau Breschnew Mäßigung gegenüber der ICP zusichert, werden bald darauf führende ICP-Kader, darunter 2 ZK-Mitglieder, verhaftet[38].

Im Herbst 1978 wird Ayatollah Khomeini aus dem Irak ausgewiesen; entgegen früheren Gepflogenheiten in seinen Reden bezog er sich immer stärker nicht nur auf die Verhältnisse im Iran, sondern verwies auch auf die Lage im Irak. Saddam erkannte klar, daß die Existenz des Hauptquartiers der schiitischen Revolution auf irakischem Boden immer stärker eine Bedrohung des Baath-Regimes implizierte und handelte dementsprechend.

Außenpolitisch versuchte sich das Regime gegen die kommenden Ereignisse ab-



zusichern, indem es seine Beziehungen zu Saudi-Arabien, Ägypten und dem Westen verbesserte[39].

Kundgebungen zur Unterstützung der iranischen Revolution, später der Islamischen Republik Iran, wurden blutig unterdrückt. Demonstrationen am 1. Mai 1979 wurden ebenfalls mit Polizei- und Armeeinsatz niedergeschlagen. Im Juni wurde Bakr al-Sadr, der hinter dem Streikaufruf zum 1. Mai gestanden und später Vorbereitungen zur Beschaffung von Waffen getroffen haben soll, seine Schwester und weitere schiitische Fundamentalisten verhaftet und die Proteste der schiitischen Bewohner von al-Thawra, dem größten Schiitenviertel Groß-Bagdads, niedergeschlagen.

Diese Eskalation vollzog sich im Kontext einer stetig wachsenden Kampagne der neuen Islamischen Republik Iran gegen das Baath-Regime. Khomeini bezeichnete es neben dem Marxismus und dem Materialismus des Westens als den dritten Todfeind des Islam. Radio Teheran rief unaufhörlich zum Sturz des Gottlosen auf, und wie später bekannt wurde, unterstützte das Teheraner Regime seit seinen ersten Tagen massiv die schiitischen Untergrundorganisationen al-Da'wah und Amal.

Der Baath schlug zurück, indem er die gegen die Teheraner Integristen rebellierenden Araber der iranischen Provinz Khuzistan unterstützte und seinerseits den Wortkrieg Zug um Zug steigerte. Im Juli 1979 übernahm Saddan Hussein selbst die Führung von Partei, Staat und Armee. Ein Monat später führte er eine blutige Säuberung des Baath durch, um vermeintliche Gegner und Kritiker zu beseitigen und die Partei voll unter seine Kontrolle zu bringen. Es scheint, daß innerhalb der Parteispitze seine harte Hand gegen die Schiiten ebenso angegriffen worden war, wie sein Vorgehen gegen die ICP[40].

Die ICP jedenfalls zog aus Saddam Husseins „kaltem Putsch" die Konsequenz des sofortigen Bruchs: Ihre Kader flohen, soweit sie sich der sofort einsetzenden Repression überhaupt noch entziehen konnten, ins Ausland oder in die kurdischen Berge. Dort beginnen sie im November 1979 nahe der Stellungen der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) von Jalal Talabani, die schon Jahre zuvor ein früheres Bündnis mit dem Baath aufgekündigt hatte und zum bewaffneten Kampf gegen das Regime in Bagdad übergegangen war, ihrerseits nun mit dem Aufbau einer Guerilla. Auch die Demokratische Partei Irakisch-Kurdistans DPK-I unter den Söhnen des legendären Kurdenführers Mustafa Barzani, Massud und Idris Barzani hatte dort im Gefolge der Ereignisse in Teheran Aufschwung genommen und sich mit dem neuen Regime gegen das Baath-Regime verbündet. Die wichtigste Basis für diese Organisation bildeten dabei mehrere Zehntausend Kurden, die sich mit den Resten der Partei nach dem Zusammenbruch des kurdischen Widerstandskrieges im März 1975 in den Iran geflüchtet hatten. Die Brüder Barzani unterzeichneten mit General Tschamran, dem iranischen Verteidigungsminister, im Mai 1979 ein Abkommen, in dem sie sich verpflichteten das Khomeini-Regime in seiner Auseinandersetzung mit der Demokratischen Partei Iranisch-Kurdistans (DPK-Iran) unter Abdurahman Ghassemlu zu unterstützen. Als Gegenleistung halfen die Iraner den Barzani-Brüdern, sich des „kommunistischen" linken Flügels der DPK-I zu entledigen und den bewaffneten Kampf gegen das Baath-Regime wieder aufzunehmen[41].

Im Herbst und Winter 1979/80 verstärkte die Islamische Republik Iran ihre Unterstützung für die schiitische Untergrundopposition, deren wichtigste Führer sich in Teheran einfinden. Zwangsläufig geraten die irakischen Organisationen dabei in die inneriranischen Auseinandersetzungen hinein. In der Da'wah bilden sich Flügel aus, die sich einerseits an Khomeini, andererseits an dem gemäßigteren Schariat-Madari orientieren. Die Mujahedin des Irak, die sich in dieser Zeit erstmals bemerkbar machen,



erfreuen sich der Unterstützung des späteren Präsidenten Khomeini. Die Amal wiederum soll stark von Mohammed Montazeri, dem Sohn von Ayatollah Montazeri und einflußreichen Führer der Pasdaran und Mahdi al-Hashemi, dem Beauftragten der Islamischen Republik für Befreiungsbewegungen, gefördert worden sein[42].

Es steht zu vermuten, daß die inner-iranischen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Strömungen ihrer Mentoren zu einer Radikalisierung der schiitischen irakischen Untergrundbewegung ebensoviel beigetragen haben, wie die Repression des Baath-Regimes. Alle drei Organisationen begannen jedenfalls ab Winter/Frühjahr 1979/80 mit Kampagnen und bewaffneten Anschlägen gegen Einrichtungen und das Führungspersonal des Staates vorzugehen.

Saddam Husseins Regime schlug massiv zurück. In den schiitischen Süd-Regionen wurden umfangreiche Parteimiliz- und Armeeverbände stationiert. Ein retroaktives Gesetz sieht für die Mitgliedschaft in der al-Da'wah zwingend die Todesstrafe vor. Nach ihm wurden in einem Geheimprozeß Bakr al-Sadr, seine Schwester, acht weitere Geistliche und eine Reihe sonstiger der Da'wah-Mitgliedschaft verdächtiger Personen verurteilt und anschließend hingerichtet[43]. Gleichzeitig werden zig-tausende Familien und Einzelpersonen mit behaupteter oder tatsächlicher iranischer Nationalität, auch wenn sie schon generationenlang im Irak leben, in den Iran ausgewiesen[44]. Die Unterdrückung von Demonstrationen soll inzwischen bis zu 700 Todesopfer gefordert haben; über 10 000 Personen wurden im Kampf gegen die schiitische 'Gefahr' verhaftet[45].

Gleichzeitig verstärkte jedoch Saddam sein Werben um die Schiiten. Er lenkte verstärkt Gelder in die Entwicklung schiitischer Gebiete, besuchte häufig schiitische Moscheen und Heiligtümer und ließ schiitische Leitmotive in seine Reden einfließen.

Die Islamische Republik Iran steigerte jedoch die Destabilisierungskampagne gegen das Baath-Regime. Ziel war und ist bis heute dessen Sturz und die Schaffung einer Islamischen Republik Irak unter Führung der schiitischen Untergrundopposition, die sich notwendigerweise stark an den Iran anlehnen würde und müßte. Damit wäre der Iran der Mullahs, seinem Ziel, die iranische Revolution zu exportieren und auf diesem Wege die hegemonialen Pläne des Schahs mit neuer Begründung und neuen Methoden zu verwirklichen, entscheidend nähergekommen.

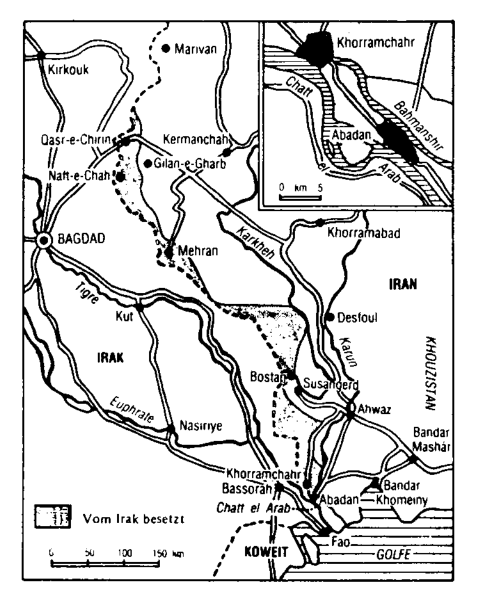
Warum der Irak den Krieg beginnt

Der Einmarsch irakischer Truppen in den Iran nach einer mehrmonatigen Eskalationsphase im Wort- und Stellvertreterkrieg am 22. 9. 1980 stellt schließlich, angesichts des verdeckten schmutzigen Krieges, den der Iran mit Hilfe der irakischen schiitischen Untergrundorganisationen gegen den Irak führt, in den Augen mancher Beobachter den Versuch dar, durch einen offensiven Handstreich Handlungsfreiheit zurückzugewinnen, weil die außenpolitische Isolation des Iran und die inneren Auseinandersetzungen des Regimes ausgenutzt werden können. „Die Iraker erwarteten, ein kräftiger militärischer Vorstoß auf iranisches Gebiet würde die Gegner Khomeinis anspornen, unter ihnen auch die ständig widerspenstige arabische Minderheit in Khusistan"[46] und damit die Initialzündung zum Sturz des Islamischen Regimes abgeben. Nach innen sollte diese Strategie durch eine Befriedungspolitik gegenüber den eigenen Schiiten, die auf materiellen Zuwendungen aufbaute, abgesichert werden. Außenpolitisch hatte man sich politisch, finanziell und militärisch beim Westen und den arabischen Staaten rückversichert, deren Interessen durch die befürchtete Expansion der islamischen Revolution erheblich gefährdet schienen.

Auch die unklaren Kriegszielformulierungen der irakischen Seite und die mit einem auf einen klaren militärischen Sieg ausgerichteten Angriffskrieg nicht zu vereinbarende irakische Kriegsführung der ersten Wochen stützen diese Interpretation[47].

Ein Erfolg dieser Strategie hätte es dem Irak erlaubt, seinerseits Hegemonialmacht zu werden und die strittigen Fragen mit dem Iran wie Schatt el-Arab, Khusistan, Kurdistan-Grenze und den Inseln im Golf zur irakischen „Zufriedenheit" lösen. Dies hätte Saddam Hussein möglicherweise auch seinem Wunschziel näher gebracht, Nachfolger Nassers in der arabischen Welt zu werden. Zentral ging es für ihn jedoch darum, die schiitische Gefahr zu bannen, sein Regime — und damit auch seit der Revolution geschaffene wesentliche Einrichtungen im Irak — vor dem Verderben zu bewahren.

Saddam Husseins Kalkül erwies sich indessen als Fehlplanung. Im Iran selbst löste der irakische Einmarsch und die ihn be-



Die Front im Dezember 1981

gleitende haßvolle anti-iranisch/antipersische und pro-arabische Propaganda eine ungeahnte nationalistische Gegenreaktion aus, die sich zusammen mit dem schiitisch-religiösen Sendungsbewußtsein zu einer bemerkenswert mobilisierungsfähigen Ideologie verband. Im Aufwind dieser Bewegung gelang es dem herrschenden harten Flügel der Khomeinisten ihre Kontrolle über das Regime in bisher ungeahnter Weise auszubauen und sämtliche Gegner wenn schon nicht zu beseitigen so doch zumindest zurückzudrängen und zu neutralisieren.

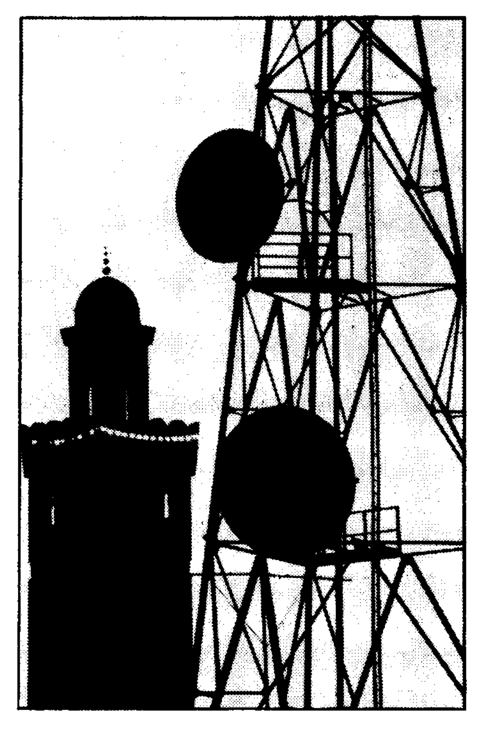
Der in der irakischen Strategie eine zentrale Rolle spielende Aufstand der Araber Khusistans gegen Teheran, fand ebenfalls nicht statt. Es war für die Araber Khusistans eine Sache, sich irakischer Hilfe zu bedienen, um innerhalb des Iran mehr Autonomie zu erlangen; eine andere jedoch, die irakische Armee im Lande zu haben und den drohenden „Anschluß" an den Irak vor Augen, dessen Regime für viele Khusistani, wenn das Teheraner für sie eine Pest war, fatal der Cholera glich. Zudem schien es vor einem eindeutigen Sieg der Iraker nicht geraten, sich auf das Risiko eines Aufstandes und nachfolgender Repressionen eines rückkehrenden Teheraner Regimes einzulassen.

Da der Krieg aber andauerte, wurde die außenpolitische Absicherung dieses „Blitzkrieges" mit politischer Stoßrichtung immer prekärer. Viele arabische Staaten, die Finanzhilfe leisteten und die irakische Vorgehensweise zumindest insgeheim gebilligt hatten, rückten vorsichtig von ihren Positionen ab. Syrien, der alte Erbfeind des irakischen Baath schlug sich offen auf die Seite Teherans, das zudem unter der Hand von Israel mit amerikanischen Waffen versorgt wurde.

Auch innenpolitisch wirkte sich die Länge des Krieges allmählich aus: Die Zahl der Toten und Verwundeten stieg; trotz einer Politik von Brot und Krieg in den ersten Kriegsmonaten machten sich Engpässe bei der Versorgung der Bevölkerung bemerkbar, durch das Andauern der Repression schließlich stieg der Unmut der Bevölkerung bis in die Reihen der Baath-Partei, und die Oppositionsbewegungen erhielten viel Zulauf. Nach den erfolgreichen iranischen Gegenoffensiven im Winter 81/82 und Frühsommer 1982 schien der Sturz des Baath-Regimes nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Die Opposition nützt ihre Chancen nicht ...

Um diesen herbeizuführen und auf ihn vorbereitet zu sein, hatten die verschiedenen irakischen Oppositionsbewegungen unter Mithilfe des syrischen Präsidenten und des Teheraner Regimes versucht, sich zu einem breiten Bündnis zu



vereinigen, scheiterten aber in diesem Bemühen trotz mehrfacher Anläufe[48].

Am 12. 11. 1980 unterschrieben acht Oppositionsbewegungen in Damaskus eine Charta der Nationalen Patriotisch-Demokratischen Front in Irak: ICP, PUK, der linke Baath-Flügel, der sich 1966 abgespalten hatte, die Sozialistische Partei, die Vereinigte Sozialistische Partei Kurdistans (USPK) unter Mahmud Osman, die Arabische Sozialistische Bewegung (ASM), die Irakische Volksbefreiungsarmee (IPLA), die sich 1964 von der ICP abgespalten hatte und eine Gruppe Unabhängiger Demokraten. Intressanterweise gehen die Kontakte zwischen Links-Baath, der noch innerhalb des Baath-Regimes im Irak Geheimzellen besitzt, und der ICP über einen gemeinsamen Pakt gegen die herrschende Baath-Richtung in Bagdad, noch in die Zeit zurück, da die ICP offiziell in der Regierung war.

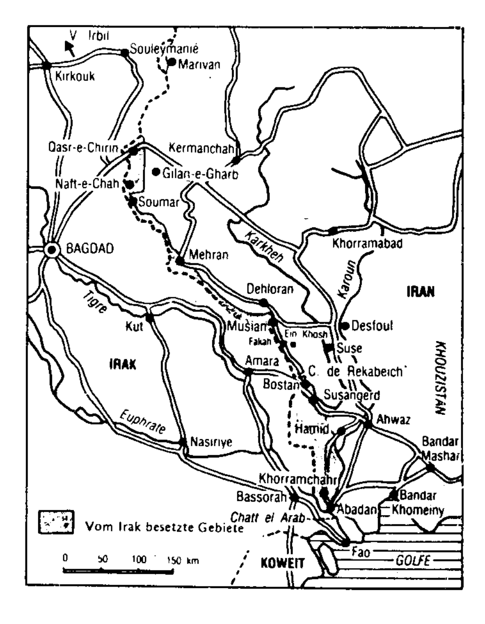
Obgleich die Charta sich für eine klare Lösung der Kurdenfrage auf der Grundlage kurdischer Autonomie einsetzte, litt sie unter einem Schönheitsfehler: die DPK-I der Barzani-Brüder, geschworener Todfeind der PUK von Jalal Talabani und dem Links-Baath, fehlte in der neuen Koalition. Dies mißfiel vor allem der ICP, die auf einen Einschluß aller kurdischen Organisationen in die zu schaffende Oppositionsfront gedrängt hatte.

Nur 15 Tage nach der Unterzeichnung der Charta in Damaskus unterschrieb der Generalsekretär der ICP in den kurdischen Bergen ein Abkommen zur Bildung einer Front zwischen ICP und DPK-I. Noch war nicht ganz klar, wie sich die ICP vorstellte, eine Mitgliedschaft in beiden Fronten miteinander vereinbaren zu können, da wurde im März eine dritte Front, genannt Revolutionäre Irakische Islamische Front bzw. Irakische Islam-Front, aus der Taufe gehoben. Neben der DPK-I und der ASM einer Fraktion des Links-Baath pro-syrischer Ausrichtung, sollte dieser auch die al-Dawah angehören. Die Bildung dieser Front wurde vom syrischen Präsidenten und Kräften innerhalb des iranischen Regimes in die Wege geleitet, da sie sich darüber klar waren, daß ohne die verschiedenen nicht-schiitischen Gruppen ein Sturz Saddam Husseins nahezu unmöglich sein würde.

DPK-I und al-Da'wah einigten sich durch syrisch-iranische Vermittlung, die Führung der gemeinsamen Front dem ehemaligen Baath-General Hassan Mustafa an-Nakib anzuvertrauen, der in diese Front seine kleine Bewegung Freier Offiziere einbringen würde. Während die al-Da'wah das Prinzip der kurdischen Autonomie akzeptierte, verzichtete die DPK-I der al-Dawah zuliebe auf die explizite Forderung nach Demokratie im Irak.

Die Unterzeichnung des Paktes für die neue Koalition verzögerte sich jedoch. In der Tat „kehrten die Vertreter der schiiti-

Die Front im April 1982

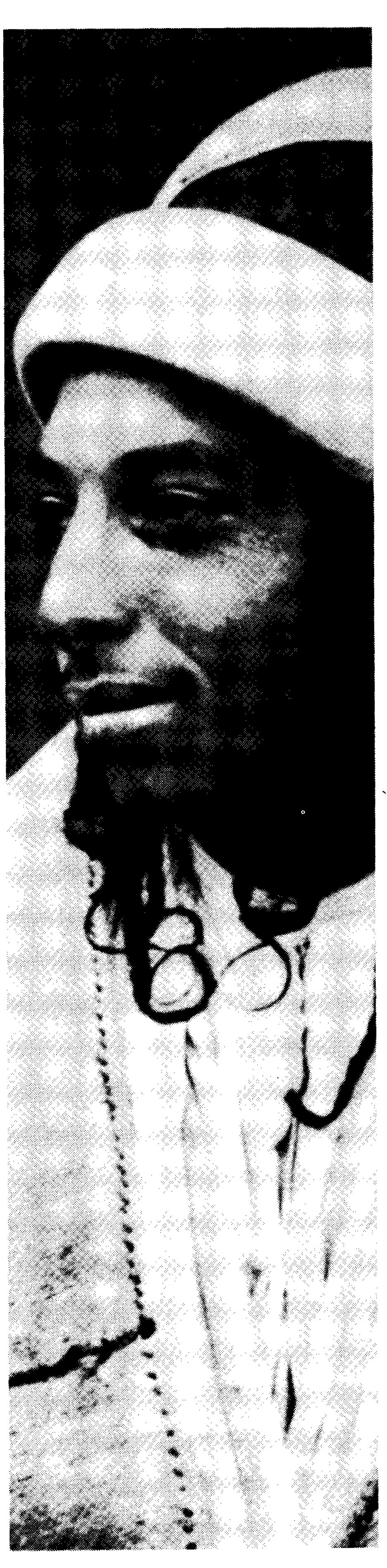


schen Organisationen nach ihrem Treffen mit Mahsud Barzani (in Damaskus) in den Iran zurück, im dieses Programm mit den iranischen Autoritäten zu studieren. Bei ihrer Rückkehr erklärten sie, mit der Unterzeichnung noch ein wenig warten zu wollen. Es ist klar, daß die iranische Regierung erst ein wenig klarer sehen will"[49], erklärte ein kurdischer Beobachter der Oppositionsszene. Es scheint, daß sich die Gegnerschaft der harten Fraktion in Teheran an der Gestalt des Generals an-Nakib entzündete, der von Syriens Hafis al-Assad protegiert wurde.

Um die Verwirrung komplett zu machen, kamen durch Vermittlung der DPK-I im Verlaufe des Sommers 1981 auch Kontakte zwischen der ICP und der al-Da'wah zustande. Ungeachtet der Tatsache, daß 1963 in einem fatwa eines ihrer Geistlichen die Tötung von Kommunisten als mit dem islamischen Gesetz vereinbar erklärt wurde, ging die ICP davon aus, „die Religiösen haben jetzt zugegeben, daß es Grundlagen für eine Zusammenarbeit mit uns trotz der ideologischen Differenzen gibt ...! Ein Abkommen mit den Religiösen über eine begrenzte Anzahl von Punkten ist möglich, wie das Regime Saddam Husseins stürzen, demokratische Freiheiten erlassen, eine allgemeine Amnestie verkünden, die politischen Gefangenen befreien."[50]

In Teheran haben inzwischen die Vertreter der harten Linie im internen Machtkampf gesiegt, Schariat-Madari, Bani-Sadr und eine Reihe weiterer wichtiger Köpfe der frühen Phase der Islamischen Republik wurden abgehalftert, aber auch die Sieger haben durch die Bombenanschläge der Volksmujahedin im Sommer 1981 schwere Verluste erlitten. Die harte Fraktion stand den Versuchen, ein Abkommen zwischen ICP und al-Da'wah zu erreichen, ablehnend gegenüber. Radio Teheran strahlte im November 1981 eine Warnung vor einer kommunistischen Machtübernahme aus.

Während die militärische Lage das irakische Regime dazu zwang, seine Truppenpräsenz in Irakisch-Kurdistan auszudünnen, konnte die irakische Opposition trotz ihrer Stärke die Lage nicht nutzen. Zwar kam es zu gemeinsamen Militäraktionen von DPK-I, ICP und der Sozialistischen Partei Kurdistans (KSP), die sich von der SUNK abgespalten und der Front aus ICP und DKP-I angeschlossen hatten, gleichzeitig aber wuchsen die Spannungen zwischen Links-Baath und PUK einerseits und DPK-I und KSP andererseits erheblich. Im Herbst 1981 und dem nachfolgenden Winter kam es zu schweren Auseinandersetzungen der DPK-I und KSP mit der PUK. Gleichzeitig griff die DKP-Irak die DKP-Iran an, während die iranische Armee und die Pasdaran gegen die Autonomisten der DPK-Iran und der Komaleh vorgingen.



Dieses Verhalten der DPK-Irak und der KSP brachte die ICP in politische Schwierigkeiten, war sie doch formal noch immer mit der PUK verbunden. Da sich die DPK-I immer stärker an den Interessen Teherans, statt an denen der irakischen Opposition orientierte, ergaben sich zur Jahreswende 81/82 unter den restlichen Oppositionsparteien Pläne zur Wiederbelebung der vor einem Jahr geschlossenen ersten Oppositionsfront. Diese wurden aber von den politischen und militärischen Entwicklungen des Jahres 1982 überrollt.

... Hussein aber die seinen

Als iranische Truppen im Juli 1982 nach einer Reihe siegreicher Offensiven auf irakisches Territorium vorrückten, erstattet das Teheraner Regime unbeabsichtigt Saddam Hussein den Gefallen zurück, den dieser ihm vor zwei Jahren wohl ebenso unfreiwillig erwiesen hatte.

War der Krieg zuvor weithin unpopulär gewesen, wurde er doch in fremden Land geführt, ging es jetzt um die Verteidigung des eigenen Landes. Es war eine Sache, sich mit dem „angegriffenen" schiitischen Iran solidarisch zuführen, eine andere jetzt von den Kanonen der iranischen Brüder mit Beschuß belegt zu werden. An der Art und Weise, wie Teheran die schiitischen Oppositionsbewegungen unter Kontrolle nahm und deren Führung sich immer stärker den iranischen politischen Vorstellungen anpaßte, gab vielen irakischen Schiiten Stoff zum Nachdenken.

Indem er die durch das iranische Vorgehen gebotenen Möglichkeiten innen- und außenpolitischer Natur geschickt ausnutzte, vermochte Saddam Hussein bis heute sein Regime auf eine Art und Weise zu stabilisieren, wie es noch im Juni/Juli 1982 nicht für denkbar gehalten wurde[51]. Im Gegensatz dazu hat die schiitischen Opposition erheblich an Boden verloren.

Im April fand in Teheran ein al-Da'wah Kongreß statt, auf dem sich allem Anschein nach der Flügel um Mahdi al-Hakim gegen den Rivalen Mahdi al-Khalisi durchsetzte. Im Zusammenhang mit den Flügelkämpfen steht wohl auch die Abspaltung der kleinen Junda al-Islam von der al-Da'wah. Auf dem Kongreß wurde die Anbindung der al-Da'wah an die Islamische Republik Iran in eindeutiger Weise festgeschrieben: „Wir sind nicht die Verbündeten dieses Staates, sondern unter allen Umständen ein von ihm unabtrennbarer Teil ... Wir sind verpflichtet, jedes Programm, das der Islamische Staat Iran vorschlägt, zu übernehmen und es, um Erfolg zu haben, auch umzusetzen."[52] Gleichzeitig leistet sie Khomeini den „Gefolgschaftseid", den sie in eindeutiger Weise als ihren obersten geistlichen Führer akzeptiert. Die Isolierung der schiitischen Opposition wird schließlich im Winter 1982 endgültig festgeschrieben, als

auf Betreiben der Teheraner Machthaber am 17. November in Teheran die Gründung eines Obersten Rates für die Islamische Revolution im Irak aus den vier schiitischen Organisation al-Da'wah, Amal, Mujahedin und Junda bekanntgegeben wird.

Erster Ratsvorsitzender wird Mahmud al-Haschemi, ein ehemaliger Schüler Mohamed Bakr al-Sadrs, sein Sprecher Mohamed Bakr al-Hakim, ein Sohn Muhsen al-Hakims, der sowohl bei der Gründung der Mujahedin eine Rolle gespielt haben soll wie auch 1980 versuchte, durch eine Jama'at al-Ulama (Gemeinschaft der Ulama) die Reihen der schiitischen Untergrundbewegung wieder zu sammeln[53].

Ausblicke

Eines der Probleme der schiitischen Opposition ist bis heute nicht gelöst: der Mangel an einer integrativen Führungs- oder zumindest Gallionsfigur. Diese Rolle füllte bis 1980 anscheinend insgeheim Bakr al-Sadr aus. Sein Verschwinden wird allgemein als ein schwerer Schlag für die gesamte Bewegung interpretiert. Problematischer ist indessen, daß die schiitische Bewegung unter dem Druck der kompromißlosen Herren des Iran sich nicht in der Lage zeigt, den weltlichen irakischen Oppositionsbewegungen soweit entgegenzukommen, daß ein gemeinsames politisches Handeln möglich ist. Die schwammigen Ausführungen der Sprecher der Da'wah und der Obersten Rates zur Frage der Demokratie, der Rolle der anderen Oppositionskräfte in der Islamischen Republik usw. müssen die weltliche Opposition angesichts der iranischen Erfahrungen mit Grausen erfüllen.

In der Tat hat eine Organisation der Weltlichen schon aus den veränderten Gesamtkonstellationen im Krieg die Konsequenz gezogen, sich auf die Seite der Regierung zu stellen: Durch die Vermittlung der DPK-Iran kamen Verhandlungen zwischen dem Baath-Regime in Bagdad und der PUK in Gang, die zu einem faktischen Waffenstillstand zwischen PUK und Regierung führten und jetzt kurz vor der Unterzeichnung eines formellen Abkommens zur Zusammenarbeit stehen. Gleichzeitig haben PUK und DPK-Iran ihre Kooperation gegen die iranische Armee und deren Verbündete von der DPK-Irak verstärkt[54].

Ein weitaus generelles Problem ist die Tatsache, daß der Einmarsch iranischer Truppen in den Irak die latenten Spannungen zwischen arabischen und persischen Schiiten offensichtlich aktualisiert hat. Innerhalb der arabischen schiitischen Geistlichkeit und einfachen Gläubigen gab es schon immer eine ambivalente Haltung zu den persischen Schiiten vor Ort und jenseits der Grenze. Einerseits fühlte man sich mit ihnen in der schiitischen Glaubens- und Schicksalgemeinschaft verbunden, andererseits rieb man sich an der oft spürbaren Herablassung persischer Schiiten gegenüber ihren arabischen Brüdern. In Hinblick auf die schiitischen Angelegenheiten im Irak gilt eindeutig, daß die große Mehrheit der arabischen Schiiten des Irak „sich in Gesellschaft ihrer eigenen Leute wohler fühlen und vorziehen, daß die wirkliche Führung in den Händen echt-irakischer Schiiten liegt.“[55]

Genau dies ist aber heute nicht der Fall. Die iranische Politik, den Irak auf eigenem Gebiet anzugreifen und die schiitische Opposition des Irak exklusiv zu protegieren einerseits und sie andererseits abhängig zu halten, hat die schiitischen Untergrundopposition viel Boden gekostet. Darüber können auch die Berichte über ihre wachsende Anhängerschaft unter den irakischen Kriegsgefangenen in iranischer Hand und die eigenen Erfolgsmeldungen nicht hinwegtäuschen.

Andererseits wäre es kurzsichtig, wollte man annehmen, diese Rückschläge hätten das Problem des politischen Schiismus für Saddam Hussein und den Baath beseitigt. Die al-Da'wah vor allem hat im Irak eine echte Klientel gefunden, von der sie nur sehr schwer wieder völlig abgespalten werden kann. Um dies leisten zu können, müßte das Regime des Baath schon erhebliche Leistungen an echter Demokratisierung und Wirtschaftswachstum erbringen. Die Aussichten dafür sind jetzt im Kriege aber schlecht und ob Saddam Hussein einen Friedensschluß lange überleben wird, der dem Lande erst verdeutlichen würde, welche Kosten und Opfer der Krieg verursacht hat, ist recht ungewiß. Viele Iraker werden sich dann vielleicht fragen, ob der Verteidigungskampf der säkularen Kräfte des Irak gegen die schiitischen Bewegung nicht hätte anders geführt werden können, als es Saddam Hussein tat: autoritär, brutal und selbstgefällig.

Sollte es zu diesem Zeitpunkt der al-Da'wah gelingen, die iranische Bevormundung abzuschütteln und sich gegenüber den anderen Oppositionskräften als wirklich kompromiß- und bündnisfähig darzustellen, dann könnte sie bei der Gestaltung des Iraks nach dem Kriege einen durchaus legitimen Platz finden. Die Chancen für diese Entwicklung der al-Da'wah oder auch der kleineren Organisationen zur Vernunft und Einsicht in dieser Richtung sind allerdings angesichts ihres im Wesen totalitären Politikverständnisses skeptisch zu beurteilen.

Günter Schröder

Anmerkungen:

32) Nachdem der aktivistische politische Schiismus der 20er Jahre einem quietistisch-ablehnenden politischen Schiismus in den 30er Jahren gewichen war
33) Kutschera, a. a. O. und Batuta, Unterground movements, 588-90 für die nachfolgenden Ausführungen
34) Batuta, a. a. O., 590-91
35) vgl. dazu Amatzia Baram: „Mesopotamian Identity in Ba'thi Iraq, Middle Eastern Studies 1980, 426-455
36) Autonomie, a. a. O., Batuta, a. a. O., S. 591
37) Kutschera: „Les vicissitudes de l'opposition democratique irakienne“, Le Monde Diplomatique, November 1982
38) dazu auch Bergio, a. a. O., S. 337
39) Abkommen mit Saudi-Arabien Ende 1978, vorsichtige Anäherung an Ägypten, Kontakte zu den USA
40) Bengio, a. a. O., S. 324-325, Batutata, a. a. O. 591
41) so nicht nur bei Kutschera, vicissitudes, sondern auch bei Hamua Kaidi: Iran-Irak, l'ultime bataille, Jeune Afrique, No. 1119, 16. 6. 1982, einem glühenden Gegner des Irak und Anhänger der islamischen Republik Iran
42) Kutschera, espoirs, a. a. O.
43) Bengio, a. a. O., S. 337
44) Bengio, a. a. O., S. 337, Batuta, a. a. O., S. 591
45) Autonomie, a. a. O.
46) Shahram Chubin: „Der Krieg zwischen Iran und dem Irak„ Befreiung Nr. 27, 8/1983, S. 68 vgl. dazu auch Peter Hünseler: Der irakisch-iranische Krieg im dritten Jahr“, Europa-Archiv, Folge 13, 1983, 391-398
47) vgl. dazu Chubin, a. a. O.
48) siehe dazu vor Kutschera, vicissitudes, a. a. O. für die folgenden Ausführungen
49) Kutschere, vicissitudes, a. a. O. 54) ebd.
50) Magdi Allam: „Viaggio nel Paese in Guerra Con Khomeini“, La Repubblica, 4, 7. 8. 9. August 1984
51) 52) Kutschera, espoirs, a. a. O.
53) Batuta, a. a. O. 593
54) Barnard Kouchner: „Le second front de l'Imam Khomeini,“ Le Monde, 12. 7. 1984, Jean Guerras: L'Irak dans le piege de la guerra, III. Teil, 6. 4. 1984 Le Monde
55) Batuta, a. a. O., S. 594 und Kutschera, espoirs, a. a. O

Rezension

Die Entstehung der sandinistischen Revolution aus dem Zusammenbruch bürgerlicher Herrschaft

Für die Mehrzahl der Nicaragua-Interessierten fing alles am 19. Juli 1979 an. Sie wissen gerade noch,daß die historischen Umstände, die zum Sturz des Diktators Somoza führten, besonders günstig waren, weil auch die einheimische Bourgeoisie sich gegen diesen Alleinherrscher erhob. Sie wissen dann noch, daß die FSLN mit dieser Bourgeoisie paktieren konnte und daß — einem Wunder gleich — die USA Somozas Sturz toleriert haben.

In der Solidaritätsbewegung hatte das Bild der siegreichen Sandinisten die bürgerlichen Bündnispartner stark in den Hintergrund gedrängt. Sie sind in dem Maße wieder ans Tageslicht getreten, in dem während der Wahlvorbereitungen deutlich wurde, daß sie heute zu erklärten Feinden der FSLN geworden sind.

Wer wissen will, wie es dazu kam, da doch der Präsidentschaftskandidat der heutigen Opposition, Arturo Cruz, damals zu den ersten bürgerlichen Oppositionspolitikern gehörte,die sich explizit dafür einsetzten, mit den Sandinisten zusammenzuarbeiten; wer sich fragt, weshalb die bürgerlichen Anti-Somozisten von einst heute mit den Soldaten paktieren; wer meint, die Bourgeoisie sei im Laufe der letzten Jahre unter schlechten Einfluß geraten und von der FSLN abgefallen, und noch viele Fragen dieser Art hat, für den gibt es jetzt das Buch von Michael Rediske „ Umbruch in Nicaragua", das detailliert und präzise die Geschichte Nicaraguas nachzeichnet,soweit sie zum Verständnis der Revolution von Interesse ist.

Rediske zeigt, daß in Nicaragua die bürgerliche Opposition gegen Somoza und auch die katholische Kirche wesentlich dazu beigetragen haben, die Bevölkerung gegen die Diktatur zu mobilisieren und ein Klima schufen, das die Erfolge der FSLN überhaupt erst möglich machte. Weil die Bourgeoisie jedoch nicht in der Lage war, aus eigenen Kräften eine Alternative gegen Somoza zu entwickeln, kam die Zusammenarbeit mit der FSLN zustande,vor allem mit deren „gemäßigter" Tendenz, den „Terceristas", die weder den antikapitalistischen noch den antiimperialistischen Kampf, sondern lediglich den Sturz von Somoza auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Was in den 70er Jahren in Nicaragua geschah, analysiert Rediske als Folge des Versuchs, das bürgerliche Herrschaftssystem Somozas durch einen bürgerlichen Staat ohne Diktatur abzulösen. Denn zunächst waren es die bürgerlichen Gegner Somozas, die die Massen mobilisiert und eine Oppositionsfront aufgebaut haben. Daß sich die FSLN an die Spitze dieser Bewegung stellen und ihr die Richtung geben konnte, ist das Ergebnis einer innen- und außenpolitischen Konstellation, die — so der Autor — in Zentralamerika wohl einmalig war.



Wer sich Mühe gibt, das Buch — dem man anmerkt, daß es keine wissenschaftliche Arbeit ist — fleißig durchzuackern, erfährt detailliert die näheren Umstände, die eine Situation ergaben, die den Sieg der Sandinisten auch als einen Glücksfall und nicht nur als Resultat hehren Mannesmutes und überirdischer Heldenhaftigkeit erscheinen lassen. Wer den Kampf der FMLN/FDR in den letzten Jahren in El Salvador verfolgt, liest fast neidisch, wie günstig damals die Welt den Sandinisten gesonnen war. Die USA wollten das Vietnam-Trauma verarbeiten, Venezuela schickte Geld, in Costa Rica durften die sandinistischen Soldaten kampieren, und die Sozialistische Internationale war hilfreich zur Stelle.

Die Leserinnen und Leser des Buches sollen also begreifen, daß die Vorgeschichte der Revolution äußerst komplex war und im Nachhinein immer vereinfacht und damit mystifiziert dargestellt worden ist. Dies hat bis heute vielen Freunden Nicaraguas den Zugang zum richtigen Begreifen versperrt.

Rediske löst diesen Anspruch weitgehend ein. Die Sandinisten erscheinen in irdischem Gewand. Wir erfahren von ihren Schwierigkeiten und Schwächen, vor allem bezüglich der Massenarbeit, die sie stets von oben betrieben und kontrolliert haben.

Leider bleiben viele Informationen sehr abstrakt und werden mit größter Vorsicht formuliert. Dies gilt vor allem für die Frage nach den politischen und ideologischen Vorstellungen, die die Sandinisten selbst mitgebracht und demzufolge in die Revolution hineingetragen haben. Sie werden lediglich beschrieben, keineswegs problematisiert.Ihr Anteil an der Entwicklung nach 1979 wird außen vor gelassen. Bekanntlich siegte innerhalb der FSLN der reformistische Flügel, und nur deshalb ist der 19. Juli zustandegekommen. Rediske scheint dies für die — unter den gegebenen Umständen — glücklichste Lösung zu halten; das ist sein gutes Recht. Es wäre aber nicht schlecht gewesen, wenn er die zur Vorgeschichte des Sieges durchaus als wichtiger Bestandteil gehörende linke Kritik an diesem Weg auch zur Sprache gebracht hätte.

Wir wissen nach der Lektüre des Buches genau, wie in Nicaragua der Pakt mit dem Teufel zustandekam und haben den Eindruck, daß es nur diesen Ausweg für die FSLN gegeben hat. Das ist mir ein bißchen zu einfach,das möchte ich — gerade heute, wo alles wieder wankt und schleudert — noch einmal ganz gründlich überdenken.

Rose Gauger

Michael Rediske
Umbruch in Nicaragua
FDCL edition 6
Berlin 1984
250 SeitenPreis DM 19,80

Appell

Krieg in Türkisch-Kurdistan

APPELL

An
die politischen Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, die Abgeordneten und Mitglieder des Europarates, des Europäischen Parlaments und des deutschen Bundestages, die Studenten- und Jugendverbände und Frauenorganisationen, Schriftsteller, Journalisten, Professoren und Künstler, alle fried- und freiheitsliebenden Menschen und Institutionen

Die bereits seit Mitte August anhaltenden Militäroperationen der Türkischen Armee im Grenzgebiet zu Iran und Irak drohen sich zu einem offenen Krieg gegen das kurdische Volk im gesamten Türkisch-Kurdistan auszuweiten. Dies ist nicht nur unsere Meinung, sondern auch die des Staatspräsidenten General Evren, der lt. „Hürriyet" vom 6.10.84 auf die Dauer der Operationen angesprochen meinte, es handle sich ja schließlich um einen Krieg, da sei dies doch verständlich! Zum Verlauf dieser Operation:

Die Militärjunta hat die Auseinandersetzung am 15. August in den Städten Eruh und Semdinli (zwei Grenzstädte in Türkisch-Kurdistan), bei denen drei Militärangehörige getötet worden waren, als Vorwand genommen, um eine großangelegte Militäroperation anzuordnen. Dafür jedoch, daß diese Operation langfristig vorbereitet war, spricht die Tatsache, daß seit einigen Monaten Militäreinheiten in der Grenzregion,insbesondere in Hakkari, zusammengezogen und die dortige Bevölkerung systematisch zum Verlassen dieser Region gezwungen worden war.

Inzwischen hat sich die Operation jedoch auf weitere Provinzen in Türkisch-Kurdistan (Hakkari, Van, Siirt, Bitlis, Mus, Diyarbakir und Bingöl) ausgedehnt. Dabei wurden Panzereinheiten und Hubschrauber eingesetzt; Mittel von Zivileinrichtungen, wie die der Kommunen, von Straßen- und Verkehrsämtern wurden ebenfalls in den Dienst der Armee gestellt. Die Operationsgebiete wurden für den Fremdenverkehr gesperrt.

Aus der kurdischen Provinz Tunceli erreichte uns die Nachricht, daß dort über Tausend einheimische Beamte und Lehrer vom Dienst suspendiert bzw. in den Westen der Türkei versetzt wurden.

Die in den betroffenen Dörfern (vor allem im Gebiet Hakkari) lebenden Bewohner sind aufgrund der ihnen wohl bekannten Repressionen in die Berge geflohen. Eine vom Militär initiierte große Verhaftungswelle ist im Gange. In Flugblättern, die aus den Hubschraubern geworfen werden, wird die Bevölkerung aufgefordert, sich zu ergeben. Der JIRKI-Stamm (Jirki-Asiret) ist diesem Befehl nicht gefolgt.Die Ältesten dieses großen Stammes um die Provinz Hakkari, Tahir Adiyaman, Kokal Özdemir, Haci Öter, Kokal Özdemir,...Aydemir werden steckbrieflich gesucht.

Am 20. September wurden die Dörfer Pertavi, Genzag, Zorova und viele andere, die zu dem Jirki-Stamm gehören, bombardiert. Dabei wurden zahlreiche Menschen, darunter meist Kinder, getötet.

Über die Zahl der Opfer unter der kurdischen Bevölkerung wissen wir nichts Genaues; in den officiellen Mitteilungen ist nur von den ums Leben gekommenen Soldaten die Rede.Da es sich dabei mittlerweile um mindestens 14 Militärangehörige handelt, ist zu befürchten, daß die Zahl der getöteten Bewohner um ein vielfaches höher liegt.

Alle diese Terrormaßnahmen der türkischen Besatzungsarmee haben das Ziel, die kurdische Bevölkerung aus ihren Gebieten zu vertreiben, und auf diese Weise die demographische Struktur Türkisch-Kurdistans im Sinne einer Türkisierung des gesamten Gebietes zu verändern. Ein weiteres Ziel dieser massiven militärischen Eingriffe ist die Brechung und Vernichtung des Widerstandes der Kurden im Länderdreieck Türkei-Iran-Irak. Dies ist auch der Grund für die im Vorfeld der Operation deutlich gewordene Zusammenarbeit der türkischen Junta mit den reaktionären Regimen in Teheran bzw. Bagdad.

Doch das Klima hat sich nicht nur in Türkisch-Kurdistan, sondern in der gesamten Türkei verschärft:Seit dem Amtsantritt Turgut Özals fand am 7. Oktober die erste Hinrichtung eines zum Tode verurteilten politischen Häftlings, Ilyas Has, in Izmir statt. Von den seit dem Militärputsch im September 1980 zum Tode verurteilten 453 Menschen wurden bereits 48 hingerichtet. Nach dem Tod von Ilyas Has steht nun zu befürchten, daß eine neue Welle von Hinrichtungen in Gang gesetzt wird. Dafür spricht auch die Aussage von General Evren, der in einer Rede in Mus am 4. Oktober äußerte: „Die Strafe für Verräter ist die Hinrichtung..." Weiter meinte er, daß es wohl nicht der Sinn der Strafe sein könne, diese nach ihrer Festnahme ein Leben lang durchzufüttern!

Angesichts all dieser Tatsachen sollte nicht vergessen werden, daß die Bundesrepublik und ihre Verbündeten eine ganz besondere Verantwortung für die Türkei tragen: Sie sind mit ihr immerhin Mitglied in der NATO, einem militärischen Bündnis, das sich die Verteidigung der westlichen Freiheit auf die Fahnen geschrieben hat, und das nur wenig glaubwürdig sein kann, wenn diese Freiheiten nicht einmal in den eigenen Reihen verwirklicht sind!

Wir bitten Sie dringend, Ihre Möglichkeiten auszunutzen und im Sinne der Herstellung von demokratischen und menschlichen Zuständen in der Türkei zu intervenieren, die ernste Bedrohung des kurdischen Volkes abzuwenden. Richten Sie IhrenProtest an den Statspräsidenten General Evren, an den Vorsitzenden des türkischen Parlaments Necmettin Karaduman und an die jeweilige türkische Botschaft in Ihrem Land.

KOMKAR - Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der BRD e. V.
Burgunderstr. 35-37, 5000 KÖLN 1, BRD,Tel.: 0221/21 19 32

Pestizid-Aktions-Netzwerk gegründet

Gegen die verheerenden Folgen des weltweiten Pestizideneinsatzes und für die Entwicklung und Förderung biologischer, lokal angepaßter landwirtschaftlicher Methoden hat sich 1982 in Malaysia das Internationale Pestizid-Aktions-Netzwerk PAN gegründet. Dem PAN gehören inzwischen weltweit rund 300 Organisationen an. Außerdem gibt es auf regionaler (kontinentaler) und nationaler Ebene entsprechende Zusammenschlüsse. Im März 1984 beschlossen eine Reihe westdeutscher Naturschutzverbände, Verbraucherorganisationen und entwicklungspolitischer Aktionsgruppen die Gründung eines deutschen Zweiges von PAN, zu dem alle Gruppen und Personen eingeladen waren, die mit den Zielen von PAN übereinstimmen.

Diese Gründung ist inzwischen erfolgt. PAN hat die Rechtsform eines e. V., die Satzung ist erstellt, ein Vorstand gewählt. Jürgen Knirsch,der zuvor als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion der Grünen in Bonn ganz wesentliche Vorarbeiten geleistet hatte, wurde zum Geschäftsführer bestimmt. Unter den Gründungsmitgliedern, die zunächst auch den Hauptteil der Finanzen beisteuern müssen, sind der B.U.N.D., BBU, Greenpeace, Öko-Insitut Freiburg, Gruppe Ökologie Hannover, Buko und eine Reihe lokal verankerter Gruppen. Nach Möglichkeit sollen in PAN alle am Pestizidproblem interessierten Gruppen aus den Bereichen Entwicklungspolitik, Umwelt- und Verbraucherschutz und Ökologischer Landbau mitarbeiten. Aber auch Einzelpersonen können Mitglied werden.

Ziele von PAN

Da PAN anläßlich einer Anhörung über die Probleme des Exports von Pestiziden aus der BRD gegründet wurde, steht das Ziel einer Einschränkung des Giftexports aus der BRD (dem weltweit größten Exporteur) auch weiterhin an vorderer Stelle. Darüberhinaus wird sich die westdeutsche Sektion von PAN zum Sprecher der von PAN international erhobenen Forderungen nach Regulierung und Überwachung des Pestizidhandels machen. Internationale Kampagnen sollen mitgetragen werden, so z.B. in nächster Zeit eine gezielte Kampagne gegen den Einsatz von 12 besonders risikoreichen Pestiziden (dirty dozen).

Neben solchen gezielten Aktionen macht sich PAN zu einer dauernden Aufgabe die Erforschung der Praktiken der Pestizidindustrie bei der Produktion, Vermarktung, Testung und Anwendung ihrer Produkte.Gerade über die weltweit führende westdeutsche Industrie liegen dazu noch sehr wenige Informationen vor. Erfahrungen aus anderen Ländern wie z.B. der Schweiz zeigen, daß dies eine äußerst schwierige und zeitaufwendige Arbeit sein wird, die gerade deshalb der Koordinierung bedarf. Langfristig sollen je nach finanziellen Möglichkeiten auch wissenschaftliche Untersuchungen zur Gefährdung durch Pestizide in Auftrag gegeben werden.

Nicht zuletzt soll das Büro von PAN eine Informationsbörse werden, wo Einzelinformationen aus Gruppen oder von Einzelpersonen gesammelt und aufbereitet werden, und wohin Anfragen und Anregungen gegeben werden können. Wenn auch scheinbar nebensächliche Informationen z.B. von Beschäftigten der Chemie-Industrie oder von Entwicklungshelfern an PAN weitergegeben werden, kann mit der Zeit ein klareres Bild der Gefährdung durch die Praktiken der Industrie geschaffen werden und damit die Grundlage für gezieltere Kampagnen.

In diesem Sinn sind alle zur Mitarbeit bei PAN aufgefordert, bzw. zur Mitgliedschaft mit einem entsprechenden Finanzbeitrag zur Arbeit von PAN.



Handel und Wandel — Zeichnung: Haitzinger

Der Mitgliedsbeitrag kostet z.Zt. für Einzelpersonen DM 60.- bzw.DM 90.-(für Verdiener), für Gruppen ab DM 120,—

Nähere Informationen und Materialien sind erhältlich bei der Geschäftsstelle

Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN)
Nernstweg 32 - 34
2000 Hamburg 50

Rainer Huhle

Aufruf

UKAMAU braucht noch Genossen

Neuer Spielfilm: „Die Brüder Cartagena"

Sicher könnt Ihr Euch noch an Filme wie „Yawar mallku" (Das Blut des Condors), „El coraje del pueblo" (Der Mut des Volkes), „Chuquiago" etc der bolivianischen Regisseure Jorge Sanjines und Antonia Eguino — beide Mitbegründer der Filmgruppe UKAMAU — erinnern.Innerhalb der Gruppe um Antonio Eguino haben sich vor ein paar Jahren ehemalige Studenten des Filmworkshops der Universität La Paz und Mitglieder von UKAMAU um den Nachwuchsregisseur Paolo Agazzi zusammengeschlossen. Noch während der Militärherrschaft arbeitete dieses Team an der Adaption eines bolivianischen Romanstoffs für den Film. Es handelt sich um das Buch der Schriftstellerin Gaby Vallejo de Bolivar, „Hijo de opa".

Es geht um die Geschichte zweier Halbbrüder, die als Söhne eines Großgrundbesitzers inmitten großer sozialer Veränderungen heranwachsen (Revolution von 1952, Agrarreform, Abschaffung der Leibeigenschaft usw.). Aber nicht nur dieses Klima von Klassenkämpfen und blutigen Auseinandersetzungen, sondern ein zentrales persönliches Erlebnis, bei dem die Mutter des illegitimen Sohns, ein Dienstmädchen, umkommt, wird den Lebensweg der beiden Brüder entscheidend prägen.

Die zweite Hälfte des Films beschreibt die Ereignisse um einen fiktiven Staatsstreich und die ihm folgende Zeit der Willkür und Unterdrückung, in der einer der Brüder eine wichtige Rolle als Organisator der Repression spielen wird. Sein schon in der Jugend diskriminierter Halbbruder wird sich erst nach und nach Klarheit über die wahren Motive seines erwachenden politischen Bewußtseins verschaffen müssen. Ist es persönlicher Haß auf seinen Bruder oder echtes Engagement für die Arbeiterklasse, die dieses Bewußtsein stärken?

Daß der Film dann überhaupt gedreht werden konnte, ist einer Reihe von Freunden zu verdanken, die die filmische Umsetzung dieses gerade für Bolivien, aber auch für andere unter Diktaturen leidende Länder immer wieder aktuellen Themas unterstützen wollten.

Es gibt viele Gründe, den Film nun so schnell wie möglich endgültig fertigzustellen, der wichtigste:Unser Film wurde für das bolivianische Volk, das immer wieder unter Willkür und Verfolgung durch defacto-Regime zu leiden hat, gedreht, obwohl er natürlich für andere (lateinamerikanische) Länder, die Diktaturen durchmachen mußten und noch immer durchmachen, die gleiche Gültigkeit und Aktualität besitzt. Deshalb wäre es gerade jetzt, in einer Phase, in der in Bolivien die Demokratie wieder einmal oder immer noch auf sehr wackligen Beinen steht, wichtig, unseren Film in die bolivianischen Kinos zu bringen. Wie lange wird das noch möglich sein? Der Film „Der Mut des Volkes" von Sanjines konnte z.B. erst jahrelang nach seiner Fertigstellung nach Beendigung der Banzer-Diktatur in Bolivien gezeigt werden.

Ein weiterer Grund: Wir haben Aussicht, den Film anläßlich der Berliner Filmfestspiele im Februar in das „Forum für den Jungen Film" zu bekommen und hätten damit einen guten internationalen Einstieg, um den Film bekannt zu machen. Das bedeutet, daß der Film bis Anfang Januar fertig sein muß, wenn wir die deutsche Untertitelung zeitlich noch schaffen wollen.

Nachdem nun für den Schnitt und die Vertonung eine Koproduktion mit dem Kubanischen Filminstitut ICAIC, das im Gegenzug die Rechte am Film für Kuba und Nicaragua erhält, zustandegekommen ist, mussen wir nur noch die Kosten für das Aufblasen von 16 auf 35 mm, Kopienziehen etc., also für die kinoreife Fertigstellung aufbringen.

Insgesamt geht es um nochmal ca. 50.000.- DM. Es wäre zu schön, um wahr zu sein, wenn „unsere Genossenschaft" es fertig brächte, den Film ganz allein aus eigenen Kräften zu Ende zu finanzieren. Durchaus möglich Gewinne würden dann nicht zuerst einmal zur Abdeckung von Bankzinsen etc. herhalten müssen, sondern an einen engagierten, Dritte-Welt-bewußten Kreis zurückfließen, der mit seinem finanziellen Beitrag zunächst den Film überhaupt erst ermöglicht hat und sicher sinnvolle Projekte damit wieder unterstützen könnte. Außerdem käme diese bolivianische Filmgruppe der Verwirklichung ihres Traums von einer kontinuierlichen Filmarbeit mit einer möglichst jährlichen Produktion wieder ein Stück näher.

Wer also unseren Film auch ein Stück zu seinem machen will, soll mir bitte schreiben oder mich anrufen. Ich könnte ihm noch einiges dazu erzählen und vor allem auch Unterlagen (die zweiseitige Kurzfassung, das Vertragsformular und auf Wunsch den Kostenplan) zuschicken. Jeder bzw. jede Gruppe, die einen Genossenschaftsanteil von mindestens DM 1.000,- aufbringt, wird fünf Jahre lang ab der Uraufführung an allen weltweiten Nettoeinnahmen (Fernsehen eingeschlossen) ihrem Anteil entsprechend teilhaben.

Wer sich spontan entschließen kann, soll bitte den Anteil direkt auf folgendes Konto einzahlen:

Ute Gumz
Hektorstr.2
1000 Berlin 31
Tel.(030) 32 33 34 2
Sparkasse der Stadt Berlin West
BLZ 100 500 00
Kontonummer 0230188150
Stichwort: UKAMAU Genossenschaft (oder zinsloser Kredit)

Er bekommt dann umgehend einen Genossenschaftsvertrag bzw. eine Quittung zugeschickt.

Westsahara

Ein Volk kämpft um Selbstbestimmung

170.000 sahrauische Flüchtlinge, ehemals Nomaden in der Westsahara, müssen heute außerhalb ihres Landes in Zeltstädten leben. Fast in allem ist die Versorgung von auswärtigen Hilfeleistungen abhängig. Dies betonten noch einmal Regierungsvertreter der Polisario und die Direktoren des Roten Halbmondes von Algerien und der Westsahara bei einem Treffen mit Solidaritätsgruppen und Hilfsorganisationen. Dieses Treffen fand unmittelbar nach Beendigung der OAU-Gipfelkonferenz jetzt in Bologna statt. Gemeinsam wurde die gegenwärtige Lage nach dem Auszug Marokkos aus der OAU und der nochmaligen Anerkennung der Polisario als rechtmäßige Regierungsvertretung analysiert und weitere umfangreiche Hilfslieferungen beschlossen.

Lange war es ruhig gewesen um den Krieg in der von Marokko annektierten Westsahara. Das darf aber nicht vergessen lassen , daß hier im Westen Nordafrikas noch immer die politische Zukunft des Westsahara-Staates ungelöst ist und ein Großteil seiner Bevölkerung unter schwierigsten Bedingungen in Zeltlagern leben muß.

Ihre Regierung, die Polisario kontrolliert nur zwei Drittel des Territoriums. Das nördlich Drittel ist fest in marokkanischer Hand. Jenes Gebiet, in dem riesige Phosphat- und andere Rohstoffvorkommen liegen. Marokko treibt damit bereits ein gewinnbringendes Geschäft mit seinen „westlichen Freunden". Nicht von ungefähr geben daher die U.S.A. (und auch die Bundesregierung) immense Rüstungshilfe an Marokko. Eine dreifache, meterhohe Mauer, mit modernsten elektronischen Überwachungssystemen ausgerüstet, kontrolliert jede Truppenbewegung im Umkreis von 60 km. Dieser Krieg kostet Marokko Millionen, verschlingt bereits fast die Hälfte des Staatshaushaltes und bindet 150.000 Soldaten.

Die Frente Polisario aber verfügt über keinerlei große Verbündete. Kein einziges großes west- oder osteuropäische Land gewährt ihnen Unterstützung.Lediglich der Nachbar Algerien gewährt den vor dem Krieg geflohenen Sahrauis humanitäre Hilfe und diplomatische Rückendekkung.

Ein Konflikt dieser Größenordnung kann nicht allein militärisch gewonnen werden, sondern bedarf auch einer politischen Lösung. Daher hat sich Mohamed Abdelaziz, Präsident der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, anläßlich des OAU-Gipfeltreffens auch erneut an Marokko gewandt und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges angeboten. Ziel müsse das kooperative Zusammenleben in Eintracht und Frieden sein.

Trotz äußerer Bedrohung hat die Polisario ein gut funktionierendes Staatssystem aufgebaut. Analphabetentum, ein Handicap fast aller Entwicklungsländer, kennt man in den Lagerstädten nicht. Es herrscht allgemeine Schulpflicht, alle Schulen sind Ganztagsschulen. Auch das Gesundheitswesen funktioniert; in allen Lagern finden sich Spitäler zur primärer ärztlichen Versorgung. Darüberhinaus gibt es mitten in der Wüste noch zwei zentrale Krankenhäuser.Stolz sind die Sahrauis auf die ersten bewässerten Gemüsefelder in der Zeltstadt Smara. Auf vorerst 12 ha werden hier Nahrungsmittel. vorrangig für die Krankenstationen, Kindergärten und Schulen angebaut. Viel zu wenig Gemüse aber, um auch die Familien mit mehr als 1 mal wöchentlichem Frischgemüse zu versorgen. Die Ausweitung des bewässerten Gemüsebaus ist daher ein vordringliches Ziel um von der auch weiterhin notwendigen Nahrungsmittelhilfe ein klein wenig unabhängiger zu werden.

Vor allem die Bereiche Schulen, handwerkliche Ausbildung und Gemüseanbau werden von der ASW (Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt) unterstützt. Weitere Hilfe ist dringend notwendig. Spenden werden erbeten auf das Konto 4006-104, Postgiro Berlin/W, BLZ 100 100 10. Weitere Informationen von ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61.



Ein Thai-Haus und die Folgen

Ein altes Thai-Haus, das die Deutsche Welthungerhilfe (DWHH) gegen eine Spende von 50 000 DM an das Chemieunternehmen BAYER vermittelt hatte, sorgte für Differenzen zwischen der DWHH und dem „Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BuKo). Auf Boykottüberlegungen des Buko — z. B. durch Empfehlungen, Spenden nicht mehr der DWHH zukommen zu lassen — reagierte die DWHH empfindlich. Bei einem Gespräch beider Grupen am 23. Juli dieses Jahres in Bonn und auch in der Folge kam es zu keiner Einigung.

Das Thai-Haus war durch Vermittlung der DWHH für die Münchner „Internationale Gartenbau Ausstellung" auf deren Kosten als Ausstellungsattraktion nach Westdeutschland geholt worden. Nach der Austellung wurde das Thai-Haus der DWHH übergeben, die es dann dem angeblich einzigen Interessenten, der Bayer AG, gegen eine Spende zwischen 20.000 und 50.000 DM verkaufte.

Bei der Übergabe des Hauses an die Bayer AG für deren Pflanzenforschungszentrum in Monheim wurde seitens der DWHH von einem „Symbol für die erfolgreiche Lösung der Ernährungsprobleme in einem Land der Dritten Welt" gesprochen, denn „hier sind die weltweiten Aktivitäten des Konzerns auf den Gebieten Pflanzenschutz-Forschung, -Entwicklung, -Beratung und -Vertrieb vereinigt".[1] Hervorgehoben wurden die Erfolge einer langjährigen und konsequenten Zusammenarbeit zwischen der DWHH und Bayer unter dem Motto ›Hilfe zur Selbsthilfe‹. Besonders betont wurden die Verdienste von Bayer bei der Reisernte in Thailand, die trotz des steigenden Eigenbedarfs die „Versorgung aller Bevölkerungsschichten"[2] sichere. Zusätzlich kann Thailand Reis exportieren. Die Sicherung der dazu benötigten Höchsterträge „erfolgt durch den Einsatz neuer Sorten, abgestimmter Düngung und gezielter Pflanzenschutzmaßnahmen".[3]

Die Agro-Koordination des BuKo nahm in einer Presseerklärung zu der Übergabe des Thai-Hauses Stellung und kritisierte in massiver Form die Public-Relation-Unterstützung eines Chemie-Konzerns, dessen Aktivitäten in Thailand nicht einhellig positiv bewertet werden. Bayer gilt als der weltweit größte Exporteur von Pestiziden und erzielt damit besonders in der Region Fernost große Umsatzsteigerungen: „So vertreibt Bayer beispielsweise nach Angaben eines Beamten des thailändischen Landwirtschaftsministeriums mehr als 30 Agrargiftstoffe. Darunter befinden sich drei DDT-haltige Wirkstoffmischungen".[4]

„Weltweit wächst der Widerstand gegen die Vergiftung von Mensch und Umwelt", stellte der BuKo in seiner Erklärung fest. „Der Bayer-Konzern kann diesen Widerstand, der auch immer stärker aus den Reihen der eigenen Aktionäre kommt, nicht länger unberücksichtigt lassen. In die Defensive gedrängt, scheint er sogar die Argumentationshilfe von Entwicklungshilfeorganisation zu benötigen. Es ist zu bedauern, daß sich die DWHH für diese Posse nicht zu schade ist. Für die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen stellt sich angesichts dieser erstaunlichen Allianz die Frage, ob die der DWHH zugeführten Spendengelder wirklich der Hilfe zur Selbsthilfe in der Dritten Welt zugute kommen oder nicht vielmehr den Exportinteressen der Chemischen Industrie dienen. Die entwicklungspolitischen Aktionsgruppen werden sich überlegen, ob nicht Empfehlungen angebracht sind, Spenden nicht mehr der DWHH zukommen zu lassen, sondern anderen Organisationen, die diese sinnvoller verwenden."[5]

Die Erwägung eines Boykotts der DWHH hat bei dieser Organisation Beunruhigung und Erstaunen ausgelöst. In einer Presseinformation nahm die Deutsche Welthungerhilfe zu den Vorwürfen des BuKo Stellung. „Ein Boykott treffe in erster Linie die zahlreichen ländlichen Entwicklungsprojekte, die die Selbsthilfebemühungen von Kleinbauern stärken und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln verbessern sollen",[6] wandte die DWHH ein, die vom Finanzvolumen her der größte freie nichtstaatliche und nichtkirchliche Entwicklungshilfeträger ist und sowohl bei den Spenden als auch bei den öffentlichen Zuschüssen jeweils auf zweistellige Millionenbeträge zurückgreifen kann.[7]

„Als völlig aus der Luft gegriffen" bezeichnet die DWHH Vorwürfe, nach denen sie Spendengelder im Exportinteresse der chemischen Industrie einsetzt. Jedoch könne auf den Einsatz von chemischen Düngemitteln und modernen Pflanzenschutzmethoden nicht verzichtet werden, wenn eine bessere Ernte erzielt werden soll.

In der Folge kam es zu einem Gespräch der beiden Organisationen in Bonn, in dessen Mittelpunkt die Boykottdrohung stand. Beide Seiten erläuterten zunächst noch einmal ihre Position zur Frage einer Boykottüberlegung. Die Vertreter/innen des BuKo meinten, daß „Die gemeinsame Aktion mit der Bayer AG ein Schlag ins Gesicht der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen sei, deren Arbeit sich gerade gegen die Praktiken der Agro-Multis richten würde".[8]

Die DWHH machte darauf aufmerksam, daß ein Spendenrückgang von 5-10 Prozent, verursacht durch einen Boykott, für sie nicht tragbar sei, bzw. nicht ohne Einfluß auf ihre Arbeit sein könnte. Zu der kritisierten „Zusammenarbeit" mit Bayer, die im Einladungstext zur Einweihung des Thai-Hauses erwähnt worden war, erklärten sie, daß diese Formulierung „zugegebenerweise mißverständlich" und damit die Zusammenarbeit mit dem Projektträger gemeint gewesen sei.

Interessant war auch eine Stellungnahme von Herrn Wiener, dem Projektevaluator, der sich folgendermaßen zum Pestizideinsatz in DWHH-Projekten äußerte: „Die DWHH könne weder Pestizide noch Düngemittel empfehlen. In ihren Projekten würden beide nur wenig eingesetzt: nur in etwa 10 % der Projekte kämen Pestizide zum Einsatz. Würden sie angewandt, gäbe es vorher ein Ausbildungsprogramm. Es gäbe jedoch auch Ausnahmen, wie das Projekt in Thailand, wo der lokale Projektträger, die „Population and Development Association", von sich aus den Einsatz von Pestiziden wünsche."[9]

Zu einer gemeinsamen Presseerklärung beider Organisationen als Ergebnis des Gesprächs kam es bis jetzt nicht. Zwar hatte der BuKo bereits vor drei Wochen den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung der DWHH zugeleitet, doch erfolgte darauf keine Reaktion. Der Pressereferent der Welthungerhilfe meinte dazu auf eine Anfrage des IZ3W hin, dies müße erst einmal in den zuständigen Gremien seiner Organisation besprochen werden. Er zeigte sich verärgert darüber, daß der BuKo in seinem Augustrundbrief bereits den Entwurf einer gemeinsamen Presseerklärung und dazu das Gesprächsprotokoll veröffentlicht hatte.[10]

Immer mehr scheint der Ausgangspunkt der Kontroverse gegenüber der Boykottfrage in den Hintergrund zu treten. Eine sachliche Auseinandersetzung mit den eigentlichen Kritikpunkten, die die Agro-Koordination des BuKo im Zusammenhang mit der Übergabe des Thai-Hauses an Bayer äußerte, steht von seiten der DWHH noch aus.

Claudia Grözinger

Fußnoten

1 aus dem Programm zur Übergabe des Thai-Hauses an die Bayer AG in Monheim am 6. Juli 1984
2 siehe (1)
3 siehe (1)
4 aus der Presseerklärung der BuKo Agro-Koordination „Wenn die Deutsche Welthungerhilfe mit der Bayer AG ..." vom 5. Juli 1984
5 siehe (4)
6 aus der Presseinformation Nr. 21/84 der Deutschen Welthungerhilfe vom 11. Juli 1984
7 aus der Presseerklärung der BuKo Agro-Koordination vom 5. Juli 1984
8 aus dem Kurzprotokoll des Gesprächs zwischen der DWHH und dem BuKo vom 23. 7. 1984, veröffentlicht im „Forum" August 1984
9 siehe (8)
10 Gespräch mit dem Pressereferenten Holger Baum am 24. 9. 1984

Neuerscheinungen

Thomas Paulini: Guinea-Bissau; Nachkoloniale Entwicklung eines Agrarstaates edition herodot, Bd. 54

Die kurdischen Yezidi – Ein Volk auf dem Weg in den Untergang. Hrsg.: Robin Schneider für Gesellschaft für bedrohte Völker, 1984 Göttingen 160 S.

Positionen der chilenischen Linken Bd. 1, edition salvador allende Verlag W. Braun, Duisburg, 1984, 16 DM

Karin Fiege, Luiz Ramalho: Landwirtschaft = Hungerwirtschaft? Umbrüche und Krisen in den Agrarsystemen der Dritten Welt, Verlag breitenbach publishers, Saarbrücken 1984, 398 S., 29 DM

Fritz Gleiß: Ostafrika – Ein Reisehandbuch für Kenya-Burundi-Uganda-Rwanda-Tanzania, Express Edition, Berlin 1984, 29,80 DM

Lateinamerika Analysen und Berichte 8 hrsg. v. M. Ehrke... Volkssouveränität und Staatsschuld; Junius Verlag Hamburg, Okt. '84, 340 S.

Pramoedya Anauta Toer: Bumi Manusia „Garten der Menschheit"; Express Edition, Berlin 1984, 34 DM

„100 Thesen zu Frieden und Menschenrechte"; Hrsg.: Komitee für Grundrechte und Demokratie; Sensbachtal, Nov. '84, 3 DM

Erik Eckholm. Gerald Tole, Geoffrey Barnard... Fuelwood: the energy crisis that won't go away; London 1984, Preis 3 (engl. Pfund); Earthscan, 3 Endsleigh Street, London WC:H ODD

„Spiele für die Friedensarbeit" v. Georg Leifels u. Uwe Hoeltes Hrsg.: Pax Christi-Bewegung, deutsches Sekretariat

Nicaragua: „Die große Herausforderung", Jaime Wheelock, ISP Pocket 8, 115 Seiten, DM 9,80

Michael Persig: Befreiung und Umkehr für die Zukunft – Paulo Freire, Theologie der Befreiung und praxisverändernde Bildung; AG Spak Materialien 62, München 1984, 277 S. 24 DM

Familie in Ruanda 1985 Buch/Bildkalender Hrsg.: Isoko e. V. Sandweg 29, 6 Ffm 19 DM plus Porto

Kurt Dietrich Mroßko: Lobos – Dämonen des Glücks, ein Kriminalfall; 200 Seiten, Paperback (Efalin) ISBN 3-87214-168-6, Verlag der Ev.-Luth. Mission, Erlangen, 16 DM

Dieter Eich, Carlos Rincon: „La Contra" – Der Krieg gegen Nicaragua; Konkret Literatur Verlag, 192 Seiten, 18 DM

Celso Furtado: „Akkumulation und Entwicklung", Zur Logik des industriellen Zivilisationsprozesses; Verlag für interkulturelle Kommunikation, Frankfurt, 1984, 28 DM

Pascal Brückner: „das Schluchzen des weißen Mannes" – Europa und die Dritte Welt – eine Polemik; Rotbuch Verlag Berlin Nr. 293, 1984, 18 DM (Abo 17 DM)

Ismail Besikci: „Wir wollen frei und Kurden sein"; Brief an die UNESCO; isp-Verlag, Frankfurt, Okt. 1984

Michael Lörry: „Marxismus in Lateinamerika" 1905-1969; internationale sozialistische publikationen, isp-Verlag, Frankfurt, Okt. 1984



Tagungshinweise

Seminar zur Standortbestimmung der BUKO (Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen), 14.-16. 12. '84, Siegen, Information und Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Förderkreistreffen der „Alternativen Türkeihilfe", 15./16. 12. '84, Bielefeld, Information und nmeldung:„Alternative Türkeihilfe", Postfach 7088, 4900 Herford

„Die Macht der Multis ist verletzlich" (mit Erfahrungsberichten von Nestlé-Boykott und Anti-Apartheids-Bewegung), 25.-27. Januar '85, Wuppertal, Information und Anmeldung: Missionshaus Wuppertal, Ökumenische Werkstatt, Missionsstr. 9, 56 Wuppertal 2

„Koreas Kultur in Vergangenheit und Gegenwart", 11.-13. 1. '85, rnoldshain, Information und Anmeldung: Evang. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten/Ts.

„Rüstungsexport – ein Mittel der Entwicklungspolitik?", 12.-15. 2. '85, Walberg, Information und Anmeldung: BUKO-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport!", Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen 1

„Filme in der entwicklungspolitischen Arbeit" (3. Welt-Gruppen, Schule), 8.-12. 2. '85, Lingen, Information und Anmeldung: Eine-Welt-Werkstatt, Bahnhofstr. 16, 2847 Barnstorf

Zeitschriftenübersicht

epd-Entwicklungspolitik 21/84 (Nov.)

Inhalt: Feminisierung des Elends; Auswirkungen von „Entwicklungsmaßnahmen" auf Frauen – Zerstörung der Lebensbedingungen von Nomaden – Angriff auf den DED – Lomé – Gegen Bonner Hilfe an El Salvador – Theologie der Befreiung – Hilfe für Nicaragua – Pestizidexport – Summer Institute for Linguistics ...

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 84 (Okt.)

Schwerpunktthema: Asylpolitik
Weiterer Inhalt: Rüstungsexport-Info – Zur Fragwürdigkeit der internationalen Umweltpolitik – Stellungnahme zur Konferenz gegen Apartheit, Kolonialismus, Rassismus – Pappminen vor der US'Botschaft schlimmer als echt Minen in Nicaragua ...

AIB 11-12/84

Inhalt: Solidaritätskonferenz südliches Afrika – 100 Jahre Berliner Kongokonferenz – Zimbabwe: Der ZANU-Kongress – Tschad: Der französisch-libysche Truppenabzug – Israel: Verheißungen der grossen Koalition – Saudi-Arabien: Gespräch mit Führern des saudischen Widerstands – Iran: Endoffensive gegen die Kurden? – Korea: Die Einschnürung des Chun-Regimes – Pazifik: Annäherung in Fernost (Japan/Korea) – Chile: Pinochet läßt Federn – Kolumbien: Der zerbrechliche Frieden – Frieden und Dritte Welt: Zum Verhältnis Pazifismus und Befreiungskampf ...

Mittelamerika Magazin 42 (Okt.)

Inhalt: Medizin in Nicaragua: Gesundheit für alle – Unterwegs mit einer Impfbrigade – Das Projekt Rio San Juan – Psychatrie ... Medizin in El Salvador: Medizinische Betreuung im Krieg – medico internantional – Aufbau eines Gesundheitswesens in den befreiten Gebieten ... Weiterer Inhalt: Druckerei für Matagalpa – „Verminung" der US-Botschaft – Aufruf der GRÜNEN ...

Lateinamerika-Nachrichten 132 (Dez.)

Inhalt: Chile: Pinochet will die Opposition zerschlagen – Uruguay: Wahlen – Guatemala: Demonstrationen und Streik – Mexiko: Polirische Gefangene – Surinam: Jubelfeiern und Wirtschaftsprobleme – jeweils mehrere Berichte zu Peru, Bolivien, Nicaragua und El Salvador...

Leserbrief

Mehr Analyse

(...), insgesamt haben mir die „blätter" gut gefallen, falls es Euch interessiert, hier ein paar Kritikpunkte:

- Asien sollte intensiver behandelt werden
- setzt doch die Auseinandersetzung über die SU fort
- die Artikel haben oft die Tendenz zum einerseits ... andererseits (insbesondere die Länderberichte); mir hätte es besser gefallen, wenn sie **analytisch zugespitzter** gewesen wären (natürlich ohne die notwendige Differenzierung aufzugeben). Das Fehlen einer „Großtheorie", die ökonomische und sozialpsychologische Fakten integriert, ordnet und **wertet,** macht sich hier wohl negativ bemerkbar.

Christoph Rösner

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg